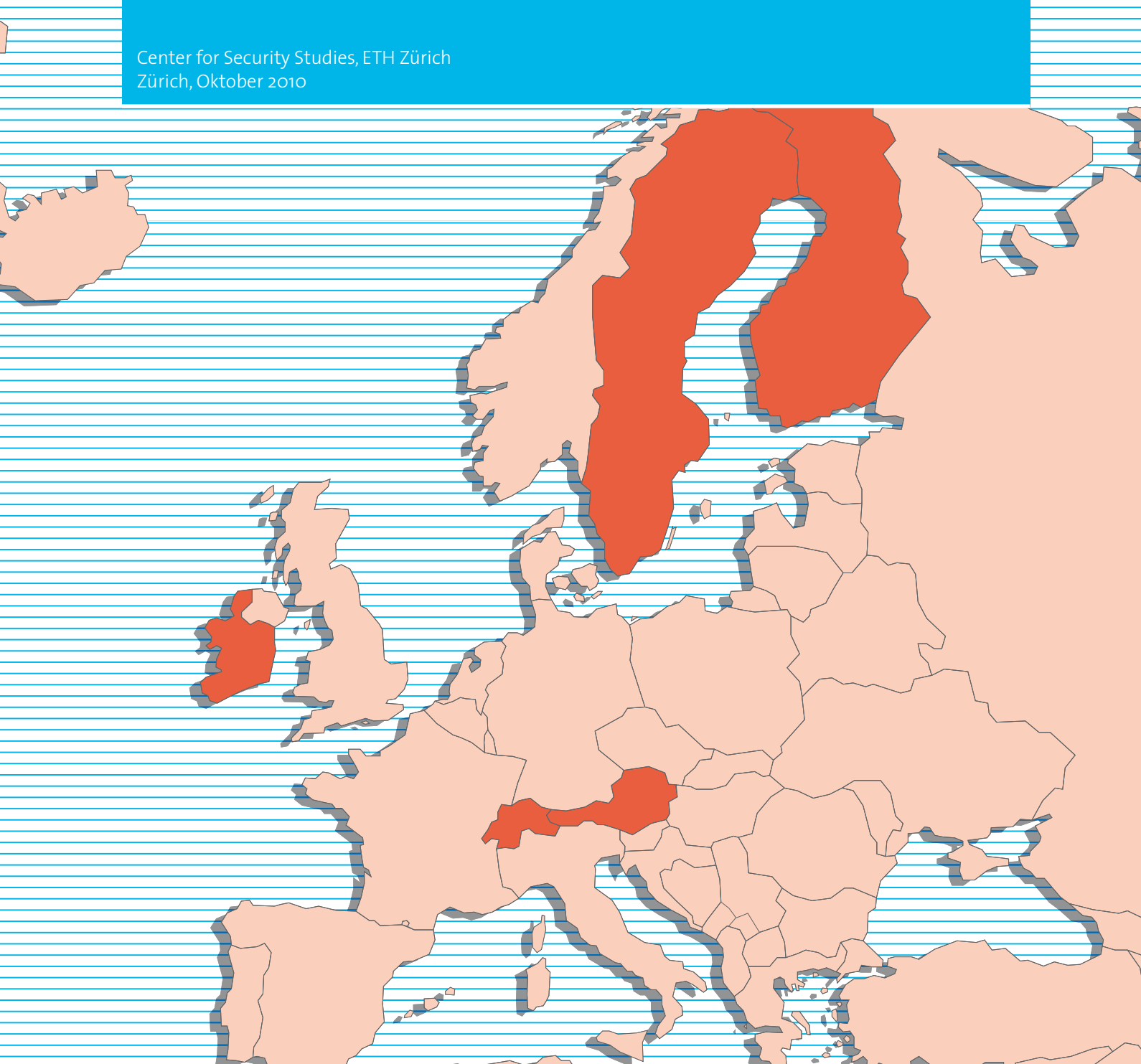


# Streitkräftetransformation neutraler und allianzfreier Staaten

Schweiz, Schweden, Österreich, Finnland und Irland im Vergleich

Center for Security Studies, ETH Zürich  
Zürich, Oktober 2010



Ressortforschung zuhanden des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheiten

© 2010 Center for Security Studies (CSS), ETH Zürich

Gesamtverantwortung: Andreas Wenger und Victor Mauer  
Autoren: Valentin Misteli, Daniel Möckli (Projektleitung), Marco Wyss

Layout: Marion Ronca

Kontakt:  
Center for Security Studies  
ETH Zurich  
Haldeneggsteig 4, IFW  
8092 Zurich / Switzerland  
+41 44 632 19 41 fax

[css@sipo.gess.ethz.ch](mailto:css@sipo.gess.ethz.ch)  
[www.css.ethz.ch](http://www.css.ethz.ch)

# Inhaltsverzeichnis

<b>Zusammenfassung</b>	<b>3</b>
<b>Résumé</b>	<b>11</b>
<b>Sommario esecutivo</b>	<b>19</b>
<b>Einleitung</b>	<b>27</b>
<b>Teil I</b>	
<b>Streitkräftetransformation in Europa seit 1989</b>	<b>31</b>
1. Allgemeine Trends und Entwicklungslinien	33
2. Transformationsprozesse neutraler und allianzfreier Staaten	35
a. <i>Schweiz</i>	35
b. <i>Schweden</i>	39
c. <i>Österreich</i>	42
d. <i>Finnland</i>	46
e. <i>Irland</i>	49
<b>Teil II</b>	
<b>Vergleichende Analyse der nationalen Sicherheitsstrategien und Streitkräfte</b>	<b>53</b>
1. Rechtliche Grundlagen	55
2. Schwerpunkte der Bedrohungs- und Umfeldanalyse	57
3. Sicherheitspolitische Grundstrategie	60
4. Armeeaufgaben	64
5. Wehr-, Ausbildungs- und Dienstleistungsmodelle	67
6. Personelle Ressourcen	69
7. Finanzielle Ressourcen	72
8. Teilnahme an der militärischen Friedensförderung	75
9. Bilanz und Perspektiven der Transformation der Streitkräfte	81
<b>Bibliographie</b>	<b>85</b>

# Zusammenfassung

- I. **Seit dem Ende des Kalten Krieges hat sich das strategische Umfeld der europäischen Staaten markant gewandelt.**
  - Die Zweiteilung Europas wurde mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion überwunden. In seinem Kern ist Europa heute nicht zuletzt dank der Erweiterungsprozesse der EU und der NATO durch eine sehr hohe Stabilität gekennzeichnet.
  - Gleichzeitig lassen sich an den Rändern Europas zahlreiche Konfliktherde ausmachen.
  - Im Zuge der Globalisierung und des zunehmend transnationalen Charakters von Bedrohungen sind heute zudem auch teilweise weit entfernte Krisen von hoher sicherheitspolitischer Relevanz für die Staaten Europas.
  
- II. **Vor dem Hintergrund der veränderten Bedrohungslage hat in den frühen 1990er Jahren in den meisten Staaten ein tiefgreifender Streitkräftetransformationsprozess eingesetzt, der bis heute anhält.**
  - In einer ersten Reformwelle, die sich zwischen 1990 und 1995 erkennen lässt, fand in den meisten europäischen Staaten eine vorwiegend kostenmotivierte Verkleinerung der Streitkräfte statt.
  - Ab Mitte der 1990er Jahre setzte eine zweite Welle ein, die in den meisten Staaten zu einer konzeptionellen und strategischen Umstellung des Militärapparates auf ein erweitertes Aufgabenspektrum, die Fähigkeit zur Zusammenarbeit (Interoperabilität) und eine neue Personalstruktur führte. Internationale Friedenseinsätze europäischer Streitkräfte, insbesondere auf dem Balkan, beschleunigten diesen Prozess. Diese neue Ausrichtung führte zu einer erneuten Verringerung der Bestände, die vielerorts eine Professionalisierung der Armeen und eine Abkehr von der Wehrpflicht zur Folge hatte.
  - Ab der Jahrtausendwende setzte eine neue Reformwelle ein, die eine umfassende Modularisierung, Flexibilisierung, Professionalisierung und Verschlinkung vieler Streitkräfte mit sich brachte. Diese Reformen zielten v.a. auf ein effizienteres Vorgehen in Kriseninterventionseinsätzen sowie auf die Verkürzung der Reaktionszeit.
  
- III. **Auch in den neutralen und allianzfreien Staaten Europas (Schweiz, Schweden, Österreich, Finnland, Irland) lassen sich solche Transformationsprozesse beobachten. Allerdings hat diese Entwicklung in den einzelnen Staaten in unterschiedlicher Intensität stattgefunden. Auch in Bezug auf die Inhalte der Schwerpunktverlagerungen variieren die Transformationsprozesse. Diese Unterschiede gehen auf Faktoren wie die geostrategische Lage, politische Institutionen (z.B. direkte Demokratie) oder gesellschaftliche und finanzielle Rahmenbedingungen zurück.**
  - Am weitesten ist der Transformationsprozess bisher in Schweden gegangen, das die Wehrpflicht ausgesetzt hat, die EU-Beistandsklausel verteidigungspolitisch interpretiert und die Streitkräfte heute stark auf die Friedensförderung ausrichtet.

- In Bezug auf die inhaltlichen Schwerpunkte lässt sich bei Österreich und Finnland analog zu Schweden eine Verlagerung von der Landesverteidigung zur internationalen Friedensförderung erkennen.
- In der Schweiz hat in der Tendenz eine Verlagerung von der Landesverteidigung zu Sicherungseinsätzen und Unterstützungsaufgaben im Inland stattgefunden.
- In Irland waren die Streitkräfte nie schwergewichtig auf die Landesverteidigung ausgerichtet. Seit dem Karfreitagsabkommen von 1998 lässt sich eine Verlagerung von Einsätzen im Innern zur internationalen Friedensförderung erkennen.
- Mit Ausnahme von Irland fällt die Streitkräftereduktion seit 1989 in allen untersuchten Staaten deutlich aus.

## Zentrale Ergebnisse zu einzelnen Aspekten des Staatenvergleichs

### *Rechtliche Grundlagen*

- IV. **Die Ausrichtung und Ausgestaltung der Streitkräfte werden in den untersuchten Staaten auf Verfassungs- und Gesetzesebene unterschiedlich geregelt.**
- Die verfassungsrechtlichen Bestimmungen beschränken sich im Fall von Finnland, Irland und Schweden im Wesentlichen auf den Einsatz der Streitkräfte sowie auf Entscheidungs- und Befehlsbefugnisse. In der Schweiz und in Österreich werden auch die Aufgaben der Armee auf Verfassungsebene definiert. Eine Neuausrichtung – im Fall Österreichs auch eine Neugewichtung – der Armeeaufgaben setzt eine Revision der entsprechenden Verfassungsbestimmungen voraus.
  - In allen Staaten, in denen die Wehrpflicht gilt (Schweiz, Österreich, Finnland), wird diese in einer verfassungsrechtlichen Bestimmung festgehalten, um gesetzlich weiter ausgeführt zu werden. Das Aufheben oder Aussetzen der Wehrpflicht erfordert in diesen Staaten demnach eine Verfassungsänderung.
  - In der Schweiz und in Österreich setzt auch die Abkehr vom – unterschiedlich definierten – Milizprinzip eine Verfassungsänderung voraus.

### *Bedrohungs- und Umfeldanalyse*

- V. **Alle fünf Staaten stellen fest, dass sich die europäische Sicherheitslage in den letzten zwei Jahrzehnten markant verbessert hat. Dementsprechend erachten sie einen militärischen Angriff auf ihr Territorium auf absehbare Zeit als unwahrscheinlich.**
- Im Vergleich zu den EU-Mitgliedstaaten fällt die Analyse der Sicherheit Europas in der Schweiz allerdings skeptischer aus – trotz Würdigung der stabilisierenden Wirkung von EU und NATO.
- VI. **Aufgrund ihrer geographischen Lage verstehen die einzelnen Staaten das Konzept von Europas Peripherie und der damit verbundenen Instabilität unterschiedlich.**
- Für Finnland beginnt die Peripherie an der Grenze zu Russland, für Schweden gehört sie zum regionalen Umfeld.
  - Für Österreich hat die Balkanregion und deren Konfliktpotential eine besondere sicherheitspolitische Bedeutung.

- Die Schweiz und Irland befinden sich in einer sicherheitspolitisch komfortablen Binnenlage und sind weniger direkt den Instabilitäten der europäischen Peripherie ausgesetzt. Ähnlich wie Österreich schenkt die Schweiz den Entwicklungen auf dem Balkan eine besondere Aufmerksamkeit.

VII. Anders als die vier anderen Staaten räumt die Schweiz der EU und ihrem sicherheits- und verteidigungspolitischen Kooperationsrahmen keinen besonderen Stellenwert ein. Die EU-Mitgliedstaaten sehen ihre Sicherheit in direktem Zusammenhang mit jener der EU.

### *Sicherheitspolitische Grundstrategie*

VIII. Alle fünf Staaten formulieren in ihren Grundlagendokumenten eine Strategie der Kooperation. In der Praxis sind allerdings unterschiedliche Kooperationsmuster erkennbar.

- Der schweizerischen Strategie der internationalen Kooperation sind durch innenpolitische Faktoren (direkte Demokratie, weiter Neutralitätsbegriff in Teilen der Bevölkerung) enge Grenzen gesetzt. Auffällig ist, dass die Schweiz die Kooperation im nationalen Sicherheitsverbund stark gewichtet.
- Für die vier EU-Mitgliedstaaten steht die Kooperation im Rahmen der GASP/ GSVP im Vordergrund.
- Obwohl sich Irland stark in den sicherheits- und verteidigungspolitischen Institutionen der EU engagiert, nuanciert es diese Position durch den Verweis auf die Vorreiterrolle der UNO in friedensfördernden Missionen.
- Auch wenn alle fünf Staaten an der PfP teilnehmen, ist das Engagement im Kernbereich der militärischen Kooperation bei den vier anderen Staaten um einiges grösser als bei der Schweiz.

IX. Abhängig von ihrer Neutralitätsdefinition während des Kalten Krieges haben die fünf Staaten nach 1989 ihre Neutralität teilweise weitgehend zu Gunsten einer Kooperationsstrategie redimensioniert.

- Schweden, Finnland und Österreich haben eine neue Kompatibilität zwischen Neutralität und EU-Mitgliedschaft definiert, wie sie Irland seit jeher kannte. In der Folge sind sie der EU beigetreten.
- Auch in der Schweiz gilt seit dem Aussenpolitischen Bericht 93 konzeptionell eine Vereinbarkeit zwischen Neutralität und EU-Mitgliedschaft. Innenpolitisch bleibt diese Neuinterpretation der Neutralität jedoch umstritten.
- Alle fünf Staaten haben in ihren Grundlagendokumenten nach 1989 die Kompatibilität zwischen Neutralität und sicherheitspolitischer Kooperation jenseits der Mitgliedschaft in einer Militärallianz betont. Vor allem Schweden, Finnland und Österreich unterstreichen dies, indem sie sich zuweilen als allianzfrei statt neutral bezeichnen.
- Die Schweiz bezeichnet sich wie Irland weiterhin als neutral. Zudem bleibt in der Schweiz die Kompatibilität zwischen Neutralität und sicherheitspolitischer Kooperation innenpolitisch umstritten.

- X. Derzeit steht keiner der Staaten unmittelbar vor einem NATO-Beitritt. In Finnland wird die NATO-Mitgliedschaft allerdings als Alternative zur Allianzfreiheit in Betracht gezogen.

### *Armeeaufgaben*

- XI. Die Aufgaben der untersuchten Streitkräfte sind im Wesentlichen identisch. Sie bestehen aus der Landesverteidigung, der Unterstützung ziviler Behörden in Krisen- und Katastrophenfällen sowie der Friedensförderung beziehungsweise dem militärischen Krisenmanagement.
- XII. Der Begriff der Verteidigung findet in den Grundlagendokumenten unterschiedliche Verwendung.
- Einerseits wird darunter die Abwehr eines militärischen Angriffs oder einer militärischen Bedrohung im Sinne der klassischen Landesverteidigung respektive Territorialverteidigung verstanden.<sup>1</sup>
  - Andererseits wird der Begriff zunehmend auch auf andere Aufgaben ausgeweitet. Stabilisierungsaufgaben jenseits der Landesgrenzen werden dabei als integraler Bestandteil der Verteidigung wahrgenommen.
- XIII. In der Praxis kommt den einzelnen Armeeaufgaben in den verschiedenen Staaten unterschiedliche Gewichtung zu.
- Schweden, Finnland, Österreich und Irland messen der Friedensförderung hohe Bedeutung bei.
  - Finnland betont parallel dazu auch die Landesverteidigung stark.
  - Die Schweiz setzt einen Schwerpunkt im Innern, wobei neben der Landesverteidigung der Unterstützung der zivilen Behörden eine zentrale Bedeutung zukommt.

### *Wehr-, Ausbildungs- und Dienstleistungsmodelle*

- XIV. Die Wehrmodelle der untersuchten Staaten lassen sich in zwei Gruppen unterteilen.
- In der Schweiz, Österreich und Finnland gilt die allgemeine Wehrpflicht.
  - Schweden hat die Wehrpflicht am 1. Juli 2010 für Friedenszeiten ausgesetzt. Irland kennt keine Wehrpflicht.
- XV. Die Ausbildungs- und Dienstleistungsmodelle der Staaten, in denen die Wehrpflicht gilt, gestalten sich unterschiedlich.
- In Finnland und Österreich erfolgt der Militärdienst, respektive der Ausbildungsdienst, an einem Stück.
  - Die Schweiz hingegen hat ein Milizmodell, in welchem der Dienst in zwei Stufen geleistet wird. Auf die Grundausbildung folgt der Fortbildungsdienst mit jährlichen Wiederholungskursen. Eine Ausnahme stellen die sogenannten Durch-

<sup>1</sup> In den nachfolgenden Ausführungen wird der Begriff in diesem Sinne verwendet.

diener dar, die ihre Ausbildungspflicht an einem Stück leisten. Die Zahl der Durchdiener ist derzeit auf 15 Prozent eines Rekrutenjahrgangs beschränkt. Eine Erhöhung auf 30 Prozent wird geprüft.

- Das österreichische Bundesheer hat ebenfalls eine Milizkomponente. Die Übernahme einer Milizfunktion erfolgt dort jedoch in der Regel aufgrund freiwilliger Meldungen.

**XVI. Die Militärdienstpflicht ist in den drei Staaten, in denen die Wehrpflicht gilt, von unterschiedlicher Dauer.**

- Schweizer Soldaten leisten 262 beziehungsweise 300 (Durchdiener) Diensttage. Eine Reduktion der Diensttage wird geprüft.
- In Österreich und Finnland beläuft sich die Militärdienstpflicht auf 180 Tage.

*Personelle Ressourcen*

**XVII. Der Gesamtbestand der Streitkräfte (gemäss Zielgrössen) erweist sich als sehr unterschiedlich.**

- Finnland und die Schweiz verfügen über die grössten Streitkräfte der untersuchten Staaten mit 250'000 beziehungsweise 220'000 Angehörigen. Gemäss Armeebericht 2010 soll die Schweizer Armee allerdings auf einen Bestand von 96'000 (inklusive ca. 16'000 Rekruten) reduziert werden. Die Reserve von heute nominell 80'000 Angehörigen entfällt dabei vollständig.
- Das österreichische Bundesheer weist als Gesamtbestand eine Mobilmachungsstärke von 55'000 Angehörigen aus. Zusätzlich vorhandene Reserven werden in der Regel nicht mehr einberechnet.
- Irland verfügt über weniger als 22'500 Armeeangehörige.
- Schweden wird die Streitkräfte im Rahmen der Umstellung auf eine Freiwilligenarmee auf 50'000 Angehörige reduzieren.

**XVIII. In Bezug auf den Aktivbestand unterscheidet sich die Schweiz von den vier anderen Staaten markant.**

- Als Milizarmee zählt die Schweiz die Armeeangehörigen im Fortbildungsdienst (WK) ebenfalls zum Aktivbestand. Nominell kommt sie damit auf 120'000 Aktive. In der Praxis liegt der Bestand von Aktiven bei 174'000, was insbesondere auf das häufige Verschieben von Militärdienstleistungen zurückzuführen ist. Gemäss Armeebericht 2010 wird künftig ein Aktivbestand von 80'000 angestrebt.
- Von den anderen Staaten verfügen Österreich (rund 25'000) und Finnland (rund 22'500) über den grössten Aktivbestand, gefolgt von Schweden (rund 15'000) und Irland (rund 10'000).

*Finanzielle Ressourcen*

**XIX. In absoluten Zahlen lassen sich bezüglich der Verteidigungsausgaben im Jahr 2009 drei Gruppen erkennen.**

- Schweden hat mit ca. US\$ 6 Mrd. die höchsten Verteidigungsausgaben.



- Danach folgen die Schweiz (ca. US\$ 4.1 Mrd.), Finnland (ca. US\$ 3.7 Mrd.) und Österreich (ca. US\$ 3.6 Mrd.).
- Irland gibt mit ca. US\$ 1.6 Mrd. am wenigsten für seine Verteidigung aus.

**XX. Der Anteil der Verteidigungsausgaben am BIP lässt für das Jahr 2008 (aktuellere Zahlen sind noch nicht erhältlich) folgende Aussagen zu.**

- Schweden und Finnland geben mit etwa 1.3% prozentual am meisten für die Verteidigung aus.
- Österreich und die Schweiz liegen mit etwa 0.8% in der Mitte der untersuchten Staaten.
- Irland gibt mit 0.6% prozentual am wenigsten für die Verteidigung aus.

**XXI. Die Entwicklung der Verteidigungsausgaben von 1989 bis 2009 ergibt folgendes Bild.**

- In der Schweiz und in Schweden haben die Ausgaben markant abgenommen.
- In Österreich, Finnland und Irland haben die Ausgaben zugenommen, wobei der Anstieg in Finnland am grössten ist.

**XXII. Die Entwicklung des Anteils der Verteidigungsausgaben am BIP von 1989 bis 2008 ergibt folgendes Bild.**

- In der Schweiz (-0.9) und in Schweden (-1.2) hat der Anteil markant abgenommen.
- In Irland (-0.5) ist die Abnahme vor dem Hintergrund des eher kleinen BIP-Anteils ebenfalls beträchtlich.
- In Österreich (-0.3) und Finnland (-0.2) hat der Anteil nur geringfügig abgenommen.

### *Teilnahme an der militärischen Friedensförderung*

**XXIII. Grundsätzlich machen alle fünf Staaten die Teilnahme an militärischen Friedensoperationen von einem UNO-Mandat (oder in der Schweiz alternativ von einem OSZE-Mandat) abhängig.**

- In Finnland, Schweden und Österreich sind aber Ausnahmen möglich.

**XXIV. Die Schweiz hat die Beteiligung an Kampfhandlungen zur Friedenserzwingung als einziger Staat unabhängig von einer Mandatierung durch die UNO ausgeschlossen.**

**XXV. Die Frage der Freiwilligkeit respektive Verpflichtung zur Teilnahme an Friedensmissionen wird unterschiedlich geregelt.**

- Für Wehrpflichtige in der Schweiz, Finnland und Österreich erfolgt die Teilnahme an einem Einsatz freiwillig.
- In Österreich besteht für Kaderpräsenzeinheiten, für die man sich freiwillig meldet, eine Auslandsdienstverpflichtung.
- Für Schweizer Berufsmilitärs ist eine Teilnahme an Auslandsdiensten freiwillig.

- Die Angehörigen der Freiwilligenarmeen in Irland und Schweden sind zu Auslandeinsätzen verpflichtet.

**XXVI. In Bezug auf die quantitative Beteiligung an der Friedensförderung lassen die Durchschnittswerte der nationalen Entsendungen der Jahre 2006 bis 2010 drei Gruppen von Staaten erkennen.**

- Österreich hat am meisten Armeeinghörige entsandt (durchschnittlich etwa 1200).
- Finnland, Irland und Schweden bilden eine mittlere Gruppe mit durchschnittlich 600 bis 800 entsandten Armeeinghörigen.
- Die Schweiz hat bisher am wenigsten Armeeinghörige entsandt (durchschnittlich etwa 270).

**XXVII. In Bezug auf den geographischen Rahmen der Entsendung von militärischen Kontingenten (mehr als 20 Armeeinghörige) hat die Schweiz bisher den engsten geographischen Fokus, der sich auf den Westbalkan beschränkt.**

- Im Westbalkan haben sich alle fünf Staaten engagiert.
- Die anderen vier Staaten haben sich auch im Nahen Osten und in Afrika engagiert.
- In Afghanistan haben sich nur Finnland und Schweden mit grösseren Kontingenten beteiligt.

**XXVIII. Mit Blick auf den bevorzugten institutionellen Rahmen der militärischen Friedensförderung ergibt eine Auswertung der zwischen 2006 und August 2010 entsandten nationalen Kontingente (mehr als 20 Armeeinghörige) folgendes Bild:**

- Schweden, Finnland, Österreich und Irland haben sich an Friedensoperationen der NATO, der EU und der UNO beteiligt.
- Die Schweiz hat sich bisher nicht mit militärischen Kontingenten an UNO-Missionen beteiligt, was auf ihren engen geographischen Fokus auf den Balkan zurückzuführen ist.

**XXIX. Die personellen Zielgrössen für die künftige militärische Friedensförderung variieren.**

- In der Schweiz galt in den letzten Jahren die Zielgrösse einer Verdoppelung auf etwa 500 Soldaten. Gemäss Armeebericht soll diese Zielgrösse bis Ende 2014 erreicht werden. Zudem sollen auch qualitativ hochwertige Nischenbeiträge ausgebaut werden. Bis 2020 sollen Kapazitäten für die Entsendung von 1000 Armeeinghörigen für die militärische Friedensförderung und den Assistenzdienst im Ausland (z.B. Unterstützung humanitärer Hilfeleistungen) aufgebaut werden.
- Irland sieht 850 Armeeinghörige für Einsätze in UNO-mandatierten Missionen vor.
- Österreich zielt auf den Einsatz von 1500 Soldaten.
- Schweden plant, bis 2013 1400 Soldaten und bis 2016 2000 Soldaten einsetzen zu können.
- In Finnland ist die Zahl der Armeeinghörigen im Auslandeinsatz gesetzlich auf 2000 beschränkt.

# Résumé

- I. **Depuis la fin de la Guerre froide, l'environnement stratégique des Etats européens a considérablement changé.**
  - L'effondrement de l'Union soviétique a mis fin à la partition bipolaire de l'Europe. Dans son cœur, l'Europe se caractérise aujourd'hui par une très forte stabilité à laquelle ont largement contribué les processus d'élargissement respectifs de l'UE et de l'OTAN.
  - On n'en observe pas moins de nombreux foyers de conflit aux marches de l'Europe.
  - De surcroît, dans le sillage de la mondialisation et vu le caractère de plus en plus transnational des menaces, certaines crises pourtant lointaines revêtent une haute importance pour les Etats d'Europe au regard de la politique de sécurité.
  
- II. **Dans le contexte de cette situation nouvelle en termes de menace, un profond processus de transformation des forces armées de sécurité s'est amorcé au début des années 1990 dans la plupart des Etats, et ce processus se poursuit.**
  - A la faveur d'une première vague de réformes observée entre 1990 et 1995, les forces armées ont été réduites en nombre dans la plupart des Etats d'Europe, et ce, essentiellement pour des raisons financières.
  - A partir du milieu des années 90, une deuxième vague a pris son essor, qui a conduit dans la plupart des Etats à une refonte conceptuelle et stratégique de l'appareil militaire, destiné désormais à remplir un spectre de missions plus large, à l'aptitude de ces Etats à coopérer (interopérabilité) et à une nouvelle structure des effectifs. Les missions internationales de maintien de la paix des forces armées européennes, dans les Balkans notamment, ont accéléré ce processus. Cette nouvelle orientation a entraîné une réduction supplémentaire des effectifs, elle-même génératrice d'une professionnalisation des armées et, dans de nombreux pays, de la suppression du service militaire obligatoire.
  - Le début du XXIe siècle a vu s'amorcer une nouvelle vague de réformes qui s'est traduite par une modularisation, une flexibilisation, une professionnalisation et un dégraissage complets de nombreuses forces armées. Ces réformes visaient surtout à rendre plus efficaces les missions d'intervention en cas de crise et à raccourcir les temps de réaction.
  
- III. **On observe également de tels processus de transformation dans les Etats d'Europe neutres et non-alliés (Suisse, Suède, Autriche, Finlande, Irlande). Toutefois, cette évolution n'a pas connu la même intensité dans ces pays. Les processus de mutation varient même sur le contenu des déplacements de priorités. Ces différences tiennent à des facteurs tels que la situation géostratégique, les institutions politiques (la démocratie directe, p. ex.) ou à des contextes sociétaux et financiers particuliers.**
  - C'est en Suède que le processus de transformation est allé le plus loin à ce jour ; ce pays a abandonné le service militaire obligatoire, interprété la clause d'assistance mutuelle de l'UE dans le sens de la politique de défense et axé très fortement ses forces armées sur la promotion de la paix.

- Quand aux priorités de contenu, on observe en Autriche et en Finlande, comme en Suède, une évolution de la défense nationale vers la promotion internationale de la paix.
- En Suisse, la tendance est à un déplacement de la défense nationale vers des engagements de sûreté et des missions d'appui intérieurs.
- En Irlande, les forces armées n'ont jamais été axées principalement sur la défense nationale. Depuis l'accord du Vendredi Saint, en 1998, on assiste à un déplacement des engagements sur le territoire national vers la promotion internationale de la paix.
- A l'exception de l'Irlande, la réduction des forces armées est nette dans tous les Etats examinés depuis 1989.

## Principaux résultats concernant différents aspects de la comparaison entre les cinq Etats

### *Bases juridiques*

- IV. **L'orientation et l'organisation des forces armées connaissent des réglementations différentes aux niveaux constitutionnel et législatif dans les Etats ayant fait l'objet de l'étude.**
- Dans le cas de la Finlande, de l'Irlande et de la Suède, les dispositions de droit constitutionnel se restreignent pour l'essentiel à l'engagement des forces armées ainsi qu'à des pouvoirs de décision et de commandement. En Suisse et en Autriche, la constitution définit aussi les tâches de l'armée. Une réorientation – et, en Autriche, une repondération – des tâches de l'armée suppose une révision des dispositions constitutionnelles.
  - Dans tous les Etats où le service militaire est obligatoire (Suisse, Autriche, Finlande), celui-ci est ancré dans une disposition constitutionnelle afin de permettre son exécution légale. La levée ou l'abandon de l'obligation de servir requiert par conséquent une modification de la constitution dans tous ces Etats.
  - En Suisse et en Autriche, l'abandon du principe de milice, qui répond à des définitions différentes, implique lui aussi une modification constitutionnelle.

### *Analyse des menaces et de l'environnement*

- V. **Les cinq Etats constatent tous que la sécurité en Europe s'est considérablement améliorée au cours des deux dernières décennies. Aussi estiment-ils improbable une attaque militaire sur leur territoire dans un avenir proche.**
- Par rapport aux Etats membres de l'UE, toutefois, l'analyse de la sécurité de l'Europe est jugée d'un œil plus sceptique en Suisse malgré l'effet stabilisateur que jouent l'Union européenne et l'OTAN.
- VI. **Compte tenu de sa situation géographique, chacun des Etats a une vision différente du concept de périphérie de l'Europe et donc de l'instabilité qui y est liée.**
- Pour la Finlande, la périphérie commence à sa frontière avec la Russie et, pour la Suède, elle fait partie de l'environnement régional.

- Aux yeux de l’Autriche, la région des Balkans, et son potentiel de conflits, a une signification particulière au regard de la politique de sécurité.
- La Suisse et l’Irlande se trouvent dans une situation confortable en matière de politique de sécurité et sont moins directement exposées aux instabilités de la périphérie européenne. Comme l’Autriche, la Suisse voue une attention particulière à l’évolution dans les Balkans.

VII. **A la différence des quatre autres Etats, la Suisse n’accorde pas d’importance particulière à l’Union européenne et à son cadre de coopération en matière de politique de sécurité et de défense. Les Etats membres de l’UE considèrent que leur sécurité est directement liée à celle de l’Union.**

*Stratégie fondamentale en matière de politique de sécurité*

VIII. **Les cinq Etats formulent tous dans leurs documents de base une stratégie de coopération. Dans la pratique, toutefois, on peut observer des modèles de coopération différents.**

- Certains facteurs de politique intérieure (démocratie directe, acception assez large de la neutralité pour une partie de la population) imposent des limites étroites à la stratégie suisse de coopération internationale. Il est manifeste que la Suisse attribue une forte pondération à la coopération au sein du réseau national de sécurité.
- Pour les quatre Etats membres de l’UE, la coopération dans le cadre de la PSDC et de la PESC est prioritaire.
- Bien que l’Irlande soit fortement engagée au sein des institutions de politique de sécurité et de défense de l’UE, elle nuance cette position en renvoyant au rôle précurseur de l’ONU dans les missions de promotion de la paix.
- Quand bien même les cinq Etats sont tous associés au PpP, l’engagement au cœur de la coopération militaire est nettement plus important pour les quatre autres Etats que pour la Suisse.

IX. **Suivant leur définition de la neutralité pendant la Guerre froide, les cinq Etats ont – largement pour certains – redimensionné leur neutralité après 1989 en faveur d’une stratégie de coopération.**

- La Suède, la Finlande et l’Autriche ont défini une compatibilité nouvelle entre neutralité et adhésion à l’UE, à l’image de ce que l’Irlande a connu de tout temps. Ils ont adhéré à l’Union par la suite.
- En Suisse aussi, depuis le rapport de politique étrangère 1993, il existe sur le plan conceptuel une compatibilité entre neutralité et adhésion à l’UE. Cette nouvelle interprétation de la neutralité est toutefois contestée en politique intérieure.
- Les cinq Etats ont tous insisté dans leurs documents de base, après 1989, sur la compatibilité entre neutralité et coopération en matière de politique de sécurité au-delà de toute adhésion à une alliance militaire. La Suède, la Finlande et l’Autriche, surtout, le soulignent en se désignant de temps à autre comme des Etats non-alliés plutôt que comme des Etats neutres.
- Au même titre que l’Irlande, la Suisse continue de se considérer comme un Etat neutre. De surcroît, la compatibilité entre neutralité et coopération en matière de politique de sécurité y est contestée en politique intérieure.

- X. A l'heure actuelle, aucun des Etats ne s'apprête à rejoindre l'OTAN. En Finlande, cependant, une adhésion à l'OTAN est envisagée comme une alternative à la non-appartenance à une alliance militaire.

#### *Tâches de l'armée*

- XI. Les tâches des forces armées étudiées sont, sur l'essentiel, identiques. Elles consistent à assurer la défense nationale, à prêter appui aux autorités civiles en cas de crise et à promouvoir la paix ou, plus exactement, à gérer les crises sur le plan militaire.
- XII. Le terme de défense trouve des applications différentes dans les documents de base.
- On entend par là, d'une part, la défense contre une attaque ou une menace militaire au sens de la défense nationale classique, c'est-à-dire de la défense du territoire.<sup>1</sup>
  - D'autre part, ce terme est étendu de plus en plus à d'autres tâches. A cet égard, les missions de stabilisation au-delà des frontières nationales sont perçues comme une partie intégrante de la défense.
- XIII. Dans la pratique, les tâches assumées par l'armée dans les différents Etats n'ont pas la même pondération.
- La Suède, la Finlande, l'Autriche et l'Irlande attachent une grande importance à la promotion de la paix.
  - Parallèlement, la Finlande insiste fortement sur la défense nationale.
  - La Suisse met l'accent sur l'intérieur, sachant qu'outre la défense du territoire, une importance capitale revient à l'appui prêté aux autorités civiles.

#### *Modèles de défense, d'instruction et de prestation de services*

- XIV. Les modèles de défense des Etats ayant fait l'objet de l'étude se répartissent en deux groupes.
- La Suisse, l'Autriche et la Finlande appliquent une obligation générale de service militaire.
  - La Suède a abandonné le service militaire obligatoire en temps de paix le 1er juillet 2010. L'Irlande ne connaît pas de service militaire obligatoire.
- XV. Les modèles d'instruction et de prestation de services des Etats qui pratiquent le service militaire obligatoire présentent des caractéristiques différentes.
- En Finlande et en Autriche, le service militaire ou, plus exactement, le service de formation s'effectue en une fois.
  - La Suisse, par contre, a un modèle de milice selon lequel le service est accompli en deux étapes. L'instruction de base est suivie du service de perfectionnement de la troupe, avec des cours de répétition annuels, à l'exception de ce qu'il est convenu d'appeler les militaires en service long, qui accomplissent leurs obligations

---

1 C'est dans ce sens qu'est employé ce terme dans les considérations qui suivent.

d'instruction en une fois. Le nombre des militaires en service long est actuellement limité à 15 % d'une classe de recrues. Un projet prévoyant de porter ce pourcentage à 30 % est à l'étude.

- L'armée fédérale autrichienne intègre elle aussi une composante de milice. Toutefois, la fonction de milicien y est exercée en général à titre volontaire.

**XVI. Le service militaire obligatoire présente des durées différentes dans les trois Etats qui l'appliquent.**

- Les soldats suisses accomplissent 262 jours de service (300 en service long). Un projet de réduction du nombre de jours de service est à l'examen.
- En Autriche et en Finlande, le service militaire obligatoire s'étend sur 180 jours.

*Ressources en personnel*

**XVII. L'effectif total des forces armées (selon les chiffres visés) révèle un tableau très contrasté.**

- La Finlande et la Suisse disposent des forces armées les plus nombreuses parmi les Etats examinés, avec respectivement 250 000 et 220 000 militaires. Selon le rapport sur l'armée 2010, l'effectif de l'armée suisse devrait cependant être réduit à 96 000 militaires, ce qui implique la suppression totale de la réserve, qui représente actuellement en chiffres nominaux un effectif de 80 000 militaires.
- L'armée fédérale autrichienne présente un effectif total de 55 000 militaires mobilisables. Les réserves supplémentaires disponibles ne sont en général pas incluses dans ce chiffre.
- L'Irlande dispose de moins de 22 500 militaires incorporés.
- La Suède va réduire ses forces armées à 50 000 militaires dans le cadre du passage à une armée de volontaires.

**XVIII. S'agissant des effectifs en service actif, la Suisse se distingue franchement des quatre autres Etats.**

- Entretien d'une armée de milice, la Suisse assimile les militaires en service de perfectionnement (anciennement CR) aux militaires en service actif. Elle compte ainsi en chiffres nominaux 120 000 actifs. En pratique, l'effectif des actifs est proche de 174 000, ce qui s'explique notamment par un report fréquent des prestations de service militaire. Selon le rapport sur l'armée 2010, l'objectif sera d'atteindre à terme un effectif de 80 000 militaires actifs.
- Parmi les autres Etats, l'Autriche (env. 25 000) et la Finlande (env. 22 500) disposent des effectifs en service actif les plus importants, suivis de la Suède (env. 15 000) et de l'Irlande (env. 10 000).

*Ressources financières*

**XIX. En chiffres absolus, les dépenses consacrées à la défense en 2009 se répartissent en trois groupes.**

- La Suède, avec quelque 6 milliards d'USD, fait état des dépenses de défense les plus élevées.

- Suivent la Suisse (env. 4,1 milliards d'USD), la Finlande (env. 3,7 milliards d'USD) et l'Autriche (env. 3,6 milliards d'USD).
- L'Irlande (env. 1,6 milliard d'USD) dépense le moins pour sa défense.

**XX. La part des dépenses de défense dans le PIB appelle les commentaires suivants pour l'année 2008 (faute de chiffres plus actuels).**

- La Suède et la Finlande, avec env. 1,3 % chacune, dépensent le plus au titre de la défense.
- L'Autriche et la Suisse se situent, à 0,8 %, au milieu des Etats examinés.
- L'Irlande, avec 0,6 %, dépense le moins pour sa défense.

**XXI. L'évolution de la part des dépenses de défense dans le PIB de 1989 à 2008 présente le tableau que voici.**

- En Suisse (-0,9 %) et en Suède (-1,2 %), cette part a diminué dans de fortes proportions.
- En Autriche, en Finlande et en Irlande, les dépenses ont augmenté, la hausse étant la plus marquée en Finlande.

**XXII. L'évolution de la part des dépenses de défense dans le PIB de 1989 à 2008 présente le tableau que voici.**

- En Suisse (-0,9 %) et en Suède (-1,2 %), cette part a diminué dans de fortes proportions.
- En Irlande (-0,5 %), la baisse est également considérable, sachant que la part des dépenses dans le PIB est assez faible.
- En Autriche (-0,3 %) et en Finlande (-0,2 %), cette part n'a diminué que dans des proportions négligeables.

*Participation à la promotion de la paix par des moyens militaires*

**XXIII. D'une façon générale, les cinq Etats font dépendre leur participation à des opérations militaires de promotion de la paix d'un mandat de l'ONU (ou à titre d'alternative pour la Suisse, d'un mandat de l'OSCE).**

- Cela dit, des exceptions sont envisageables en Finlande, en Suède et en Autriche.

**XXIV. La Suisse est le seul Etat à avoir exclu, indépendamment d'un mandat de l'ONU, toute participation à des actions de combat destinées à imposer la paix.**

**XXV. La question de la participation à titre volontaire ou obligatoire à des missions de paix est tranchée de manière différente.**

- Pour les militaires soumis au service obligatoire en Suisse, en Finlande et en Autriche, la participation à un engagement est facultative.
- En Autriche, les « unités de présence de cadres », dans lesquelles on s'engage à titre volontaire, sont soumises à l'obligation de servir à l'étranger.



- Pour les militaires de carrière suisses, la participation à des engagements à l'étranger est facultative.
- Les membres des armées de volontaires en Irlande et en Suède sont soumis à des engagements à l'étranger.

**XXVI. S'agissant de la participation quantitative à la promotion de la paix, les chiffres moyens des détachements nationaux pour les années 2006 à 2010 permettent de distinguer trois groupes d'Etats.**

- C'est l'Autriche qui a détaché le plus de militaires (1200 en moyenne).
- La Finlande, l'Irlande et la Suède forment un groupe médian avec en moyenne 600 à 800 militaires détachés.
- A ce jour, c'est la Suisse qui a détaché le moins de militaires (270 en moyenne).

**XXVII. Concernant le cadre géographique du détachement de contingents militaires (soit plus de 20 soldats), la Suisse a à ce jour les visées les plus étroites puisqu'elles se restreignent aux Balkans occidentaux.**

- Les cinq Etats se sont tous engagés dans les Balkans occidentaux.
- Les quatre autres Etats se sont engagés également au Proche-Orient et en Afrique.
- Seules la Finlande et la Suède ont détaché des contingents importants en Afghanistan.

**XXVIII. Quant au cadre institutionnel privilégié pour la promotion militaire de la paix, une analyse des contingents nationaux détachés entre 2006 et août 2010 (plus de 20 militaires) donne les résultats suivants.**

- La Suède, la Finlande, l'Autriche et l'Irlande se sont associées à des opérations de promotion de la paix de l'OTAN, de l'UE et de l'ONU.
- Jusqu'à présent, la Suisse n'a pas participé à des missions de l'ONU avec des contingents militaires, ce qui s'explique par sa focalisation géographique étroite sur les Balkans.

**XXIX. Les chiffres prévisionnels des ressources en personnel à affecter à de futures missions militaires de promotion de la paix varient considérablement.**

- En Suisse, le chiffre visé ces dernières années était de 500 soldats. Selon le rapport sur l'armée 2010, ce chiffre devrait être atteint d'ici à la fin de 2014. En outre, il faudrait également renforcer les contributions de grande qualité concentrées sur des niches. D'ici à 2020, les capacités disponibles devraient être renforcées afin de permettre l'envoi de 1000 militaires dans le cadre d'engagements de promotion de la paix et d'appui des prestations d'aide humanitaire.
- L'Irlande prévoit de détacher 850 militaires pour des missions mandatées par l'ONU.
- L'Autriche envisage de mobiliser 1500 soldats.
- La Suède pense pouvoir détacher 1400 soldats d'ici à 2013, puis 2000 à l'horizon 2016.
- En Finlande, le nombre de militaires impliqués dans des engagements à l'étranger est limité légalement à 2000.

# Sommario esecutivo

- I. **Dalla fine della guerra fredda il contesto strategico degli Stati europei è sostanzialmente cambiato.**
  - La divisione in due dell'Europa è stata superata con il crollo dell'Unione Sovietica e oggi, non da ultimo grazie ai processi di ampliamento dell'UE e della NATO, l'Europa si contraddistingue sostanzialmente per un'elevata stabilità.
  - Al tempo stesso ai confini dell'Europa esistono però numerosi focolai di conflitto.
  - In seguito alla globalizzazione e alla crescente internazionalizzazione delle minacce, anche le crisi più lontane rivestono per gli Stati europei una forte rilevanza sul piano della politica della sicurezza.
  
- II. **Alla luce della modificata situazione di minaccia, all'inizio degli anni Novanta la maggior parte degli Stati ha avviato un profondo processo di trasformazione delle forze armate tuttora in atto.**
  - In una prima ondata di riforme, situabile fra il 1990 e il 1995, si è proceduto nella maggior parte dei Paesi europei a un ridimensionamento delle forze armate, prevalentemente per motivi di costo.
  - Dalla metà degli anni Novanta è subentrata una seconda fase, che nella maggior parte dei Paesi ha portato a una trasformazione concettuale e strategica dell'apparato militare con l'ampliamento della gamma dei compiti, l'idoneità a collaborare (interoperabilità) e una nuova struttura del personale. Questo processo ha conosciuto un'accelerazione in seguito agli interventi delle forze armate europee in favore della pace. Questo nuovo orientamento ha generato un'ulteriore riduzione degli effettivi con la conseguente professionalizzazione degli eserciti e in molti casi al rifiuto dell'obbligo militare.
  - Nel nuovo Millennio vi è stata una nuova ondata riformista che è sfociata in un'ampia modularizzazione, flessibilizzazione, professionalizzazione e snellimento di molti eserciti. L'obiettivo di queste riforme era soprattutto quello di rendere più efficienti le procedure per gli interventi in casi di crisi e ridurre i tempi di reazione.
  
- III. **Anche gli Stati europei neutrali e non allineati (Svizzera, Svezia, Austria, Finlandia e Irlanda) hanno attraversato questi processi di trasformazione, pur se con una portata differenziata per ogni singolo Paese. I processi di trasformazione si differenziano anche riguardo ai contenuti dei cambiamenti delle priorità. Queste differenze sono riconducibili a fattori quali la situazione geostrategica, le istituzioni politiche (p. es. democrazia diretta) o le condizioni quadro sociali e finanziarie.**
  - Il processo di trasformazione più ampio interessa finora la Svezia, che ha sospeso l'obbligo militare, interpreta la clausola di assistenza UE a livello di politica di difesa e orienta le forze armate in misura preponderante verso il promovimento della pace.
  - Analogamente alla Svezia, anche in Austria e Finlandia si riconosce uno spostamento delle priorità dalla difesa nazionale al promovimento internazionale della pace.

- In Svizzera abbiamo assistito tendenzialmente a uno spostamento dalla difesa nazionale a interventi di sicurezza e compiti di sostegno in patria.
- In Irlanda le forze armate non sono mai state prevalentemente impiegate per la difesa nazionale. Dopo l'Accordo del Venerdì Santo del 1998 è ravvisabile un passaggio dagli interventi interni al promovimento internazionale della pace.
- Ad eccezione dell'Irlanda, la riduzione degli effettivi delle forze armate dal 1989 è molto evidente in tutti gli Stati oggetto della ricerca.

## Principali risultati su singoli aspetti del confronto interstatale

### *Basi legali*

#### **IV. L'orientamento e la strutturazione delle forze armate nei singoli Stati esaminati sono disciplinati diversamente a livello costituzionale e legale.**

- Per quanto riguarda la Finlandia, l'Irlanda e la Svezia, le disposizioni costituzionali si limitano sostanzialmente all'impiego delle forze armate e ai poteri decisionali e di comando, mentre in Svizzera e Austria la Costituzione definisce anche i compiti dell'esercito. Un nuovo orientamento - in Austria anche una nuova ponderazione - dei compiti dell'esercito implica una revisione delle disposizioni costituzionali vigenti in materia.
- L'obbligo militare in tutti gli Stati che lo prevedono (Svizzera, Austria e Finlandia) è ancorato in una disposizione costituzionale e trova poi applicazione a livello di legge. In questi Stati l'abolizione o la sospensione dell'obbligo militare richiede quindi una modifica costituzionale.
- In Svizzera e Austria anche la rinuncia al principio della milizia - definito diversamente - implica un cambiamento della Costituzione.

### *Analisi delle minacce e del contesto*

#### **V. Tutti e cinque i Paesi rilevano un notevole miglioramento dello stato della sicurezza europea nel corso degli ultimi venti anni e di conseguenza ritengono improbabile un attacco militare contro il loro territorio in un prossimo futuro.**

- L'analisi della sicurezza europea in Svizzera è tuttavia più scettica rispetto agli Stati membri dell'UE, pur tenendo conto dell'effetto stabilizzante dell'UE e della NATO.

#### **VI. I singolo Stati interpretano diversamente il concetto di periferia europea e dell'instabilità ad essa collegata, rapportandolo alla loro posizione geografica.**

- Per la Finlandia la periferia inizia alla frontiera con la Russia, mentre per la Svezia fa parte del contesto regionale.
- Per l'Austria la regione dei Balcani e il connesso potenziale di conflitto riveste particolare importanza per la sicurezza.
- La Svizzera e l'Irlanda occupano una confortevole posizione di sicurezza all'interno dell'Europa e non sono direttamente esposte ai focolai d'instabilità della periferia europea. Come l'Austria, anche la Svizzera segue con particolare interesse gli sviluppi in atto nei Balcani.

- VII. **Diversamente dagli altri quattro Stati, la Svizzera non accorda particolare importanza all'UE e al suo programma di cooperazione alla difesa. Gli Stati membri dell'UE parificano la propria sicurezza direttamente con quella dell'UE.**

*Strategia di base della politica di sicurezza*

- VIII. **Nei loro documenti fondamentali tutti e cinque gli Stati formulano una strategia della cooperazione. Nella prassi emergono tuttavia differenti modelli di cooperazione.**

- La strategia svizzera nell'ambito della cooperazione internazionale è strettamente condizionata da fattori di politica interna (democrazia diretta, ampia concezione della neutralità presso parte della popolazione). Da rilevare che la Svizzera tiene molto in considerazione la cooperazione nella rete integrata nazionale.
- I quattro Stati membri dell'UE accordano invece maggiore importanza alla cooperazione nel quadro della PESC/PSDC.
- L'Irlanda è molto impegnata in seno alle istituzioni della sicurezza e difesa europea, e ciononostante sfuma questa posizione facendo riferimento al ruolo di precursore dell'ONU nelle missioni di promozione della pace.
- Anche se tutti e cinque gli Stati partecipano al Pfp (partenariato per la pace), l'impegno nell'ambito della cooperazione militare degli altri quattro Stati è nettamente superiore rispetto a quello della Svizzera.

- IX. **A seconda del rispettivo concetto di neutralità durante la guerra fredda, dopo il 1989 i cinque Stati hanno parzialmente ridimensionato la loro neutralità, soprattutto in favore di una strategia di cooperazione.**

- La Svezia, la Finlandia e l'Austria hanno definito una nuova compatibilità fra neutralità e adesione all'UE, come peraltro l'Irlanda da sempre. In seguito sono entrate a far parte dell'UE.
- Anche in Svizzera, dopo il rapporto sulla politica estera del 1993, vige il concetto della compatibilità fra neutralità e adesione all'UE. Per la politica interna questa nuova interpretazione rimane tuttavia controversa.
- Dopo il 1989, nei loro documenti fondamentali tutti e cinque gli Stati hanno sottolineato la compatibilità fra la neutralità e la cooperazione alla sicurezza, al di là dell'adesione a un'alleanza militare, in particolare la Svezia, la Finlandia e l'Austria che oggi non si definiscono più neutrali, bensì non allineate.
- La Svizzera e l'Irlanda hanno mantenuto il termine di neutralità. Inoltre, in Svizzera la compatibilità fra neutralità e cooperazione alla sicurezza continua a essere un argomento controverso.

- X. **Attualmente nessuno di questi Stati ha espresso la volontà di entrare a far parte della NATO. La Finlandia sta comunque valutando l'adesione alla NATO quale alternativa al non allineamento.**

### *Compiti degli eserciti*

**XI. I compiti delle forze armate oggetto della ricerca sono sostanzialmente identici e comprendono la difesa del Paese, il sostegno delle autorità civili nei casi di crisi e catastrofi nonché il promovimento della pace e la gestione militare delle crisi**

**XII. Nei documenti fondamentali il concetto di difesa viene utilizzato in maniera differenziata.**

- Da un lato si intende la difesa contro un attacco militare o una minaccia militare nel senso di difesa nazionale classica o di difesa territoriale.<sup>1</sup>
- Dall'altro il termine viene impiegato sempre più anche riferito ad altri compiti. I compiti di stabilizzazione al di fuori dei confini nazionali sono recepiti come parte integrante della difesa.

**XIII. Nella prassi ogni Paese attribuisce un'importanza diversa ai singoli compiti espletati dall'esercito.**

- Per la Svezia, la Finlandia, l'Austria e l'Irlanda il promovimento della pace riveste una notevole importanza.
- La Finlandia, parallelamente, ribadisce con determinazione anche la difesa nazionale.
- La Svizzera pone un accento sull'interno, nel senso che accanto alla difesa nazionale viene dato grande risalto anche al sostegno delle autorità civili.

### *Modelli di difesa, istruzione e prestazione di servizio*

**XIV. I modelli di difesa degli Stati esaminati possono essere suddivisi in due gruppi.**

- In Svizzera, Austria e Finlandia vige l'obbligo militare generalizzato.
- Il 1° luglio 2010, la Svezia ha sospeso l'obbligo militare durante i periodi di pace. In Irlanda non sussiste alcun obbligo militare.

**XV. I modelli di istruzione e prestazione di servizio negli Stati in cui vige l'obbligo militare sono strutturati in vario modo.**

- In Finlandia e Austria il servizio militare o il servizio d'istruzione viene prestato in un unico periodo.
- La Svizzera applica invece un modello di milizia, che prevede la prestazione del servizio a due livelli. All'istruzione di base segue un servizio di aggiornamento con gli annuali corsi di ripetizione. Fanno eccezione i cosiddetti militari in ferma continuata, che assolvono il loro obbligo d'istruzione in un blocco unico. Il numero dei militari in ferma continuata è limitato attualmente al 15% per ogni anno di reclutamento. Si sta vagliando un aumento al 30%.
- L'esercito federale austriaco contempla anch'esso una componente di milizia. Tuttavia, l'assunzione di una funzione di milizia avviene di norma su base volontaria.

---

<sup>1</sup> Nelle considerazioni che seguono il termine viene utilizzato in questo senso.

**XVI. Nei tre Stati in cui vige l'obbligatorietà, il servizio militare ha una durata differenziata.**

- I soldati svizzeri prestano 262 risp. 300 (militari in ferma continuata) giorni di servizio. È all'esame la possibilità di una diminuzione dei giorni di servizio.
- In Austria e Finlandia vige l'obbligo di prestare servizio militare per 180 giorni.

*Risorse personali*

**XVII. Gli effettivi complessivi delle forze armate (secondo il dimensionamento) risultano alquanto differenti.**

- Con 250'000 risp. 220'000 militari, la Finlandia e la Svizzera dispongono degli eserciti più consistenti degli Stati oggetto della ricerca. Secondo il Rapporto sull'esercito 2010, l'obiettivo è di ridurre gli effettivi delle forze armate svizzere a 96'000 militi. L'attuale riserva di 80'000 soldati verrebbe completamente cancellata.
- L'esercito federale austriaco può mobilitare complessivamente 55'000 soldati. Di norma le riserve supplementari disponibili non vengono più prese in considerazione.
- L'Irlanda dispone di meno di 22'500 militari.
- La Svezia ridurrà le sue forze armate a 50'000 soldati nel quadro della trasformazione in un esercito di volontari.

**XVIII. Per quanto riguarda il numero di attivi la differenza fra la Svizzera e gli altri quattro Stati è sostanziale.**

- Nel suo esercito di milizia la Svizzera include fra gli attivi anche i militari che stanno assolvendo i corsi di ripetizione (CP), raggiungendo in tal modo la cifra di 120'000 soldati. In pratica gli effettivi di attivi ammontano a 174'000 unità, fatto questo riconducibile in particolare al frequente spostamento di prestazioni di servizio militare. Stando al Rapporto sull'esercito 2010, in futuro è previsto un obiettivo di 80'000 attivi.
- Degli altri Stati l'Austria (circa 25'000) e la Finlandia (circa 22'500) dispongono degli effettivi più consistenti, seguite dalla Svezia (circa 15'000) e dall'Irlanda (circa 10'000).

*Risorse finanziarie*

**XIX. In termini assoluti, le spese per la difesa nel 2009 possono essere riassunte in tre gruppi.**

- Con circa 6 miliardi di US\$, la Svezia è il Paese che spende di più per la difesa.
- Seguono la Svizzera (circa 4,1 miliardi di US\$), la Finlandia (circa 3,7 miliardi di US\$) e l'Austria (circa 3,6 miliardi di US\$).
- Chiude l'Irlanda con una spesa per la difesa pari a circa 1,6 miliardi di US\$.

XX. La quota delle spese per la difesa rispetto al PIL per il 2008 (non sono disponibili cifre più aggiornate) si presenta come segue.

- Con l'1,3% la Svezia e la Finlandia sono i Paesi con le maggiori uscite per la difesa.
- L'Austria e la Svizzera con lo 0,8% si posizionano nella media degli Stati esaminati.
- Con lo 0,6% l'Irlanda è il Paese che spende meno per la difesa.

XXI. L'evoluzione delle spese per la difesa dal 1989 al 2009 mostra la seguente situazione.

- In Svizzera e Svezia le spese sono diminuite sensibilmente
- In Austria, Finlandia e Irlanda le spese sono aumentate, in particolare in Finlandia.

XXII. L'evoluzione della quota delle spese per la difesa rispetto al PIL dal 1989 al 2008 si presenta nel seguente modo.

- In Svizzera (-0,9) e Svezia (-1.2) la quota è diminuita sensibilmente.
- Alla luce della quota piuttosto modesta rispetto al PIL, il calo è considerevole anche in Irlanda (-0.5).
- In Austria (-0.3) e Finlandia (-0.2) la diminuzione della quota è stata esigua.

#### *Partecipazione al promovimento militare della pace*

XXIII. In via di principio per tutti e cinque gli Stati la partecipazione a operazioni di promovimento militare della pace è subordinata al conferimento di un mandato da parte dell'ONU (o in Svizzera in alternativa a un mandato dell'OSCE).

- In Finlandia, Svezia e Austria sono comunque possibili delle eccezioni.

XXIV. La Svizzera è l'unico Stato in cui è esclusa qualsiasi partecipazione a combattimenti per l'imposizione della pace, indipendentemente da un mandato dell'ONU.

XXV. La questione della volontarietà o dell'obbligo di partecipare alle missioni di pace è disciplinata in modo differenziato.

- Per le persone soggette all'obbligo militare in Svizzera, Finlandia e Austria la partecipazione a un impiego avviene su base volontaria.
- In Austria vige l'obbligo di impiego all'estero per le "Kaderpräsenzenheiten", alle quali ci si annuncia volontariamente.
- Per militari di professione svizzeri la partecipazione a impieghi all'estero è volontaria.
- I militi degli eserciti di volontari in Irlanda e Svezia sono obbligati a partecipare a impieghi all'estero.

XXVI. Riguardo alla partecipazione quantitativa al promovimento della pace, le cifre medie delle missioni nazionali del periodo fra il 2006 e il 2010 possono essere riassunte in tre gruppi.

- L'Austria ha messo a disposizione il maggior numero di militari (mediamente circa 1200).
- La Finlandia, l'Irlanda e la Svezia formano il gruppo centrale con una media di 600–800 militari inviati all'estero.
- Chiude la Svizzera con una media di circa 270 militari.

**XXVII. Per quanto riguarda il quadro geografico dell'invio di un contingente militare (più di 20 militari) la Svizzera ha l'orizzonte più ristretto, limitato ai Balcani occidentali.**

- Nei Balcani occidentali sono intervenuti tutti e cinque gli Stati.
- Gli altri quattro Stati sono intervenuti anche nel Vicino Oriente e in Africa.
- In Afghanistan solo la Finlandia e la Svezia sono intervenute con contingenti di una certa entità.

**XXVIII. Con riferimento al quadro istituzionale privilegiato del promovimento militare della pace, da una valutazione dei contingenti nazionali (più di 20 militari) inviati fra il 2006 e il mese di agosto 2010 emerge il seguente quadro.**

- La Svezia, la Finlandia, l'Austria e l'Irlanda hanno partecipato a operazioni di pace della NATO, dell'UE e dell'ONU.
- Finora la Svizzera non ha partecipato con suoi contingenti militari a missioni dell'ONU, fatto questo riconducibile alla sua stretta focalizzazione geografica sui Balcani.

**XXIX. Il dimensionamento in termini di personale per il futuro promovimento della pace varia da Paese a Paese.**

- Negli ultimi anni in Svizzera il dimensionamento prevedeva un raddoppio a circa 500 soldati. Il Rapporto sull'esercito 2010 afferma che questo obiettivo debba essere raggiunto entro la fine del 2014. Si intende inoltre potenziare anche i contributi di nicchia di alto valore qualitativo. Entro il 2020 dovranno essere costituite delle capacità per l'invio di 1000 militari a favore del promovimento della pace e il sostegno degli aiuti umanitari.
- L'Irlanda prevede di mettere a disposizione 850 soldati per l'impiego in missioni con mandato dell'ONU.
- L'Austria è orientata verso un impiego di 1500 soldati.
- La Svezia prevede di impiegare 1400 soldati entro il 2013 e 2000 soldati entro il 2016.
- In Finlandia il numero di soldati da impiegare in missioni all'estero è limitato per legge a 2000 unità.



# Einleitung

Seit dem Ende des Kalten Krieges hat sich die Welt stark verändert. Das internationale System ist nicht mehr durch den bipolaren Ost-West-Konflikt, sondern durch ein komplexes Zusammenspiel verschiedener Machtzentren und durch anhaltende Machtverschiebungen Richtung Asien geprägt. Die Zweiteilung Europas wurde mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion überwunden. In seinem Kern ist Europa heute nicht zuletzt dank der Erweiterungsprozesse der EU und der NATO durch eine sehr hohe Stabilität gekennzeichnet. Eine militärische Bedrohung zeichnet sich in absehbarer Zeit nicht ab. Gleichzeitig lassen sich an den Rändern Europas zahlreiche Konfliktherde ausmachen. Im Zuge der Globalisierung und des zunehmend transnationalen Charakters von Bedrohungen sind heute zudem auch teilweise weit entfernte Krisen von hoher sicherheitspolitischer Relevanz für die Staaten Europas.

Dieser Wandel des strategischen Umfelds liess die Streitkräfte Europas nicht unberührt. Vor dem Hintergrund der veränderten Bedrohungslage hat in den frühen 1990er Jahren in den meisten Staaten ein tiefgreifender Streitkräftetransformationsprozess eingesetzt, der bis heute anhält. Im Zentrum dieses Prozesses steht der Umbau der Streitkräfte von Verteidigungsarmeen zu einem multifunktional einsetzbaren Instrument, wobei in vielen Staaten internationalen Friedensmissionen und damit der Fähigkeit zur internationalen Kooperation besondere Bedeutung beigemessen wird. Zusätzlich zur Ausweitung und partiellen Neugewichtung der Armeeaufgaben haben auch strukturelle Veränderungen wie die Reduktion der Bestände, eine erhöhte Professionalisierung oder eine Modularisierung der Einheiten stattgefunden.

Solche Transformationsprozesse lassen sich auch in den neutralen und allianzfreien Staaten Europas beobachten. Zudem haben diese Staaten ihre Neutralität modifiziert, um so konzeptionell die Grundlagen für eine kooperative Sicherheitspolitik zu legen. Allerdings haben diese Entwicklungen in den einzelnen Staaten in unterschiedlicher Intensität stattgefunden. Ziel der vorliegenden Studie ist es, die jeweiligen nationalen Umgestaltungsprozesse seit 1989 nachzuzeichnen und die wichtigsten Gemeinsamkeiten und Unterschiede der Streitkräfte zu identifizieren.

## *Auftrag und Grundlagen*

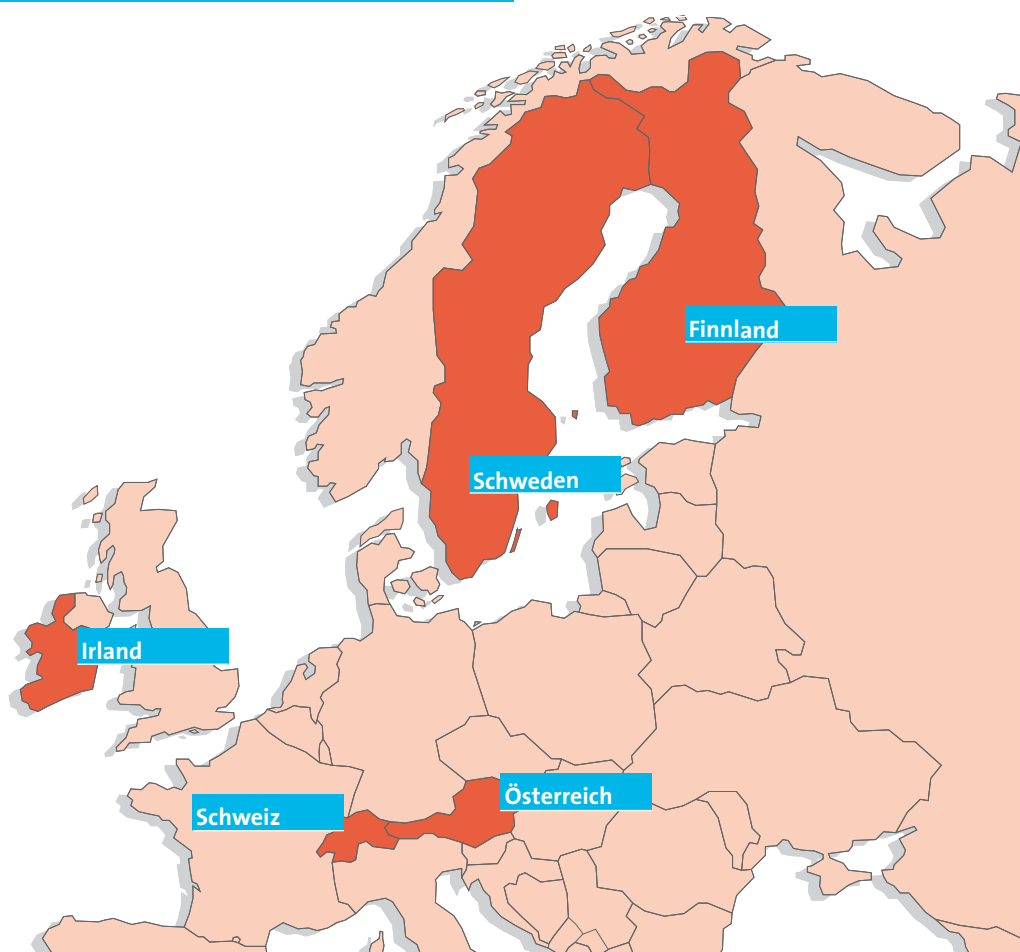
Die Studie geht auf einen Auftrag des Politischen Sekretariats des Eidgenössischen Departements für auswärtige Angelegenheit (EDA) an das Center for Security Studies (CSS) der ETH Zürich zurück, die Streitkräftetransformation der neutralen respektive allianzfreien Staaten in Europa zu analysieren und zu vergleichen. Die Länderauswahl umfasst die Schweiz, Schweden, Österreich, Finnland und Irland. Es handelt sich dabei um die «klassischen» Neutralen in Westeuropa während des Kalten Krieges. Trotz aller Unterschiede erachtete die Schweiz bis zum Ende des Ost-West-Konflikts die Sicherheitspolitik insbesondere Schwedens, Österreichs und Finnlands als wichtige Referenzpunkte für ihre eigene sicherheitspolitische Positionierung und Strategie. Auch wenn sich die Wege seither teilweise getrennt haben und die Schweiz heute als einziger der neutralen und allianzfreien Staaten nicht Mitglied der EU ist, bleiben diese Länder aufgrund ihrer Nichtzugehörigkeit zur NATO eine wichtige Vergleichsgrösse für die Schweiz.

Die Studie beschränkt sich auf eine vergleichende Darstellung der Transformationsprozesse. Auf eine Interpretation und Bewertung der Unterschiede zwischen den einzelnen Staaten wird verzichtet. Folglich enthält die Studie auch keine Handlungsempfehlungen für die Schweiz. Vielmehr soll sie als Informationsgrundlage dienen. Informationslücken, die sich auf-

grund der teilweise schwierigen Datenlage oder der knapp bemessenen Zeit zur Erstellung der Studie ergaben, werden als solche gekennzeichnet.

Als zentrale Datenbasis dienen der Studie nationale sicherheits- und verteidigungspolitische Grundlagendokumente, militärstatistische Jahrbücher sowie Positionsbezüge und Erläuterungen relevanter Regierungsmitglieder und Militärs. Diese Quellen wurden durch Sekundärliteratur ergänzt. Für die quantitativen Aspekte wurden zudem die jeweiligen nationalen Verwaltungsstellen kontaktiert. Die Vergleichbarkeit sicherheitspolitischer Daten ist allerdings häufig beschränkt, da die entsprechenden Kategorien wie z.B. «Verteidigungsausgaben» national bisweilen sehr unterschiedlich interpretiert werden. Die vorliegende Studie stützt sich deshalb nicht arbiträr auf ein spezifisches Dataset, sondern verwendet verschiedene Datensätze, die sie – wo geboten – einander gegenüberstellt.

**Neutrale und allianzfreie Staaten in Europa**



	Schweiz	Österreich	Irland	Schweden	Finnland
Bevölkerung (1.1.2010)	7'783'026	8'375'290	4'455'780	9'340'682	5'351'427
BIP pro Kopf in Kaufkraftstandards (KKS) (EU-27=100)	144	122	131	120	111
Wachstumsrate des BIP-Volumens 2009 - prozentuale Veränderung zum Vorjahr	-1.9	-3.9	-7.1	-5	-8

Quelle: Eurostat

## *Aufbau*

Die Studie umfasst einen historischen Abriss der Streitkräftetransformationsprozesse seit 1989 sowie eine vergleichende Darstellung der nationalen Sicherheitsstrategien und Streitkräfte heute. Im ersten Teil wird zu Beginn das Phänomen der Streitkräftetransformation in Europa seit dem Ende des Kalten Krieges anhand von drei Reformwellen und generellen Trends erläutert. Darauf folgen die verschiedenen Länderkapitel, in welchen die sicherheits- und verteidigungspolitischen Transformationsprozesse der letzten zwanzig Jahre in der Schweiz, Schweden, Österreich, Finnland und Irland in knapper Form dargestellt werden.

Im zweiten Teil wird der Ländervergleich nach folgenden Gesichtspunkten strukturiert: Rechtliche Grundlagen; Bedrohungs- und Umfeldanalyse; sicherheitspolitische Grundstrategie; Armeeaufgaben; Wehr-, Ausbildungs- und Dienstleistungsmodell; personelle Ressourcen; finanzielle Ressourcen; Teilnahme an militärischen Friedensoperationen; Bilanz und Perspektiven der Transformation der Streitkräfte. Dieser Teil umfasst hauptsächlich analytische Kernaussagen zu den jeweiligen nationalen Unterschieden und Parallelen. Auf eine Auflistung der einzelnen Bestimmungen und Paragraphen, die den Kernaussagen zugrunde liegen, wird aus Gründen der Übersichtlichkeit verzichtet. Hingegen findet sich zu jedem Kapitel des zweiten Teils ein Quellenverzeichnis mit den Materialien, auf welchen die Kernaussagen basieren. Damit soll die Überprüfbarkeit der Aussagen sichergestellt werden. Beide Teile enthalten zudem Graphiken, mit Hilfe derer die zentralen Erkenntnisse dieser Studie illustriert werden.

# Teil I

Streitkräftetransformation in Europa seit 1989

# Streitkräftetransformation in Europa seit 1989

## 1. Allgemeine Trends und Entwicklungslinien

Seit dem Ende des Kalten Krieges hat sich das strategische Umfeld in Europa stark verändert. Die Zweiteilung des Kontinents wurde durch den Zusammenbruch der Sowjetunion und den Erweiterungsprozess der EU und der NATO überwunden. Gleichzeitig hat die Globalisierung dazu geführt, dass auch Krisen und Konflikte am Rande und ausserhalb Europas Rückwirkungen auf die europäische Sicherheit haben können. Als eine Konsequenz dieser Entwicklung wurde die Wahrnehmung von traditionellen und territorialbezogenen Bedrohungen durch vielschichtige und transnationale Sicherheitsrisiken überlagert. Dies führte auch zu einer Ausdehnung der Definition der nationalen Sicherheit, in welcher nichtmilitärische Elemente stärker betont wurden.

Vor dem Hintergrund des sich wandelnden Umfelds setzte nach 1989 auch ein Transformationsprozess der Streitkräfte in Europa ein. Waren diese während des Kalten Krieges hauptsächlich auf Territorialverteidigung und Abschreckung ausgerichtet, werden sie heute als multifunktionales Sicherheitsinstrument verwendet. Dieser Wandel der Sicherheitspolitik und der Streitkräfte im europäischen Raum war weder plötzlich noch linear. Trotzdem lassen sich hinsichtlich der Streitkräfteentwicklung in Europa generelle Trends bei den Reformen ausmachen.

In einer ersten Reformwelle, die sich zwischen 1990 und 1995 erkennen lässt, fand in den meisten europäischen Staaten eine vorwiegend kostenmotivierte Verkleinerung der Streitkräfte statt. Während dies in der Regel ohne grundlegende strategische Neuausrichtung und unter Beibehaltung des Massenheerprinzips geschah, wurde die sogenannte «Friedensdividende» durch den Abbau von Personal, Waffen und Gerät eingezogen.

Ab Mitte der 1990er Jahre setzte dann eine zweite Welle ein, die in den meisten Staaten zu Beginn des 21. Jahrhunderts zu einer konzeptionellen und strategischen Umstellung des Militärapparates auf ein erweitertes Aufgabenspektrum und eine neue Personalstruktur führte. Einer der Hauptgründe für diese Entwicklung war die sich ab Mitte der 1990er Jahre intensivierende internationale Zusammenarbeit, an welcher auch ehemalige Warschauer-Pakt-Staaten sowie neutrale und allianzfreie Staaten im Rahmen der NATO-Partnerschaft für den Frieden (*Partnership for Peace* (PfP)) vermehrt teilnehmen konnten. Internationale Friedenseinsätze europäischer Streitkräfte, insbesondere auf dem Balkan, beschleunigten diesen Prozess und förderten die Interoperabilität durch eine Vereinheitlichung von Einsatz- und Führungsdoktrin. Diese neue Ausrichtung führte auch zu einer erneuten Verkleinerung der Bestände, die eine Professionalisierung der Armeen und vielerorts eine Abkehr von der Wehrpflicht zur Folge hatte.

Ab der Jahrtausendwende setzte eine neue Reformwelle ein, die eine umfassende Modularisierung, Flexibilisierung, Professionalisierung und Verschlankeung der Streitkräfte mit sich brachte. Diese Reformen zielten auf ein effizienteres Vorgehen in Kriseninterventionseinsätzen sowie auf die Verkürzung der Reaktionszeit der Streitkräfte. Ausserdem sollte die Modularisierung der nationalen Truppenkörper die Einsätze in internationalen Verbänden vereinfachen. In diversen Staaten dauern diese Reformen der «dritten Generation» noch an oder befinden sich erst in ihrem Anfangsstadium.

Bei der Transformation der europäischen Streitkräfte seit dem Ende des Kalten Krieges lassen sich verschiedene Trends mehr oder weniger explizit erkennen. Im **doktrinalen Bereich** fanden generell die folgenden Entwicklungen statt:

- eine Schwergewichtsverlagerung von der Territorialverteidigung zur Krisenreaktionsfähigkeit im In- und Ausland
- eine zunehmende Multinationalisierung
- die Entwicklung des Soldaten zum «Schützer, Retter und Helfer» (*Soldier-statesman*)

Gleichzeitig manifestierte sich der Wandel auf **struktureller Ebene** durch

- die kontinuierliche Professionalisierung der Armee
- den Ausbau der Präsenzkomponeute für eine effiziente Krisenbewältigung
- den Umbau der Reservekomponente für nationale und internationale Aufgaben
- die Strukturierung nach Modulen anstelle eines *ordre de bataille*

Die wichtigsten Entwicklungen im **operationellen Bereich** betrafen

- den Aufbau von *Jointness*, d.h. der teilstreitkräfteübergreifenden Zusammenarbeit
- die Schaffung von Interoperabilität zwischen den Armeen verschiedener Staaten
- den Ausbau der strategischen Mobilität durch die Beschaffung von strategischen Transportmitteln

## 2. Transformationsprozesse neutraler und allianzfreier Staaten

Die obige Skizze der Streitkräfteentwicklung und deren Trends seit dem Ende des Ost-West-Konflikts treffen auf die einzelnen Staaten Europas natürlich in unterschiedlichem Ausmass zu. Dennoch bildet sie einen Rahmen, in welchem sich auch die Transformation der Streitkräfte der neutralen und allianzfreien Staaten einordnen lässt. Die Schweiz, Österreich, Schweden, Finnland und Irland haben alle ihre Sicherheitspolitik und ihre Streitkräfte vermehrt auf internationale Kooperation ausgerichtet. Allerdings haben sie das mit unterschiedlicher Intensität getan. Dementsprechend bilden sie heute auch keineswegs eine einheitliche Gruppe.

Obwohl die Sicherheitspolitik dieser Staaten angesichts der Neutralität respektive Allianzfreiheit wichtige Parallelen aufweist, sind auch gewichtige Unterschiede erkennbar. Diese gehen auf Faktoren wie die geostrategische Lage, politische Institutionen (z.B. direkte Demokratie) oder gesellschaftliche und finanzielle Rahmenbedingungen zurück. So sind Finnland, Irland, Österreich und Schweden stark auf internationale Kooperation und insbesondere auf Zusammenarbeit im Rahmen der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der EU ausgerichtet. Die Schweiz ist diesbezüglich wesentlich zurückhaltender. Innerhalb der international ausgerichteten Gruppe wiederum fällt auf, dass Finnland zusätzlich zu seinem grossen Engagement in der militärischen Friedensförderung auch an einer starken Territorialverteidigung festhält. Eine weitere Eigenheit betrifft Irland, das seit jeher viel kleinere Streitkräfte unterhält als die anderen neutralen oder allianzfreien Staaten. Während solche Unterschiede (und Gemeinsamkeiten) im zweiten Teil der Studie ausführlicher analysiert werden, sind im Folgenden zunächst die nationalen Transformationsprozesse der untersuchten Staaten darzustellen.

### a. Schweiz

Seit 1989 erfuhren die innenpolitischen und internationalen Rahmenbedingungen der schweizerischen Sicherheitspolitik starke Veränderungen. Zum ersten Mal überhaupt befand sich die Schweiz fernab von Konfliktlinien. Im Zuge dieser fundamentalen Änderung des strategischen Umfelds forderten gesellschaftliche, politische und wissenschaftliche Kreise eine Neuorientierung der Sicherheitspolitik und damit eine Abkehr von der Konzeption von 1973, in welcher das Schwergewicht auf der traditionellen Kriegsverhinderung durch Verteidigungsbereitschaft lag. Die Bundesbehörden erkannten die Notwendigkeit einer sicherheitspolitischen Neuorientierung und erarbeiteten dafür den **Bericht 90** – «Schweizerische Sicherheitspolitik im Wandel».<sup>2</sup> Die Schweiz reagierte damit auf den Umbruch im internationalen Umfeld ebenso wie auf die überraschend hohe Anzahl von Befürwortern der Armeeabschaffungsinitiative aus dem Jahr 1989. Da das Ausmass und die Folgen des internationalen Wandels aber noch unklar waren, handelte es sich beim Bericht 90 um eine Übergangsstrategie.

Im Gegensatz zum Bericht 73 analysierte der Bericht 90 nicht nur die möglichen Bedrohungen, sondern auch die Möglichkeit eines durch kooperative Anstrengungen sicheren Europas – wobei der Verweis auf einen möglichen Rückfall in die Konfrontation diese Überlegungen relativierte. Der Bundesrat befasste sich auch mit nicht-machtpolitisch bedingten Gefahren und Risiken wie natur- und zivilisationsbedingten Katastrophen, Migrationsbewegungen und ethnischen Konflikten. Demnach wurden die Mittel der Gesamtverteidigung auch zur Bewältigung dieser Gefahren zur Verfügung gestellt. Dies führte zu einer neuen und umfassenderen Definition des Armeeauftrags: Friedensförderung, Kriegsverhinderung und Verteidigung, Hilfeleistung als Beitrag an die allgemeine Existenzsicherung.<sup>3</sup> Die Armee sollte sich nicht nur an der internationa-

2 Schweizerische Sicherheitspolitik im Wandel: Bericht 90 des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Sicherheitspolitik der Schweiz vom 1. Oktober 1990. *BBl* 1990, S. 847–904.

3 Der bisherige Auftrag bestand aus der Kriegsverhinderung durch Verteidigungsbereitschaft, Kriegführung und Widerstand im feindbesetzten Gebiet.

len Friedensförderung beteiligen, sondern auch vermehrt zur Katastrophenhilfe in Friedenszeiten beitragen. An der bewaffneten Neutralität wurde festgehalten. Der Bericht sah auch eine Straffung der Verbände sowie Umstrukturierungen unter der Bezeichnung Armee 95 vor.

Anfang 1992 präsentierte der Bundesrat seinen Bericht zum **Armeeleitbild 95** (ALB 95).<sup>4</sup> Die Armee behielt trotz des veränderten strategischen Umfelds ihren Hauptauftrag der Kriegsverhinderung und Verteidigung. Neu hinzu kamen jedoch Sicherungs- und Hilfseinsätze sowie die Friedensförderung. Hinsichtlich der Konzeption sollten unter dem Begriff der dynamischen Raumverteidigung flexiblere Schwerpunktbildungen möglich sein. Dies änderte jedoch nichts an der Gliederung der Armee. Auch die Aufwertung der beweglichen Verbände geschah unter fortbestehender Dominanz der raumgebundenen Infanterie. Diese Verteidigungskonzeption verlangte nach wie vor nach einem relativ hohen Sollbestand, der von 600'000 auf 400'000 gesenkt werden sollte. Obwohl das ALB 95 keinen grundsätzlichen Richtungswechsel darstellte, sollte die Armee die Kapazitäten für ihre neuen Aufgaben – die Existenzsicherung und die Friedensförderung – ausbauen. In der Umsetzung dieser Vorgaben behielt die Verteidigung jedoch Priorität, so dass für die Friedensförderung nur ein Bataillon gebildet werden sollte. Ausserdem konnte diese Aufgabe im Vergleich zur Verteidigung und Existenzsicherung nur sehr beschränkt umgesetzt werden, da das Volk in der Abstimmung von 1994 die Aufstellung von Schweizer Blauhelmkontingenten verwarf.

Dennoch hielt die Schweiz an der Internationalisierung ihrer Sicherheitspolitik fest und schloss sich 1996 unter dem Vorbehalt der bewaffneten Neutralität der Partnerschaft für den Frieden (Pfp) an. Diese Teilnahme beschränkte sich jedoch weitgehend auf die nichtmilitärischen Bereiche der Pfp. Gleichzeitig begannen die Vorarbeiten zu einer erneuten Umgestaltung der schweizerischen Sicherheitspolitik, die sich vermehrt am strategischen Umfeld und der Tendenz zur internationalen Zusammenarbeit orientieren sollte.

Diese Vorarbeiten mündeten in den sicherheitspolitischen Bericht «Sicherheit durch Kooperation» (**Bericht 2000**), den der Bundesrat Mitte 1999 vorlegte.<sup>5</sup> Die Ausrichtung der Grundstrategie verlagerte sich von der autonomen zur kooperativen Sicherheitspolitik. Die drei vom Bericht definierten Ziele waren die Selbstbestimmung ohne Beeinträchtigung durch Gewalt, der Schutz der Bevölkerung und deren Lebensgrundlagen sowie Beiträge zu Stabilität und Frieden jenseits der nationalen Grenzen. Der Wille zur Kooperation kam auch klar zum Ausdruck in der Weiterentwicklung der Aufträge der Armee: Beiträge zur internationalen Friedensunterstützung und Krisenbewältigung, Raumsicherung und Verteidigung sowie subsidiäre Einsätze zur Prävention und Bewältigung existentieller Gefahren. Demzufolge wurde die Anforderung an die Armee gestellt, in allen diesen drei Teilaufträgen – insbesondere für die Teilnahme an friedensunterstützenden Operationen – kooperationsfähig zu werden. Konzeptionell folgte der Bericht 2000 dabei dem Aussenpolitischen Bericht 93, der die Neutralität auf ihren militärischen Kerngehalt reduzierte und sich für eine umfassende sicherheitspolitische Kooperation jenseits der Mitgliedschaft in einer Militärallianz (wie auch für einen EU-Beitritt der Schweiz) ausgesprochen hatte.

Noch vor dem neuen Armeeleitbild begann die Schweiz, die neue Strategie durch den Einsatz im Kosovo zu verwirklichen. Die bewaffnete Teilnahme von schweizerischen Truppenkontingenten an Friedensoperationen im Ausland wurde von der Bevölkerung knapp gutgeheissen. Auch das Ja zum UNO-Beitritt im Jahr 2002 liess sich als eine Befürwortung aussen- und sicherheitspolitischer Kooperation interpretieren. Auf der konzeptionellen Ebene manifestierte sich dann vor allem im neuen **Armeeleitbild (ALB XXI)**, welches im Oktober

4 Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Konzeption der Armee in den neunziger Jahren (Armeeleitbild 95) vom 27. Januar 1992. *BBl* 1992, S. 850–1015.

5 Sicherheit durch Kooperation: Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Sicherheitspolitik der Schweiz (SIPOL B 2000) vom 7. Juni 1999. *BBl* 1999, S. 7657–7734.



2001 vom Bundesrat vorgelegt und 2003 von der Stimmbevölkerung akzeptiert wurde, der Trend zur Kooperation.<sup>6</sup>

Bei der Armee XXI handelte es sich um eine tiefgreifende Reform, die den Wandel von der Ausbildungs- zur Einsatzarmee beabsichtigte. Entsprechend den Aufträgen sollte die Armee multifunktional sein. Insbesondere war es jedoch die militärische Friedensförderung, die konzeptionell stärker betont wurde. Gleichzeitig wurde die Interoperabilität durch einen modularen Aufbau erhöht: An die Stelle von Armeekorps traten Bataillone, Abteilungen und Geschwader. Ebenfalls wurde die *Jointness* mit der Schaffung eines Teilstreitkräftemodells und eines *Joint*-Stabes auf operativer Stufe angestrebt. Der Sollbestand der Armee wurde unter Beibehaltung der Wehrpflicht um fast die Hälfte auf 220'000 reduziert. Für den Fall, dass sich das strategische Umfeld der Schweiz verschlechtern sollte, sah das Leitbild die Verstärkung der Verteidigungskomponente durch einen sogenannten «Aufwuchs» vor.

Legte der Bundesrat mit dem Bericht 2000 und dem ALB XXI eine solide konzeptionelle Grundlage für die sicherheitspolitische Kooperation, so haben seither innenpolitische Faktoren der Umsetzung dieser Grundstrategie enge Grenzen gesetzt. Diese Umsetzungsdefizite werden im zweiten Teil dieser Studie vertieft analysiert. Was die konzeptionelle Entwicklung in der Schweiz nach dem ALB XXI betrifft, so ist zunächst der **Entwicklungsschritt 2008/11** zu erwähnen. Vor dem Hintergrund der wachsenden Bedrohung durch den Terrorismus und des zunehmenden Finanzdrucks beabsichtigte der Bundesrat 2006, mit diesem Schritt die Fähigkeiten der Armee für subsidiäre Einsätze und die Raumsicherung zu verbessern.<sup>7</sup> Im Rahmen des Berichtes 2000 und der Armee XXI sollte die Verteidigungskapazität zugunsten vermehrter Sicherungsaufgaben verringert werden. Demnach bedeutete der Entwicklungsschritt eine Verlagerung der Aktivitäten der Armee von der Verteidigung auf die Raumsicherung unter gleichzeitiger Vermehrung der Infanteriebataillone auf Kosten anderer Einheiten – wie zum Beispiel der Fliegerabwehr. Diese Änderungen der Armeorganisation waren jedoch nur interimistisch gedacht. 2008 beschloss der Bundesrat zudem, dass die sicherheitspolitische Strategie überprüft und fortan jede Legislaturperiode der sich stetig wandelnden Bedrohungslage angepasst werden sollte.

Der neue **Sicherheitspolitische Bericht 2010** wurde vom Bundesrat im Juni 2010 verabschiedet. Er stellt einen Kompromiss zwischen den verschiedenen innenpolitischen Kräften und damit den Befürwortern und Gegnern sicherheitspolitischer Kooperation dar.<sup>8</sup> Grundsätzlich hält er an der internationalen sicherheitspolitischen Zusammenarbeit fest. Schwerpunktmässig befasst er sich allerdings mit der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen nationalen Sicherheitsinstrumenten in einem neu zu bildenden «Sicherheitsverbund Schweiz». Auch wenn der Bericht einen militärischen Angriff auf die Schweiz in absehbarer Zeit für unwahrscheinlich hält, bekräftigt er den Status der militärischen Verteidigung als der «entscheidenden Aufgabe» der Armee. Gleichzeitig soll der Entwicklungsschritt 2008/11 konsolidiert werden. Das Konzept der Raumsicherung wiederum wird aufgegeben, was die Rolle der Armee im Innern in Krisen unterhalb der Kriegsschwelle einschränkt. Aus strategischen, demographischen und finanziellen Gründen fordert der Bericht die Verkleinerung des Gesamtbestandes der Armee, eine Reduktion bei den «robusten Verbänden» (z.B. Panzer, Artillerie), Veränderungen der Organisationsstruktur und Anpassungen des Dienstpflicht- und Ausbildungsmodells unter Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht und der Miliz.

6 Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Konzeption der Armee XXI (Armeeleitbild XXI) vom 24. Oktober 2001. *BBl* 2002, S. 967–1051.

7 Botschaft über die Änderungen der Armeorganisation und des Bundesgesetzes über die Massnahmen zur Verbesserung des Bundeshaushaltes (Rechtliche Anpassungen zur Umsetzung des Entwicklungsschrittes 2008/11 der Armee) vom 31. Mai 2006. *BBl* 2006, S. 6197–6248.

8 Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Sicherheitspolitik der Schweiz vom 23. Juni 2010. *BBl* 2010, S. 5133–5221.

Im Nachgang zum Sicherheitsbericht 2010 verabschiedete der Bundesrat anfangs Oktober den **Armeebereich 2010**.<sup>9</sup> Es handelt sich hierbei nicht um ein Armeeleitbild, sondern um einen Bericht über den Stand und die Weiterentwicklung der Armee im Sinne einer politischen Diskussionsgrundlage. So stellt der Bericht eingehend die aktuellen Leistungen der Armee sowie Mängel in Bereichen wie der Ausrüstung, der Logistik und der Informatik dar. Auch wird festgehalten, dass es der Armee an einer umfassenden, aktualisierten Verteidigungsdoktrin mangle und die vernetzte Operationsführung nicht auf dem gebotenen Stand sei. Sodann identifiziert der Bericht Massnahmen zur Behebung dieser Mängel und zur Umsetzung und Konsolidierung des Entwicklungsschrittes 2008/11. Auf der Grundlage einer Bedrohungsanalyse leitet der Bericht anschliessend das künftige Leistungsprofil der Armee ab. Die Aufgaben der Armee bleiben unverändert: Kriegsverhinderung und Erhaltung des Friedens, Verteidigung, Unterstützung der zivilen Behörden und Friedensförderung. Die Verteidigung wird weiterhin als Kernkompetenz bezeichnet. Für die militärische Friedensförderung und den Assistenzdienst im Ausland sollen bis zu 1000 Armeeeingehörige zur Verfügung stehen. Das im Bericht skizzierte Grundmodell der Armee sieht 80'000 Aktive plus etwa 16'000 Rekruten vor. Auf eine zusätzliche Reserve wird künftig verzichtet. Eine Erhöhung der Anzahl Durchdiener soll geprüft werden. Finanziell wird ein Ausgabenplafond von 4,4 Milliarden Franken festgelegt. Dabei werden diverse personelle wie materielle Sparmöglichkeiten aufgelistet.

Die Umsetzung des Armeebereichs in Anpassungen des Militärgesetzes und der Verordnung über die Armeorganisation steht noch aus. Bereits jetzt zeichnen sich politische Kontroversen ab. Die Eckwerte des im Armeebereich skizzierten Grundmodells werden in dieser Studie deshalb lediglich als Ergänzung zum Ist-Zustand der Armee, nicht aber als fixe Grössen der künftigen Armee abgebildet.

Streitkräftetransformation Schweiz			
Zeitraum	1990 bis Mitte der 90er Jahre	Mitte der 90er Jahre bis Jahrtausendwende	Ab Jahrtausendwende
Europa	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Einzug der «Friedensdividende» durch Verkleinerung der Streitkräfte</li> <li>■ Kein grundlegender Strategiewechsel</li> <li>■ <i>Partnership for Peace</i> (PfP)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Vermehrte internationale Kooperation zur Friedensförderung</li> <li>■ Interoperabilität</li> <li>■ Einleitung der Professionalisierung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Zunehmende Internationalisierung</li> <li>■ Modularisierung</li> <li>■ Flexibilisierung</li> <li>■ Professionalisierung</li> </ul>
Schweiz	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ 1990: Bericht 90:                             <ul style="list-style-type: none"> <li>□ Beibehaltung der Neutralität</li> <li>□ Zum Hauptauftrag der Kriegsverhinderung kommt die Friedensförderung und Existenzsicherung hinzu</li> </ul> </li> <li>■ 1992: Armeeleitbild 95:                             <ul style="list-style-type: none"> <li>□ Keine Neugliederung</li> <li>□ Bestandsreduktion von 600'000 auf 400'000</li> </ul> </li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ 1996: Beitritt zur PfP</li> <li>■ 1999: Bericht 2000:                             <ul style="list-style-type: none"> <li>□ Sicherheit durch Kooperation (sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene)</li> </ul> </li> <li>■ 2001: Armeeleitbild XXI.                             <ul style="list-style-type: none"> <li>□ Reform von Ausbildungs- zu Einsatzarmee</li> <li>□ Multifunktionalität</li> <li>□ Interoperabilität</li> <li>□ Bataillone anstelle von Armeekorps</li> <li>□ Bestandsreduktion von 400'000 auf 220'000</li> </ul> </li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ 2006: Entwicklungsschritt 2008/11:                             <ul style="list-style-type: none"> <li>□ Verlagerung von Verteidigung auf Raumsicherung</li> <li>□ Vermehrung der Infanteriebataillone bei gleichzeitiger Reduktion anderer Einheiten</li> </ul> </li> <li>■ 2010: Sicherheitspolitischer Bericht 2010:                             <ul style="list-style-type: none"> <li>□ Bekräftigung der Territorialverteidigung</li> <li>□ Sicherheitsverbund Schweiz</li> <li>□ Internationale Kooperation</li> <li>□ Armeebereich 2010 (politischer Prozess ausstehend)</li> </ul> </li> </ul>

9 Armeebereich 2010 vom 1. Oktober 2010. <http://www.news.admin.ch/NSBSubscriber/message/attachments/20643.pdf>.

## b. Schweden

Das Ende des Kalten Krieges führte auch zu einer grundlegenden Veränderung der Aussen- und Sicherheitspolitik Schwedens. Mit der Überwindung der Zweiteilung Europas wandelte sich auch das nähere strategische Umfeld Schwedens: Die baltischen Staaten erlangten ihre Unabhängigkeit, Polen wandte sich dem Westen zu, und die DDR ging in der BRD auf. Demnach schien sich die Gefahr eines Angriffs auf Schweden deutlich verringert zu haben. Im Lichte dieser Wahrnehmung nahm die Regierung in Stockholm richtungsweisende aussen- und sicherheitspolitische Änderungen vor, von denen auch die Neutralität des Landes nicht unberührt blieb.

Bis 1989 galt ein Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft (EG) als unvereinbar mit der Neutralitätspolitik Schwedens. Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts reichte Schweden jedoch 1991 sein Beitritts-gesuch bei der EG ein. Dies wurde möglich durch eine weniger restriktive Auslegung der Neutralitätspolitik. So wurde die Neutralität 1992 vom Parlament auf die militärische Allianzfreiheit in Friedenszeiten und zur Möglichkeit in Kriegszeiten reduziert. Diese Relativierung der Neutralität und der anschliessende EU-Beitritt 1995 waren nicht nur wirtschaftlich, sondern auch sicherheitspolitisch motiviert. Stockholm wollte sich aktiv am Aufbau einer neuen Sicherheitsordnung in Europa beteiligen.

Während dieser Prozess zwischen 1990 und 1995 zu grossen politischen Veränderungen führte, blieben die Streitkräfte – welche grösstenteils auf die Territorialverteidigung ausgerichtet waren – relativ unberührt. Gleich wie 1989 belief sich der Bestand auch 1995 noch auf über 750'000. **Die wenigen organisatorischen Änderungen führten zwar zur Aufhebung gewisser Einheiten, doch das zur Verfügung stehende Personal wurde einfach auf andere Verbände umverteilt.** Eine erste Neuausrichtung begann 1995 nach dem Beitritt zur Partnerschaft für den Frieden und zeitgleich mit dem EU-Beitritt, mit welchem Schweden die in den Verträgen von Maastricht festgelegten langfristigen Ziele einer Wirtschafts- und Währungsunion und der Gemeinsamen Aussen- und Sicherheitspolitik akzeptierte.

Der «Verteidigungsbeschluss 1997–2001» zur Erneuerung von Schwedens Verteidigung (*The Renewal of Sweden's Defence*) wurde **1995** und **1996** in zwei Gesetzesvorlagen vom Parlament verabschiedet.<sup>10</sup> Der Beschluss basierte auf der Feststellung, dass sich Schwedens sicherheitspolitische Situation seit dem Ende des Kalten Krieges stark verändert hatte. Während die Gefahr eines Grossmächtekriegs gebannt schien, wurden regionale Konflikte mit Auswirkungen auf die nationale Sicherheit befürchtet. Durch die Ausweitung des Begriffs der Sicherheit kamen auch neue Gefahren wie die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, Terrorismus sowie Natur- und Zivilkatastrophen hinzu. Demnach sollte Schwedens Verteidigung nicht nur auf einen militärischen Angriff, sondern auch auf friedensfördernde Operationen im Ausland und Katastrophenbewältigung im Inland ausgerichtet sein. Um diese Aufgaben wahrnehmen zu können, musste die Verteidigung nach folgenden Gesichtspunkten erneuert werden: eine erhöhte Anpassungsfähigkeit an die wechselnden und nur schwierig vor-aussehbaren Gefahren; eine vereinigte Sichtweise durch den Zusammenschluss von zivilen und militärischen Mitteln in einer «totalen Verteidigung»; eine demokratische Verteidigung durch die Beibehaltung der allgemeinen Wehrpflicht; und eine Internationalisierung für friedensfördernde und humanitäre Einsätze. Obwohl diese Erneuerung die schwedischen Streitkräfte nur bedingt reformierte, führte sie zu einer moderaten strategischen Neuausrichtung von der Territorialverteidigung hin zur Friedensförderung und Katastrophenhilfe. Ausserdem wurde der Bestand um fast die Hälfte auf ungefähr 300'000 reduziert.

<sup>10</sup> The Government and the Government Offices of Sweden. *The Renewal of Sweden's Defence: Phase 2, Unofficial shortened version of the Government Defence Bill 1996/97:4 passed by Parliament on 20 November and 13 December 1996.* <http://www.sweden.gov.se/content/1/c6/02/56/49/e043d837.pdf>.

Die Internationalisierung der schwedischen Sicherheitspolitik kam auch gegenüber der EU und der NATO zum Ausdruck. In den Verhandlungen zum Amsterdamer Vertrag von 1997 setzte sich Schweden – zusammen mit Finnland – für eine militärische Fähigkeit der EU im internationalen Krisenmanagement und für die Übernahme der Petersbergaufgaben<sup>11</sup> von der WEU ein. Gleichzeitig verstärkte Stockholm die Kooperation mit der Atlantischen Allianz durch die Teilnahme am Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat (EAPR) und der sogenannten «Gestärkten Pfp». Die parlamentarische Verteidigungskommission bestätigte **1998** diese Schritte in ihrem Bericht *A Changing World – A Reformed Defence*.<sup>12</sup>

Im Januar **1999** stellte die **Verteidigungskommission** fest, dass bis auf 10 Jahre hinaus keine Invasionsgefahr bestand, solange Schweden eine Grundverteidigungskapazität beibehalten würde.<sup>13</sup> Diese Einschätzung erfolgte trotz der potentiellen Gefahr, die angeblich von einem geschwächten und instabilen Russland ausging. Deshalb befürwortete die Kommission eine Reduktion des für die Verteidigung bestimmten Teils der Streitkräfte, welcher in mobilere und flexiblere Einheiten mit der Möglichkeit zu einem «Aufwuchs» umstrukturiert werden sollte. Gleichzeitig sollte unter Beibehaltung der Allianzfreiheit und der Wehrpflicht die Kapazität zur Teilnahme an friedensfördernden Einsätzen im Rahmen der EU und der Pfp erhöht werden. Nicht nur hatte Schweden mehr Verantwortung für die europäische Sicherheit zu übernehmen, sondern auch die Zusammenarbeit mit der NATO durch die Pfp zu vertiefen. Im Frühherbst **1999** bestätigte die **Verteidigungskommission** diesen Kurs,<sup>14</sup> der noch im November desselben Jahres zu einer neuen Gesetzesvorlage zur Verteidigungspolitik führte.

«Die neue Verteidigung» (*The New Defence*) von **1999** unterstrich, dass Schweden sich durch die Veränderung des strategischen Umfelds von den Zwängen des Kalten Krieges befreien und diplomatisch wie militärisch zur Sicherheit Europas beitragen könne.<sup>15</sup> Die Verteidigungsressourcen sollten demnach reformiert und auf das internationale Krisenmanagement ausgerichtet werden. Dies bedeutete jedoch nicht, dass die militärische Verteidigung aufgegeben wurde, denn die vier bisherigen Aufgaben blieben in derselben Reihenfolge bestehen: Verteidigung Schwedens gegen einen bewaffneten Angriff, Aufrechterhaltung der territorialen Integrität, internationale Friedens- und Sicherheitsförderung sowie Katastrophenhilfe im Inland. Konsequenterweise wurden die Interoperabilität, Mobilität und Flexibilität der schwedischen Streitkräfte in Hinsicht auf die internationale und nationale Kooperation erhöht. An der allgemeinen Wehrpflicht zugunsten der Territorialverteidigung wurde allerdings festgehalten. Trotzdem war die Verschiebung des Gewichts vom In- auf Ausland unbestritten. Ausserdem strebte Stockholm die vermehrte zwischenstaatliche Kooperation nicht nur auf der Ebene der EU und der Pfp, sondern auch auf skandinavischer Ebene mit Ländern wie Finnland an. Diese Ausrichtung stand klar im Einklang mit dem Engagement in der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP), worin sich Schweden zuerst mit 1500 Soldaten an der EU-Eingreiftruppe und dann mit 1100 an der Nordischen *Battlegroup* (Estland, Finnland, Irland, Norwegen, Schweden) beteiligte.

Nach der Jahrtausendwende und infolge der Anschläge vom 11. September stellte die **Verteidigungskommission 2003** fest, dass die Gefahr eines militärischen Angriffs auf Schweden zwar erneut abgenommen hatte, andere Gefahren wie Terrorismus und innerstaatliche Konflikte am Rand und ausserhalb Europas jedoch noch vorhanden waren oder sogar zugenommen

11 Die Petersberger Aufgaben umfassen humanitäre Aufgaben und Rettungseinsätze; friedenserhaltende Aufgaben sowie Kampfeinsätze bei der Krisenbewältigung, einschliesslich friedensschaffender Massnahmen.

12 The Government and the Government Offices of Sweden. *A Changing World – A Reformed Defence*, Summary of the Government Bill 1998/99:74. <http://www.regeringen.se/content/1/c6/02/56/44/5f48200a.pdf>.

13 The Government and the Government Offices of Sweden. *A Changing World – A Reformed Defence*, Executive Summary of the Swedish Defence Commission's report, 19 January 1999. <http://www.regeringen.se/content/1/c6/02/56/73/e028eb9c.pdf>.

14 The Government and the Government Offices of Sweden. *European Security – Sweden's Defence*, Summary of a report by the Swedish Defence Commission. 30. September 1999. <http://www.regeringen.se/content/1/c6/02/56/72/79721b3b.pdf>.

15 The Government and the Government Offices of Sweden. *The New Defence – prepared for the next millennium*, A short version of the Government Bill 1999/2000:30. 18. November 1999. <http://www.sweden.gov.se/content/1/c6/02/73/90/a8f1a1d8.pdf>.

hatten. Um dieser Gefahrensituation besser begegnen zu können, forderte die Kommission eine erneute Reform,<sup>16</sup> welche das «alte», auf eine Invasion ausgerichtete Verteidigungssystem endgültig durch eine moderne und flexible Verteidigung ersetzen sollte.<sup>17</sup>

**2004** kam die Gesetzesvorlage «Unsere zukünftige Verteidigung» (*Our Future Defence*) für die Zeit von 2005 bis 2007 dieser Forderung durch eine eindeutige Verlagerung der Aufgaben der Streitkräfte nach:<sup>18</sup> An erster Stelle stand nun die internationale Friedensförderung, während die Verteidigung Schwedens an zweiter und der Schutz der Bevölkerung und der Infrastruktur an dritter Stelle kamen. Die Kapazität für internationale Operationen wurde demnach sowohl qualitativ als auch quantitativ erneut ausgebaut. Schweden sollte in der Lage sein, gleichzeitig zwei umfangreiche internationale Missionen mit je einem Bataillon und drei kleinere Operationen zu führen. Dieses Bekenntnis zur internationalen Kooperation bedeutete auch eine Reduktion des Bestandes trotz Beibehaltung der Wehrpflicht und die Aufgabe oder Verschmelzung gewisser Einheiten.

**2007** bestätigte die **Verteidigungskommission** die Internationalisierung der schwedischen Sicherheitspolitik. Sie unterstrich erneut die Wichtigkeit von Schwedens Kooperation in der EU und mit der NATO. Auch machte sie für das allianzfreie Schweden eine weitreichende Erklärung:

«Sweden will not take a passive stance if another EU Member State or other Nordic country suffers a disaster or an attack. We expect these countries to act in the same way if Sweden were ever attacked».<sup>19</sup>

Diese Aussage findet ihre Bestätigung in Schwedens aktiver Teilnahme an der ESVP und seit Ende 2009 in der nordischen Zusammenarbeit mit Finnland und Norwegen unter dem Namen der *Nordic Defence Cooperation* (NORDEFECO), welche sich um die Koordination von Ausrüstungsbeschaffung, Ausbildung, Manövern und Forschung bemüht. Gleichzeitig arbeiten die schwedischen Streitkräfte intensiv mit der NATO zusammen und führen im Rahmen der *International Security Assistance Force* (ISAF) in Mazar-e-Sharif in Afghanistan ein *Provincial Reconstruction Team*. Während sich Schweden sicherheitspolitisch zunehmend als Teil eines Ganzen sah, verlangten die Anforderungen der kontinuierlichen und umfangreichen Friedenseinsätze nach einer zunehmenden Professionalisierung der Streitkräfte.<sup>20</sup>

Diese Überlegungen flossen in die Vorlage «Eine zweckmässige Verteidigung» (*A Functional Defence*) vom März **2009** ein, welche die Reform der schwedischen Streitkräfte für die Jahre 2010 bis 2014 skizziert.<sup>21</sup> Die schwedische Regierung übernahm darin nicht nur die Solidaritätserklärung der Verteidigungskommission gegenüber den EU-Staaten, Norwegen und Island, sondern plante auch eine tiefgreifende Reorganisation der Streitkräfte, um deren Interoperabilität, Ausdauer und Reaktionsfähigkeit zu erhöhen. Um die militärische Bereitschaft zu verbessern wurde die Wehrpflicht im Juli 2010 zugunsten einer Freiwilligenarmee ausgesetzt. Der Bestand wird auf 50'000 reduziert. Für eine erhöhte Interoperabilität wird die Armee grösstenteils in spezifische und vordefinierte Kampfgruppen auf Bataillonsebene organisiert. Schliesslich soll die strategische Mobilität und die *Jointness* mit der Marine und der

16 The Government and the Government Offices of Sweden. *Summary of 'A More Secure Neighbourhood – Insecure World', Report of the Swedish Defence Commission, 27 February 2003.* <http://www.regeringen.se/content/1/c6/02/56/70/e756f798.pdf>.

17 The Government and the Government Offices of Sweden. *Summary of the Defence Commission's report 'Our military defence - commitment and choices', 3 June 2003.* <http://www.sweden.gov.se/content/1/c6/02/56/68/8c8a7a02.pdf>.

18 The Government and the Government Offices of Sweden. *Summary of the Swedish Government Bill 2004/05:5 Our Future Defence – The focus of Swedish defence policy 2005–2007.* 21. Oktober 2004. <http://www.sweden.gov.se/content/1/c6/03/21/19/224a4b3c.pdf>.

19 The Government and the Government Offices of Sweden. *Summary of Security in Cooperation (Ds 2007:46): The Swedish Defence Commission's analysis of challenges and threats.* 4. Dezember 2007. <http://www.sweden.gov.se/sb/d/8182/a/93944>.

20 The Government and the Government Offices of Sweden. *A Summary of The Defence Commission report Defence in Use (Ds 2008:48), 16 June 2008.* <http://www.sweden.gov.se/content/1/c6/10/74/98/17275d20.pdf>.

21 The Government and the Government Offices of Sweden. *A functional defence, Summary of the bill dated 19 March 2009.* 11. Januar 2010. <http://www.sweden.gov.se/content/1/c6/13/77/05/1705333d.pdf>; Ministry of Defence. *Fact Sheet 'A functional defence', March 2009.* <http://www.sweden.gov.se/content/1/c6/12/31/54/0002c3f6.pdf>.



Luftwaffe verbessert werden. Demzufolge machen die schwedischen Streitkräfte zurzeit einen richtungsweisenden Wandel durch.

Streitkräftetransformation Schweden			
Zeitraum	1990 bis Mitte der 90er Jahre	Mitte der 90er Jahre bis Jahrtausendwende	Ab Jahrtausendwende
<b>Europa</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Einzug der «Friedensdividende» durch Verkleinerung der Streitkräfte</li> <li>■ Kein grundlegender Strategiewechsel</li> <li>■ <i>Partnership for Peace</i> (PfP)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Vermehrte internationale Kooperation zur Friedensförderung</li> <li>■ Interoperabilität</li> <li>■ Einleitung der Professionalisierung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Zunehmende Internationalisierung</li> <li>■ Modularisierung</li> <li>■ Flexibilisierung</li> <li>■ Professionalisierung</li> </ul>
<b>Schweden</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ 1994: Beitritt zur PfP</li> <li>■ 1995: EU-Beitritt</li> <li>■ Kaum Veränderungen bei den Streitkräften</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ 1995-1996: <i>The Renewal of Sweden's Defence 1997-2001</i>: <ul style="list-style-type: none"> <li>□ Neue Ausrichtung auf internationale Friedensförderung und Katastrophenbewältigung im Inland</li> <li>□ Erhöhte Anpassungsfähigkeit</li> <li>□ «Totale Verteidigung»</li> <li>□ Bestandshalbierung auf 300'000</li> </ul> </li> <li>■ 1999: <i>The New Defence</i>: <ul style="list-style-type: none"> <li>□ Ausrichtung der Verteidigungsressourcen auf internationales Krisenmanagement</li> <li>□ Erhöhung der Interoperabilität, Mobilität und Flexibilität</li> <li>□ Engagement in der ESVP</li> </ul> </li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ 2004: <i>Our Future Defence</i>: <ul style="list-style-type: none"> <li>□ Priorität der internationalen Friedensförderung vor Territorialverteidigung</li> <li>□ Kapazitätsausbau für internationale Operationen</li> </ul> </li> <li>■ 2009: <i>Nordic Defence Cooperation</i> (NORDEF)CO)</li> <li>■ 2009: <i>A Functional Defence</i>: <ul style="list-style-type: none"> <li>□ Solidaritätserklärung gegenüber den EU-Staaten, Norwegen und Island</li> <li>□ Erhöhung der Interoperabilität, Ausdauer, Reaktionsfähigkeit</li> <li>□ Professionalisierung durch Aussetzung der Wehrpflicht</li> <li>□ Bestandsreduktion auf 50'000</li> </ul> </li> </ul>

### c. Österreich

Bis 1989 befand sich das seit 1955 neutrale, aber westlich orientierte Österreich in einer geostrategischen Sonder- und Pufferposition zwischen den beiden Militärblöcken NATO und Warschauer Pakt. Mit dem Ende der Ost-West-Konfrontation und dem anschließenden Zerfall des östlichen Machtblocks eröffneten sich der Donarepublik neue aussen- und sicherheitspolitische Möglichkeiten. Österreich wurde durch seine geographische Lage abrupt und intensiv mit den Auswirkungen der neuen Ära konfrontiert, denn mit der Öffnung der ungarischen Westgrenze für DDR-Bürger 1989 wurde es zum Transitland für Ostflüchtlinge. Demnach spürte die Regierung in Wien die geostrategischen Veränderungen schon zu dieser Zeit und begann dementsprechend früh mit einer Neuausrichtung der Aussen- und Sicherheitspolitik.

1989 beschloss die österreichische Regierung, ein Beitrittsgesuch zur EG unter dem Vorbehalt der dauernden Neutralität in Brüssel einzureichen. Bei den Beitrittsverhandlungen von 1993 wurde die Neutralität weitgehend ausgeklammert. Wien beteuerte gegenüber der EU, dass Österreich sich mit den Zielsetzungen der GASP identifiziere und in der Lage sei, die mit der künftigen Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik einhergehenden Verpflichtungen zu übernehmen. 1995 trat Österreich der EU bei und übernahm alle Bestimmungen bezüglich der GASP ohne Neutralitätsvorbehalt. Aus österreichischer Sicht war dies vereinbar mit der Neutralität, da die EU ihren Mitgliedern in sicherheitspolitischen Fragen ein Vetorecht einräumte.

In der gleichen Zeitspanne befreite sich Österreich auch von gewissen Zwängen des Staatsvertrages von 1955 und versuchte, seine Streitkräfte den neuen Gegebenheiten anzupassen. Obwohl der Staatsvertrag Lenkwaffen verbot, entschied die österreichische Regierung 1989, solche Waffensysteme zu beschaffen. 1990 erklärte sie die Bestimmungen dieser Art für ungültig. Während die Überwindung des Kalten Krieges ein solches Vorgehen erlaubte, stellte sie auch die bis anhin gültige Raumverteidigung in Frage. Die Entwicklung von Nationalstaaten im Osten und vor allem im Südosten Österreichs, die zu regionalen Spannungen und lokalen militärischen Auseinandersetzungen führen konnte, verlangte nach dem Schutz von Grenzschnitten und nicht nach einer flächendeckenden Verteidigung des Landes.

Deshalb – und beschleunigt durch den Grenzeinsatz während der Jugoslawienkrise – begann die Reform des Bundesheeres. In einem ersten Schritt wurden 1991 das Armeekommando aufgelöst und die Verbände dem Verteidigungsministerium direkt unterstellt. Im darauffolgenden Jahr fand die eigentliche Reform statt. Durch die **Heeresgliederung 92** wurde die Raumverteidigung als Konzept aufgegeben, das Heer von bisher 240'000 auf etwa 150'000 Mann reduziert und die Flexibilität und Mobilität durch eine in Brigaden unterteilte Armee erhöht. Mit der Umsetzung dieser Reform kam auch eine neue Einsatzdoktrin, die sich auf die Bewältigung von Krisenszenarien und möglichen lokalen Konflikten mit einzelnen Nachbarstaaten ausrichtete. Demnach sollte die Präsenzfähigkeit bei Beibehaltung einer doch noch relativ starken, flexibel einsetzbaren Mobilmachungskomponente verbessert werden.

Zu Beginn der 1990er Jahre kam die österreichische Regierung vermehrt zur Überzeugung, dass in Zukunft die grössten sicherheitspolitischen Herausforderungen im Ausland liegen würden. Demnach verabschiedete sie **1993** das internationale Einsatzkonzept des Bundesheeres (**VOREIN**) für zukünftige österreichische Beteiligungen an UNO-Missionen, wodurch «vorbereitete Einheiten» modulartig je nach Bedarf in relativ kurzer Zeit für internationale Einsätze zusammengefügt werden konnten. Während diese Entwicklung die österreichische Blauhelmtradition verstärkte, ging Österreich 1995 mit dem EU-Beitritt und der Teilnahme an der Partnerschaft für den Frieden sicherheitspolitisch einen Schritt weiter in Richtung internationale Kooperation.

Um Probleme mit dem Neutralitätsstatus zu vermeiden, wurde mit der Ratifizierung des EU-Vertrages die Bundesverfassungsgesetzgebung dahingehend ergänzt, dass die Mitwirkung an der GASP nicht durch das österreichische Neutralitätsrecht eingeschränkt wird. Mit einer weiteren Ergänzung im Vorfeld der Ratifizierung des Vertrages von Amsterdam ermöglichte die österreichische Regierung auch die Mitwirkung an Petersbergaufgaben sowie an der ESVP. Damit ist Österreich trotz formeller Beibehaltung seines Neutralitätsgesetzes im Rahmen der EU nicht mehr zur Wahrnehmung aller neutralitätspolitischen Bestimmungen verpflichtet. Österreich ist demnach nicht mehr dauernd neutral, sondern lediglich bündnisfrei.

Die Ausrichtung der Sicherheitspolitik auf die EU wurde jedoch nicht von einer weiteren Annäherung an die NATO begleitet. Trotz gewichtiger Befürworter kam gegen Ende der 1990er Jahre ein NATO-Beitritt nicht mehr in Frage. Der Luftkrieg der Atlantischen Allianz gegen Jugoslawien hatte der Neutralität, wenigstens in der Bevölkerung, neuen Auftrieb gegeben. Dies verhinderte jedoch nicht, dass Österreich seit 1995 am internationalen Krisenmanagement auf dem Balkan aktiv teilnahm und sich ab 1999 auch mit Kampftruppen an friedenschaffenden Operationen beteiligte.

Auslandeinsätze wurden zunehmend zu einer selbstverständlichen und von der Politik getragenen Aufgabe der Streitkräfte. Die **Heeresgliederung 98** trug dieser Entwicklung durch die Einrichtung eines eigenständigen Kommandos für internationale Einsätze Rechnung. Ausserdem wurde erneut versucht, die Mobilität und Flexibilität durch eine Restrukturierung der Verbände zu erhöhen. Dadurch reduzierte sich der Bestand von 150'000 auf 110'000. Auch wenn diese Teilreform die Abkehr von der Raumverteidigung bestätigte, bedeutete sie

nicht die totale Internationalisierung der Streitkräfte. Sie stellte die Auslandseinsätze aber immerhin auf dieselbe Ebene wie die Inlandseinsätze.

Die Transformation der österreichischen Sicherheitspolitik und Streitkräfte während der 1990er Jahre wurde nicht von einem neuen sicherheitspolitischen Konzept begleitet oder initiiert. Vielmehr war sie selbst Anstoss dazu. 2000 begann die Regierung die Entwicklungen des letzten Jahrzehnts konzeptionell zu verarbeiten. Das Resultat war eine neue **Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin** (SVD), die im Dezember **2001** vom Parlament verabschiedet wurde.<sup>22</sup> In der SVD, die den überholten Landesverteidigungsplan von 1983 ersetzte, ist die EU von zentraler Bedeutung:

«Die Sicherheit Österreichs und die der EU sind untrennbar miteinander verbunden. Österreich verwirklicht seine Sicherheitspolitik heute im wesentlichen [sic] im Rahmen der EU».

Die Doktrin sieht die Risiken und Gefahren für Österreich kaum mehr in zwischenstaatlichen, sondern in innerstaatlichen Konflikten und in Bedrohungen wie dem Terrorismus. Mit Bezug auf die Globalisierung wird festgestellt, dass die räumliche Entfernung zu Krisengebieten keinen genügenden Schutz mehr bietet und Konflikte ausserhalb Europas negative Rückwirkungen auf das Land haben können. Um diesen globalisierten Gefahren zu begegnen, engagiert sich Österreich im Rahmen internationaler Massnahmen zur Konfliktverhütung und des Krisenmanagements. Wien tut dies im Kontext der UNO, der EU, der Pfp, dem Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Priorität erhalten jedoch eindeutig die ESVP und deren enge Zusammenarbeit mit der NATO. Ausserdem enthält das Papier die Entschlüsse, eine gemeinsame europäische Verteidigungspolitik zu unterstützen und eine NATO-Mitgliedschaft je nach sicherheits- und verteidigungspolitischen Nutzen in Erwägung zu ziehen. Die Doktrin besagt auch, dass Österreich durch seine vorbehaltlose Mitwirkung an der GASP völkerrechtlich nicht mehr dauernd neutral, sondern allianzfrei ist.

Daraus gehen unter anderem folgende Beschlüsse zu den Streitkräften hervor: militärische Verteidigungsfähigkeit, um punktuellen Angriffen entgegenzutreten zu können; Befähigung des Bundesheeres zur Teilnahme am gesamten Spektrum der Petersbergaufgaben im Umfang einer Brigade; Herstellung der Interoperabilität für Einsätze im In- und Ausland; Beibehaltung der Wehrpflicht; Katastrophenhilfe im Inland; Förderung von regionaler militärischer Zusammenarbeit; und Ausschöpfung der Kooperationsmöglichkeiten im Rahmen der Pfp.

Um das Bundesheer diesen Anforderungen anzupassen, wurde eine **Reformkommission** eingesetzt, die **2004** ihren Bericht vorlegte.<sup>23</sup> Darin finden sich Empfehlungen wie die Beibehaltung der (verkürzten) Wehrpflicht, die besondere Betonung der Auslandseinsätze als Leitlinie zukünftiger Planungen, die ständige Verfügbarkeit von **10'000 Personen für Katastropheneinsätze** im Inneren und eine Auslandverpflichtung für alle neu eintretenden Berufssoldaten. Zur Umsetzung dieser Empfehlungen wurde eine Projektgruppe unter dem Namen **Management ÖBH 2010** eingesetzt. Die anschliessenden Reformvorschläge wurden 2005 vom Nationalen Sicherheitsrat und vom Ministerrat gutgeheissen.<sup>24</sup>

Nach dieser Reform ist das Bundesheer so zu gliedern und zu strukturieren, dass Einsatzaufgaben im Rahmen des Souveränitätsschutzes und der internationalen Friedensförderung weitgehend aus dem Präsenzstand erfüllt werden können. Während deshalb der Personalbestand in der Friedensgliederung durch eine verstärkte Professionalisierung im Hinblick auf Auslandseinsätze erhöht werden sollte, wurde die Mobilmachungsstärke auf 55'000 Mann

22 Bundeskanzleramt Österreich. *Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin*. 12. Dezember 2001. <http://www.bka.gv.at/DocView.axd?CobId=794>.

23 *Bericht der Bundesheerreformkommission, Bundesheer 2010*. Bundesheer 2004. [http://www.bmlv.gv.at/facts/management\\_2010/pdf/endbericht.pdf](http://www.bmlv.gv.at/facts/management_2010/pdf/endbericht.pdf).

24 Bundesministerium für Landesverteidigung. *ÖBH 2010: Die Realisierung*. Juni 2005. [http://www.bmlv.gv.at/facts/management\\_2010/pdf/dierealisierung.pdf](http://www.bmlv.gv.at/facts/management_2010/pdf/dierealisierung.pdf).



herabgesetzt. Ausserdem wurde die Zahl der Brigaden von fünf auf vier und die der Bataillone und vergleichbarer kleiner Verbände um rund ein Drittel reduziert. Das Bundesheer 2010 soll eine moderne, zur multinationalen Zusammenarbeit mit hoher Fähigkeit zur Aufgabenerfüllung und Flexibilität ausgerichtete Struktur haben, welche auf die Vorgaben der EU und die Qualitätskriterien der PfP abgestimmt ist. Diese Reform und die deutliche Verlagerung aufs Ausland sind demnach im Einklang mit Österreichs Engagement in der europäischen Sicherheitspolitik: Zuerst die Bereitstellung von 3500 Soldaten an die EU-Eingreiftruppe und dann 200 Mann für eine der *Battlegroups*.

Die Bundesheerreform ist die derzeit letzte Reform der österreichischen Streitkräfte. Dies könnte sich jedoch bald ändern, da zurzeit an einer neuen **Sicherheitsdoktrin**, die Anfang **2011** fertig sein soll, gearbeitet wird. Verteidigungsminister Norbert Darabos will eine Konzentration auf Auslandseinsätze sowie auf Katastropheneinsätze im Inland. Dadurch sollen die Ausgaben für die traditionelle Landesverteidigung reduziert werden. Schon jetzt soll ein Teil der Panzer stillgelegt und erneut Personal abgebaut werden. Eine neue strategische Ausrichtung würde Ressourcen für friedensfördernde Operationen freimachen, denn einem Generalstabsbericht zufolge kann das Bundesheer weder einen substantiellen Beitrag zur Verteidigung innerhalb der EU noch Kampfeinsätze bei internationalen Krisen leisten. Die neue Sicherheitsdoktrin wird jedoch kaum eine gänzliche Abkehr von der Landesverteidigung zur Folge haben, denn dafür müsste die Bundesverfassung geändert werden. Ausserdem soll auf Wunsch der Sozialdemokraten (SPÖ) im Gegensatz zu 2001 die NATO-Beitrittsoption in der neuen Sicherheitsdoktrin nicht mehr erwähnt werden. Gleichzeitig hält die Regierung derzeit an der Wehrpflicht fest.

Streitkräftetransformation Österreich			
Zeitraum	1990 bis Mitte der 90er Jahre	Mitte der 90er Jahre bis Jahrtausendwende	Ab Jahrtausendwende
Europa	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Einzug der «Friedensdividende» durch Verkleinerung der Streitkräfte</li> <li>■ Kein grundlegender Strategiewechsel</li> <li>■ <i>Partnership for Peace</i> (PfP)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Vermehrte internationale Kooperation zur Friedensförderung</li> <li>■ Interoperabilität</li> <li>■ Einleitung der Professionalisierung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Zunehmende Internationalisierung</li> <li>■ Modularisierung</li> <li>■ Flexibilisierung</li> <li>■ Professionalisierung</li> </ul>
Österreich	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ 1992: Heeresgliederung 92: <ul style="list-style-type: none"> <li>□ Aufgabe der Raumverteidigung</li> <li>□ Bestandsreduktion von 240'000 auf 150'000</li> <li>□ Erhöhung der Flexibilität und Mobilität durch Brigadegliederung</li> </ul> </li> <li>■ 1993: Einsatzkonzept VOREIN für UNO-Missionen</li> <li>■ 1995: Beitritt zur PfP</li> <li>■ 1995: EU-Beitritt</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ 1998: Heeresgliederung 98: <ul style="list-style-type: none"> <li>□ Auslandseinsätze auf derselben Ebene wie Inlandseinsätze</li> <li>□ Schaffung eines Kommandos für internationale Einsätze</li> <li>□ Bestandsreduktion auf 110'000</li> </ul> </li> <li>■ 2001: Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin: <ul style="list-style-type: none"> <li>□ Priorität der ESVP</li> <li>□ Allianzfrei anstelle von dauernd neutral</li> <li>□ NATO-Mitgliedschaft wird offengelassen</li> <li>□ Teilnahme an allen Petersbergaufgaben</li> <li>□ Herstellung von Interoperabilität</li> </ul> </li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ 2005: Management ÖBH 2010: <ul style="list-style-type: none"> <li>□ Ausrichtung auf Auslandseinsätze</li> <li>□ Professionalisierung</li> <li>□ Erhöhte Flexibilität</li> <li>□ Bestandsreduktion auf 55'000</li> </ul> </li> </ul>

#### d. Finnland

Durch das Ende des Kalten Krieges, die darauffolgende Auflösung der Sowjetunion und die Unabhängigkeit der drei baltischen Staaten 1991 veränderte sich Finnlands strategisches Umfeld in fundamentaler Weise. Plötzlich eröffnete sich der finnischen Regierung ein grosser aussen- und sicherheitspolitischer Handlungsspielraum, der während des Ost-West-Konflikts unter anderem durch den «Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitigen Beistand» mit der Sowjetunion sehr begrenzt war. Der Kalte Krieg und speziell die finnisch-russischen Beziehungen lieferten denn auch den Kontext für die Entstehung von Finnlands Neutralität, welche in der Folge zu einem Bestandteil der Identität des Landes wurde. Der Umgang mit der Neutralität war jedoch pragmatisch und dermassen geprägt durch das internationale Umfeld, dass dessen fundamentaler Wandel ab 1989 eine aussen- und sicherheitspolitische Neuausrichtung erlaubte.

1990 erklärte Finnland die Bestimmungen des Pariser Friedensvertrages von 1947, welche die Souveränität des Landes beschnitten, für ungültig. Ein Jahr später kam Helsinki mit Moskau überein, dass der finnisch-sowjetische Vertrag von 1948 seine Gültigkeit verloren hatte und durch ein neues, egalitäreres bilaterales Abkommen zu ersetzen war. Die Befreiung von den Zwängen des Kalten Krieges und eine Neubewertung der Bedrohungen und Risiken führten auch zu institutionellen und verteidigungspolitischen Anpassungen. **1992** sprach Finnland erstmals von einer militärischen Bündnisfreiheit statt von Neutralität. Im **Weissbuch** desselben Jahres reduzierte die Regierung die Neutralität konzeptionell auf ihren «harten Kern»: eine unabhängige Verteidigung und militärische Allianzfreiheit.

Die Abkehr von einer weiten Auslegung der Neutralitätspolitik ebnete für Finnland den Weg zum EU-Beitritt von 1995. Neben der Wahrnehmung, dass durch Schwedens und Österreichs EU-Beitrittsgesuche die neutrale Referenzgruppe in der EFTA zu schrumpfen drohte, war dieser Schritt sowohl wirtschaftlich als auch sicherheitspolitisch motiviert. Während eine Mitgliedschaft den Weg aus der schwersten Rezession seit den Dreissigerjahren ebnen sollte, sah Finnland in der Instabilität Russlands eine potentielle Bedrohung und suchte in Europa nach sicherheitspolitischem Rückhalt. Ausserdem glaubte Helsinki durch eine Vollmitgliedschaft und eine aktive Teilnahme am europäischen Entscheidungsprozess die Souveränität des Landes aufrechterhalten zu können.

Ebenfalls in der ersten Hälfte der 1990er Jahre trat Finnland der Partnerschaft für den Frieden bei. Im Gegensatz zu Ländern wie Estland, Lettland, Litauen und Polen wurden jedoch keine Beitrittsabsichten gegenüber der NATO gehegt. Ausser der Politik der Bündnisfreiheit gab es noch weitere Gründe dafür: Finnland wollte nicht mit den osteuropäischen Staaten assoziiert werden, die in der ersten Runde ein NATO-Beitrittsgesuch gestellt hatten; es wurde befürchtet, dass das Land ungewollt in Konflikte mit Russland hineingezogen werden könnte; und die USA wurden als ein wichtiger, aber nicht unumstrittener Sicherheitsakteur wahrgenommen. Obwohl die finnische Regierung durch die Teilnahme an der Pfp die Wahrscheinlichkeit auf Unterstützung in einem Krisenfall erhöhen wollte, lag ihr an einer Demonstration der eigenen Leistung als Sicherheitsproduzentin.

Im Einklang mit dem Willen nach einer selbständigen Verteidigung blieben die finnischen Streitkräfte in den ersten Jahren nach dem Mauerfall weitgehend unverändert und weiterhin auf die Territorialverteidigung ausgerichtet. Zu den wenigen Änderungen gehörte die Herabsetzung des Bestandes von ungefähr 730'000 auf 540'000 unter Beibehaltung der Wehrpflicht und eine Umstrukturierung des Oberkommandos. Eine eigentliche Neueinschätzung der Sicherheits- und Verteidigungspolitik im Lichte der aussen- und sicherheitspolitischen Veränderungen zu Beginn der 1990er Jahre fand erst nach dem EU-Beitritt statt.

Das Resultat war das **Weissbuch** von **1997**. Dieses stellte fest, dass Finnlands sicherheitspolitische Lage nicht nur direkt von Russland, aber auch von der Situation in Nordeuropa

und im Ostseeraum sowie den Beziehungen zwischen der NATO und Russland beeinflusst werden konnte. In dieser Situation wurden die militärische Bündnisfreiheit, eine unabhängige Verteidigung und die EU-Mitgliedschaft als beste Sicherheitsgaranten gesehen. Nach dem Weissbuch bestand zwischen der EU und den allianzfreien finnischen Streitkräften eine Wechselwirkung: Einerseits stärkte die Mitgliedschaft in der Union Finnlands Sicherheit dadurch, dass sie potentielle Druckversuche eines Dritten erschwerte, andererseits wurde eine glaubwürdige und unabhängige finnische Verteidigung als für die gemeinsame Sicherheit der Union hilfreich angesehen. Ein NATO-Beitritt in ferner Zukunft wurde trotz der Politik der Bündnisfreiheit nicht ausgeschlossen, sondern von der zukünftigen Entwicklung der europäischen Sicherheitsarchitektur abhängig gemacht. Was die Streitkräfte selbst betraf, wurde in Übereinstimmung mit der Befürwortung der Gemeinsamen Aussen- und Sicherheitspolitik und der PFP-Teilnahme eine Erhöhung der Interoperabilität zugunsten des internationalen Krisenmanagements angestrebt. Strukturell sah das Verteidigungsprogramm für die Zeitspanne von 1998 bis 2008 eine Reduktion des Sollbestandes von 540'000 auf 430'000 in 22 anstelle von 27 Brigaden vor. Drei dieser Brigaden sollten als sogenannte *Rapid Deployment Brigades* für Aufgaben im internationalen Krisenmanagement ausgerüstet und ausgebildet werden.

Die internationale Kooperation unter gleichzeitiger Beibehaltung der Territorialverteidigung stellte kein Novum in der finnischen Sicherheitspolitik dar, da Finnland seit den Anfängen der internationalen Friedenssicherung im Kalten Krieg weltweit an Operationen beteiligt war. Dennoch war die Kooperationsstrategie insofern neu, als sie im Rahmen der EU und in Zusammenarbeit mit der NATO stattfand. Finnland war seit seinem EU-Beitritt daran interessiert, die militärische Zusammenarbeit in der EU-Friedensförderung zu verstärken. So setzte sich Finnland zusammen mit Schweden in den Verhandlungen zum Amsterdamer Vertrag von 1997 für die Übernahme der Petersbergaufgaben ein. Unter der finnischen Ratspräsidentschaft beschloss die EU 1999 den Aufbau der europäischen Krisenreaktionskräfte. Seither hat Finnland eine wichtige Rolle in der ESVP/GSVP gespielt.

Im Juni 2001 wurde die finnische Sicherheits- und Verteidigungspolitik mit dem Regierungsbericht *Finnish Security and Defence Policy* aktualisiert.<sup>25</sup> Einleitend hob der Bericht die Wichtigkeit der EU und Russlands sowie deren Zusammenarbeit für die Sicherheit Europas hervor. Während er die Gefahr eines grossen militärischen Konflikts in Europa als niedrig einstufte, stellte er fest, dass regionale und lokale Konflikte sowie humanitäre Krisen innerhalb und ausserhalb Europas stattfinden konnten. Ausserdem bedeuteten die internationale Interdependenz und die Globalisierung, dass Staaten durch neuartige und grenzüberschreitende Gefahren wie Terrorismus verwundbar waren. Im Lichte dieser Gefahren und unter der Feststellung, dass trotz der verbesserten Sicherheitslage in Europa die Sicherheit Finnlands nicht garantiert war, bestand die Sicherheits- und Verteidigungspolitik aus folgenden Hauptkomponenten: Erhaltung und Entwicklung einer glaubwürdigen Verteidigungskapazität, Bündnisfreiheit und internationale Kooperation. Demnach sollten die Streitkräfte sowohl zur Verteidigung des gesamten Territoriums als auch zur erhöhten internationalen Kooperation im Rahmen der EU, der PFP und der nordischen Kooperation fähig sein. Die Regierung kam zum Schluss, dass sich die Bedeutung der EU für Finnlands Sicherheit vergrössert hatte. Gleichzeitig unterstrich sie, dass die Zusammenarbeit der EU mit der NATO notwendig war.

Die Grundlagen der Sicherheits- und Verteidigungspolitik bildeten weiterhin die Territorialverteidigung und die Wehrpflicht. Der Grossteil des Verteidigungsbudgets, welches bis 2008 kontinuierlich erhöht werden sollte, war für die Stärkung der Armee gegen einen potentiellen strategischen Angriff vorgesehen. Gleichzeitig waren jedoch eine Reduktion des Bestandes auf 350'000 und die Entwicklung der Streitkräfte zum militärischen Krisenmanagement geplant. Mit der internationalen Kooperation sollten die internationale wie die finnische Sicherheit

25 Prime Minister's Office. *Finnish Security and Defence Policy 2001, Report by the Government to Parliament on 13 June 2001*. <http://www.defmin.fi/files/1149/InEnglish.pdf>.

gefördert werden. Um die friedensfördernden Aufgaben wahrzunehmen, sah der Bericht weiterhin ein Maximum von 2000 Soldaten für UNO- und OSZE-Missionen sowie 1500 für die *Rapid Reaction Force* der EU vor.

Im sicherheits- und verteidigungspolitischen Bericht von 2004, *Finnish Security and Defence Policy 2004*,<sup>26</sup> bestätigte die finnische Regierung den Kurs von 2001. Die einzige Novität war, dass die internationale Kooperation trotz der Priorität der Territorialverteidigung mehr Beachtung fand. Einleitend wurde festgestellt, dass sich die Sicherheit Finnlands durch die Erweiterung der EU und der NATO verbessert hatte, die internationale Gefahrenlage jedoch schwieriger geworden war. Die globalen Probleme wie Terrorismus und die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen wurden ebenso wie Entwicklungskrisen und regionale Konflikte als zunehmend bedrohlich wahrgenommen. Demzufolge wurde die internationale Kooperation im Rahmen der UNO, der EU und der PfP besonders betont. Die Priorität in der Sicherheitskooperation kam aber den Nordischen Ländern und den Baltischen Staaten zu. Diese internationale Ausrichtung erfolgte zudem nicht auf Kosten der traditionellen finnischen Verteidigungspolitik, denn weiterhin sollten die Streitkräfte in der Lage sein, das gesamte Land eigenhändig zu verteidigen. Die Allianzfreiheit, die Wehrpflicht und die Territorialverteidigung wurden keineswegs in Frage gestellt. Auch wurde an den Streitkräftereformen von 2001, welche 2008 abgeschlossen sein sollten, festgehalten.

Zwischen 2001 und 2008 wurden sowohl die Reform der Streitkräfte als auch die internationale Sicherheitskooperation umgesetzt. Wie geplant nahm Finnland an den *Battlegroups* der EU teil und stellte 2007/08 entsprechende Kontingente zur Verfügung. In Bezug auf die Beistandsklausel im Lissaboner Vertrag erwirkte Helsinki in Zusammenarbeit mit den anderen bündnisfreien EU-Staaten eine Zusatzklausel, um nicht in der Verpflichtung zu stehen, die Baltischen Staaten gegen Russland verteidigen zu müssen. Demnach sollte die Beistandsklausel den «spezifischen Charakter» der Sicherheits- und Verteidigungspolitik gewisser Mitgliedstaaten, d.h. deren Allianzfreiheit, nicht präjudizieren. In der gleichen Zeit hat Finnland seine militärischen Fähigkeiten gemäss NATO-Standards entwickelt und hat sowohl an Manövern der Allianz als auch an von ihr geführten Missionen teilgenommen. Finnland engagiert sich im Rahmen der *International Security Assistance Force* (ISAF) in Afghanistan im von Schweden geführten *Provincial Reconstruction Team* in Mazar-e-Sharif. Ausserdem beteiligt sich Helsinki seit 2008 mit logistischer Unterstützung an der *NATO Response Force*. Eine dritte Achse der internationalen Kooperation besteht aus der *Nordic Defence Cooperation* (NORDEFENCE), in welcher sich Finnland zusammen mit Schweden und Norwegen um die Koordination von Ausrüstungsbeschaffung, Ausbildung, Manövern und Forschung bemüht.

Diese Entwicklungen widerspiegeln sich im sicherheits- und verteidigungspolitischen Bericht von 2009, *Finnish Security and Defence Policy 2009*, welcher in der Kontinuität der Berichte von 2001 und 2004 steht.<sup>27</sup> Obwohl nach diesem Weissbuch Finnlands Interessen am effektivsten durch multilaterale Kooperation gefördert werden, bleibt eine glaubwürdige und umfassende Territorialverteidigung das vorrangige Anliegen. Die Territorialverteidigung hat in materieller wie personeller Hinsicht weiterhin Priorität. Um die vielzähligen internationalen Aufgaben jedoch wahrzunehmen, sollen die Streitkräfte auch weiterhin mit dem Ziel einer kostenbewussten interoperablen Einsatzarmee reformiert werden. Dafür will die Regierung im Einklang mit führenden Militärs den Bestand erneut senken, diesmal um 100'000. Auch damit wird weiterhin die bündnisfreie und auf Reservisten aufbauende Territorialverteidigung nicht in Frage gestellt, denn aufgrund der geschichtlichen Erfahrungen und der geographischen Lage an der Grenze zu Russland bleibt der nationale Verteidigungswille in Finnland stark.

26 Prime Minister's Office. *Finnish Security and Defence Policy 2004, Government Report 6/2004*. [http://www.defmin.fi/files/311/2574\\_2160\\_English\\_White\\_paper\\_2004\\_1\\_.pdf](http://www.defmin.fi/files/311/2574_2160_English_White_paper_2004_1_.pdf).

27 Prime Minister's Office. *Finnish Security and Defence Policy 2009, Government Report*. <http://www.vnk.fi/julkaisukansio/2009/j11-turvallisuus-j12-sakerhets-j13-finnish/pdf/en.pdf>.

Streitkräftetransformation Finnland			
Zeitraum	1990 bis Mitte der 90er Jahre	Mitte der 90er Jahre bis Jahrtausendwende	Ab Jahrtausendwende
Europa	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Einzug der «Friedensdividende» durch Verkleinerung der Streitkräfte</li> <li>■ Kein grundlegender Strategiewechsel</li> <li>■ <i>Partnership for Peace</i> (PfP)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Vermehrte internationale Kooperation zur Friedensförderung</li> <li>■ Interoperabilität</li> <li>■ Einleitung der Professionalisierung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Zunehmende Internationalisierung</li> <li>■ Modularisierung</li> <li>■ Flexibilisierung</li> <li>■ Professionalisierung</li> </ul>
Finnland	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ 1992: Militärische Bündnisfreiheit anstelle von Neutralität</li> <li>■ 1994: Beitritt zur PfP</li> <li>■ 1995: EU-Beitritt</li> <li>■ 1990-1995: <ul style="list-style-type: none"> <li>□ Territorialverteidigung weiterhin Hauptaufgabe</li> <li>□ Bestandsreduktion von 730'000 auf 540'000</li> </ul> </li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ 1997: <i>Finnish Security and Defence Policy</i>: <ul style="list-style-type: none"> <li>□ Militärische Bündnisfreiheit, unabhängige Verteidigung und EU-Mitgliedschaft</li> <li>□ Internationale Kooperation und Territorialverteidigung</li> <li>□ Erhöhung der Interoperabilität</li> <li>□ Bestandsreduktion auf 430'000</li> </ul> </li> <li>■ 2001: <i>Finnish Security and Defence Policy</i> <ul style="list-style-type: none"> <li>□ Erhöhte internationale Kooperation und Territorialverteidigung</li> <li>□ Bestandsreduktion auf 350'000</li> </ul> </li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ 2004: <i>Finnish Security and Defence Policy</i>: <ul style="list-style-type: none"> <li>□ Bestätigung des Kurses von 2001</li> <li>□ Internationale Kooperation findet mehr Beachtung</li> </ul> </li> <li>■ 2009: <i>Nordic Defence Cooperation</i> (NORDEFECO)</li> <li>■ 2009: <i>Finnish Security and Defence Policy</i> <ul style="list-style-type: none"> <li>□ Territorialverteidigung behält Priorität</li> <li>□ Betonung der Wichtigkeit der internationalen Kooperation</li> <li>□ Bestandsreduktion auf 250'000</li> </ul> </li> </ul>

## e. Irland

In der europäischen Sicherheitsarchitektur war und ist Irland eine Ausnahme. Während des Kalten Krieges war das Land trotz seiner Zugehörigkeit zum Westen strategisch unwichtig. Dies war bedingt durch die geographische Lage, die relative militärische Schwäche und den Mangel an strategischen Ressourcen. Diese Situation erlaubte Irland, die Verteidigungsausgaben und den Streitkräftebestand niedrig zu halten. Das Budget und die Bewaffnung lagen dauerhaft weit unter jenen der anderen neutralen Staaten; der Bestand der Streitkräfte inklusive Reserve belief sich 1989 auf 29'000. Die irische Neutralität basierte weder auf internationalem Recht noch auf einem höheren Prinzip, sondern zielte darauf ab, die Teilnahme an Kriegen zu verhindern. Dies sollte durch eine sogenannte militärische Neutralität, welche einer Allianzfreiheit gleichkam, ermöglicht werden. Ein weiterer Faktor für die sicherheitspolitische Sonderstellung Irlands war seine Teilung, welche das militärische Augenmerk auf die internen Probleme lenkte.

Im Lichte dieser «Einzigartigkeit» bedeutete die Überwindung des Ost-West-Konflikts für Irlands geostrategische Situation keine grundlegende Veränderung. Ausserdem musste sich das Land nicht aus neutralitätsbedingten aussenpolitischen Zwängen befreien. Anders als die vier Staaten erachtete Irland eine Teilnahme am europäischen Integrationsprozess bereits vor 1989 als kompatibel mit der Neutralität. Dublin trat denn auch 1973 der EG bei. In diesem Kontext sah die irische Regierung auch keine Notwendigkeit, die auf die Bündnisfreiheit beschränkte Neutralität in Frage zu stellen. Vielmehr bestätigte sie diese Neutralität in ihrem aussenpolitischen Weissbuch von 1996.



Die Änderungen in der sicherheitspolitischen Architektur Europas hatten trotzdem Auswirkungen auf die Sicherheitspolitik Irlands. Durch das Ende des Kalten Krieges traten regionale und innerstaatliche Konflikte sowie transnationale Gefahren in den Vordergrund, welche durch die Globalisierung auch für das geographisch abgelegene Irland relevant waren. Diesem Umstand dürfte man zuschreiben, dass die Iren zu Beginn der 1990er Jahre ihr Engagement in der UNO verstärkten. Auch wenn irische Soldaten schon seit 1958 an Missionen der Vereinten Nationen beteiligt waren, durften sie nach dem Mauerfall – wie dies zum Beispiel 1993 in Somalia der Fall war – auch an sogenannten friedenserzwingenden Einsätzen teilnehmen. Als eine der Hauptaufgaben der irischen Streitkräfte rangierte die Teilnahme an UNO-Friedensmissionen jedoch hinter der Verteidigung des Landes sowie der Unterstützung der Polizei.

Die eigentliche Trendwende in der irischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik wurde durch eine wichtige innenpolitische Veränderung verursacht: die Unterzeichnung des Karfreitagsabkommen (*Good Friday Agreement*) zwischen der Republik Irland, Grossbritannien und Nordirland im Jahr 1998. Dieser Höhepunkt des irischen Friedensprozesses veränderte nach Ansicht der Regierung in Dublin die innere Sicherheit des Landes dermassen, dass die Aufgaben der Armee weg von der Unterstützung der zivilen Sicherheitskräfte und hin zur verstärkten Teilnahme am gesamten Spektrum von friedensfördernden und -unterstützenden Operationen umgeschichtet wurden.

Unter anderem um die Streitkräfte besser auf die vermehrten Auslandseinsätze vorzubereiten, trat Irland 1999 der Partnerschaft für den Frieden bei. Ausserdem begannen irische Soldaten, an den NATO-Missionen in Bosnien (SFOR) und im Kosovo (KFOR) teilzunehmen. Infolge dieser sicherheitspolitischen Verschiebung vom In- aufs Ausland kam es auch zu einer Restrukturierung der Streitkräfte. Es folgten die Schliessung gewisser Führungshauptquartiere, Garnisonseinheiten und Kasernen, eine Gliederung der Armee in drei Brigaden, die Modernisierung der Ausrüstung sowie eine leichte Senkung des Bestandes.

Diese sicherheitspolitischen Veränderungen gaben den Anstoss zum ersten und bisher einzigen Weissbuch zur Verteidigung Irlands (*White Paper on Defence February 2000*), welches anfangs 2000 von der Regierung präsentiert wurde.<sup>28</sup> Dieses Strategiepapier für die Zeit zwischen 2000 und 2010 schätzt die Gefahr eines grossen militärischen Konflikts in Europa als relativ niedrig ein. Demnach verfügt Irland über ein recht sicheres strategisches Umfeld. Gleichzeitig stellt der Bericht jedoch fest, dass neue Risiken und Gefahren durch humanitäre Krisen und daraus resultierende Flüchtlingswellen vermehrt in den Vordergrund gerückt sind. Die Verbesserung der inneren Sicherheit seit dem Karfreitagsabkommen wird unter gleichzeitigem Verweis auf noch bestehende Rückfallmöglichkeiten gewürdigt. Trotz dieser Sicherheitsanalyse bleiben die Aufgaben der Streitkräfte weitgehend unverändert. Sie bestehen weiterhin hauptsächlich aus der Verteidigung, der Unterstützung der Polizei und der Teilnahme an friedensfördernden Operationen. Die Novität ist jedoch die unterschiedliche Gewichtung dieser Aufgaben. Die internationale Rolle der Streitkräfte wird neu besonders betont und bezieht sich nicht mehr ausschliesslich auf UNO-Missionen: *«to participate in multinational peace support, crisis management and humanitarian relief operations in support of the United Nations and under UN mandate, including regional security missions authorised by the UN»*.

Auch wenn demnach weiterhin der Vorrang der Vereinten Nationen betont wird, kann Irland nun auch mit anderen Organisationen wie der EU und der NATO an friedensfördernden Operationen teilnehmen – solange diese über ein UNO-Mandat verfügen. Gemäss dem Weissbuch spielt die EU eine wichtige Rolle für die Sicherheit Europas, und Irland engagiert sich aktiv in der ESVP. Gleichzeitig stellte die irische Regierung damals aber fest, dass die EU-Verträge keine gegenseitige Verteidigungsverpflichtung beinhalteten.

Durch die vermehrte Ausrichtung auf Auslandseinsätze sollten gemäss Weissbuch auch die Streitkräfte weiter umgebaut werden. Um am ganzen Spektrum der friedensfördernden Operationen teilnehmen zu können, sollte die Multifunktionalität erhöht werden. Ausserdem wurde

28 Department of Defence. *White Paper on Defence, February 2000*. <http://merln.ndu.edu/whitepapers/Ireland-2000.pdf>.

beabsichtigt, bis Ende 2010 die Interoperabilität und Reaktionszeit zu verbessern. Gleichzeitig wurde geplant, den Bestand auf ungefähr 23'000 Soldaten (10'500 Berufssoldaten sowie Reserven) zu senken.

Diese Sicherheits- und Verteidigungspolitik wurde vom irischen Verteidigungsminister in seinem Strategiepapier von **2003** (*Strategy Statement 2003-2005*) bestätigt.<sup>29</sup> In der Gefahrenanalyse spielte nun auch der internationale Terrorismus eine bedeutendere Rolle. Die davon ausgehende Gefahr wurde aber für Irland als relativ gering eingestuft. Ausserdem beschäftigte sich der Verteidigungsminister mit den Entwicklungen in der europäischen Sicherheitspolitik und deren Auswirkungen auf Irlands Teilnahme an friedensfördernden Operationen. Während das irische Engagement in der ESVP mit der Bereitstellung von 850 Soldaten für die Petersbergaufgaben untermauert wurde, stellte der Minister ebenso fest, dass die Beteiligung an friedenserhaltenden oder militärischen Aktionen dem damals eingeführten, sogenannten «triple lock» unterliegen. Nach diesem Mechanismus können Entscheidungen für Einsätze erst nach einem Mandat des UNO-Sicherheitsrates, der irischen Regierung und des irischen Parlaments getroffen werden. Diese «Verschlüsselung» des Entscheidungsprozesses änderte jedoch nichts an Irlands Bekenntnis zur militärischen Friedensförderung, welches im Strategiepapier von **2005** (*Defence Forces Strategy Statement 2005-2007*) bekräftigt wurde.<sup>30</sup>

Demnach konnte **2007** in einer Studie über die Implementierung der Vorgaben des Weissbuches von 2000 (*The White Paper on Defence, Review of Implementation*) festgestellt werden, dass die Sicherheits- und Verteidigungspolitik und die Aufgaben der Streitkräfte unverändert blieben.<sup>31</sup> Allerdings hat Irland nicht zuletzt aufgrund der erhöhten Komplexität internationaler Operationen sein Engagement in internationalen Sicherheitsorganisationen verstärkt. 2001 trat das Land dem Planungs- und Überprüfungsprozess (*Planning and Review Process* (PARP)) der PfP bei, um die Interoperabilität für friedensfördernde Missionen zu erhöhen. Zwei Jahre später sprach Dublin personelle und materielle Ressourcen für NATO-Operationen, die mit einem UNO-Mandat ausgestattet waren. 2006 wurde die Teilnahme an der von Schweden geführten Nordischen *Battlegroup* der EU für 2008 beschlossen. Für die Beteiligung an den *Battlegroups* wurde der «triple lock» insofern modifiziert, als er eine Teilnahme an humanitären Einsätzen auch ohne spezifisches UNO-Mandat erlaubt. Dieses verstärkte europäische und internationale Engagement sowie der auf Auslandseinsätze ausgerichtete Umbau der Streitkräfte wurden durch die Teilnahme an zahlreichen friedensfördernden Operationen in Afrika und Europa genährt und erprobt.

Die aktive Teilnahme an der GSVP der EU ist für die irische Regierung kein Grund, die militärische Neutralität in Frage zu stellen. Auch hinsichtlich des Lissabonner Vertrages erklärte sich Dublin zur weiteren Mitarbeit an der europäischen Verteidigungspolitik unter Beharrung auf der militärischen Neutralität bereit, wie dies die Strategieerklärung von **2008** (*Strategy Statement 2008-2010*) darlegt.<sup>32</sup> Irland hält an seiner Internationalisierungsstrategie fest. Innerhalb dieser Sicherheitskooperation gewinnt die EU jedoch stetig an Bedeutung.

Diese Sicherheits- und Verteidigungspolitik dürfte durch das angekündigte **Weissbuch** für die Zeitspanne **2011–2020** nicht grundlegend in Frage gestellt werden. Dennoch werden die Streitkräfte nicht von Reformen verschont bleiben. Schon jetzt hat der Verteidigungsminister infolge der Wirtschaftskrise Sparmassnahmen angekündigt. Unter anderem soll das Berufsheer um 500 Soldaten verkleinert werden. Rüstungsbeschaffungen werden wohl bis auf einige essentielle Waffensysteme für Jahre ausgesetzt werden.

29 Department of Defence. *Strategy Statement 2003-2005*. Mai 2003. [http://www.defence.ie/WebSite.nsf/72804bb4760386f380256c610055a16b/58d00b906ab895c080256c5400543440/\\$FILE/StrategyStatement2003-2005.pdf](http://www.defence.ie/WebSite.nsf/72804bb4760386f380256c610055a16b/58d00b906ab895c080256c5400543440/$FILE/StrategyStatement2003-2005.pdf).

30 Defence Forces. *Strategy Statement 2005-2007*. 2005. <http://military.ie/dfhq/pubrel/publications/strategy-en-05-07.pdf>.

31 Department of Defence. *The White Paper on Defence. Review of Implementation, February 2007*. [http://www.defence.ie/WebSite.nsf/fba727373c93a4f080256c53004d976e/e1cd6e42fd36ebbf802572b4003b7368/\\$FILE/WPReview.pdf](http://www.defence.ie/WebSite.nsf/fba727373c93a4f080256c53004d976e/e1cd6e42fd36ebbf802572b4003b7368/$FILE/WPReview.pdf).

32 Department of Defence and Defence Forces. *Strategy Statement 2008-2010*. August 2008. [http://www.defence.ie/WebSite.nsf/fba727373c93a4f080256c53004d976e/a221c63d3721aa2f802573f400554af9/\\$FILE/Statement%20of%20Strategy%202008-2010.pdf](http://www.defence.ie/WebSite.nsf/fba727373c93a4f080256c53004d976e/a221c63d3721aa2f802573f400554af9/$FILE/Statement%20of%20Strategy%202008-2010.pdf).

Streitkräftetransformation Irland			
Zeitraum	1990 bis Mitte der 90er Jahre	Mitte der 90er Jahre bis Jahrtausendwende	Ab Jahrtausendwende
<b>Europa</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Einzug der «Friedensdividende» durch Verkleinerung der Streitkräfte</li> <li>■ Kein grundlegender Strategiewechsel</li> <li>■ <i>Partnership for Peace</i> (PFP)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Vermehrte internationale Kooperation zur Friedensförderung</li> <li>■ Interoperabilität</li> <li>■ Einleitung der Professionalisierung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ Zunehmende Internationalisierung</li> <li>■ Modularisierung</li> <li>■ Flexibilisierung</li> <li>■ Professionalisierung</li> </ul>
<b>Irland</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ 1973: EU-Beitritt</li> <li>■ Verstärkung der Beteiligung an UNO-Friedensmissionen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ 1998: <i>Good Friday Agreement</i>:                             <ul style="list-style-type: none"> <li>□ Weitere Förderung des internationalen Engagements</li> <li>□ Abnahme der Unterstützung der Polizei</li> </ul> </li> <li>■ 1999: Beitritt zur PFP</li> <li>■ 2000: <i>White Paper on Defence</i>:                             <ul style="list-style-type: none"> <li>□ Aufwertung der internationalen Kooperation</li> <li>□ Bestandsreduktion auf 23'000</li> <li>□ Verbesserung der Multifunktionalität, Interoperabilität und Reaktionszeit</li> </ul> </li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ 2003: <i>Strategy Statement 2003-2005</i>:                             <ul style="list-style-type: none"> <li>□ Betonung des ESVP Engagements</li> <li>□ «Triple lock»</li> </ul> </li> <li>■ 2005: <i>Strategy Statement 2005-2007</i>:                             <ul style="list-style-type: none"> <li>□ Bestätigung der bisherigen Sicherheits- und Verteidigungspolitik</li> </ul> </li> <li>■ 2006: Relativierung des «triple lock»</li> <li>■ 2008: <i>Strategy Statement 2008-2010</i>:                             <ul style="list-style-type: none"> <li>□ Trotz «irischer Klausel» gewinnt die Sicherheitskooperation in der EU an Bedeutung</li> </ul> </li> </ul>

Zusammenfassung: Streitkräftetransformation seit 1989 im Vergleich			
Zeitraum	1990 bis Mitte der 90er Jahre	Mitte der 90er Jahre bis Jahrtausendwende	Ab Jahrtausendwende
<b>Schweiz</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ 1990: Bericht 90</li> <li>■ 1992: Armeeleitbild 95</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ 1996: Beitritt zur PFP</li> <li>■ 1999: Bericht 2000</li> <li>■ 2001: Armeeleitbild XXI</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ 2006: Entwicklungsschritt 2008/11</li> <li>■ 2010: Sicherheitspolitischer Bericht</li> <li>■ 2010: Armeebericht</li> </ul>
<b>Schweden</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ 1994: Beitritt zur PFP</li> <li>■ 1995: EU-Beitritt</li> <li>■ Kaum Veränderungen bei den Streitkräften</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ 1995-1996: <i>The Renewal of Sweden's Defence 1997-2001</i></li> <li>■ 1999: <i>The New Defence</i></li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ 2004: <i>Our Future Defence</i></li> <li>■ 2009: <i>Nordic Defence Cooperation (NORDEFECO)</i></li> <li>■ 2009: <i>A Functional Defence</i></li> </ul>
<b>Österreich</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ 1992: Heeresgliederung 92</li> <li>■ 1993: Einsatzkonzept VOREIN</li> <li>■ 1995: Beitritt zur PFP</li> <li>■ 1995: EU-Beitritt</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ 1998: Heeresgliederung 98</li> <li>■ 2001: Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ 2005: Management ÖBH 2010</li> </ul>
<b>Finnland</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ 1992: Bündnisfreiheit anstelle von Neutralität</li> <li>■ 1994: Beitritt zur PFP</li> <li>■ 1995: EU-Beitritt</li> <li>■ Kaum Veränderungen bei den Streitkräften</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ 1997: <i>Finnish Security and Defence Policy</i></li> <li>■ 2001: <i>Finnish Security and Defence Policy</i></li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ 2004: <i>Finnish Security and Defence Policy</i></li> <li>■ 2009: <i>Nordic Defence Cooperation (NORDEFECO)</i></li> <li>■ 2009: <i>Finnish Security and Defence Policy</i></li> </ul>
<b>Irland</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ 1973: EU-Beitritt</li> <li>■ Verstärkung der Beteiligung an UNO-Friedensmissionen</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ 1998: <i>Good Friday Agreement</i></li> <li>■ 1999: Beitritt zur PFP</li> <li>■ 2000: <i>White Paper on Defence</i></li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>■ 2003: <i>Strategy Statement 2003-2005</i></li> <li>■ 2005: <i>Strategy Statement 2005-2007</i></li> <li>■ 2008: <i>Strategy Statement 2008-2010</i></li> </ul>



## **Teil II**

Vergleichende Analyse der nationalen  
Sicherheitsstrategien und Streitkräfte

# Vergleichende Analyse der nationalen Sicherheitsstrategien und Streitkräfte

## 1. Rechtliche Grundlagen

Die Ausrichtung und Ausgestaltung der Streitkräfte werden in den untersuchten Staaten auf Verfassungs- und Gesetzesebene unterschiedlich geregelt.

- Abhängig davon, ob und wieweit die Aufgaben und Zuständigkeiten verfassungsrechtlich oder gesetzlich geregelt sind, verlaufen Prozesse der Streitkräftetransformation teilweise mit unterschiedlicher Geschwindigkeit. Verfahren zur Änderung verfassungsrechtlicher Bestimmungen resultieren bisweilen in langsameren Reformprozessen.
- Die verfassungsrechtlichen Bestimmungen beschränken sich im Fall von Finnland, Irland und Schweden im Wesentlichen auf den Einsatz der Streitkräfte sowie auf Entscheidungs- und Befehlsbefugnisse.
- In der Schweiz und in Österreich werden auch die Aufgaben der Armee auf Verfassungsebene definiert. Eine Neuausrichtung – im Fall Österreichs auch eine Neugewichtung – der Armeeaufgaben setzt eine Revision der entsprechenden Verfassungsbestimmungen voraus.
- In allen Staaten, in denen die Wehrpflicht gilt (Schweiz, Österreich, Finnland), wird diese in einer verfassungsrechtlichen Bestimmung festgehalten, um gesetzlich weiter ausgeführt zu werden. Das Aufheben oder Aussetzen der Wehrpflicht erfordert in diesen Staaten demnach eine Verfassungsänderung.
- In der Schweiz und in Österreich setzt auch die Abkehr vom – unterschiedlich definierten – Milizprinzip eine Verfassungsänderung voraus.
- Die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Ausgestaltung der Streitkräfte werden in allen Staaten in einem Militärgesetz festgelegt. Dieses wird in Finnland, Schweden und Österreich durch spezifische Gesetze zu einzelnen Aspekten wie der Wehrpflicht oder Auslandseinsätzen ergänzt (die unterschiedlichen rechtlichen Rahmenbedingungen betreffend Auslandseinsätze werden in Kapitel 8 analysiert).
- Eine grundlegende Reform der Streitkräfte bedingt in den untersuchten Staaten die Revision des Militär- oder Wehrgesetzes sowie nachgelagerter Gesetze und Verordnungen.

### *Quellen*

Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999  
Bundesgesetz vom 3. Februar 1995 über die Armee und die Militärverwaltung

The Instrument of Government, 1974

Bundesverfassungsgesetz über Kooperation und Solidarität bei der Entsendung von Einheiten und Einzelpersonen in das Ausland (KSE-BVG), 1997  
Wehrgesetz 2001

The Constitution of Finland, 11. Juni 1999  
Act on Military Crisis Management, 2006

Act on Defence Forces, 11. Mai 2007

Conscription Act, 28. Dezember 2007

Constitution of Ireland

Defence Act, 1954, und Defence (Amendment) Acts

## 2. Schwerpunkte der Bedrohungs- und Umfeldanalyse

Die Bedrohungs- und Umfeldanalysen der untersuchten Staaten weisen zahlreiche **Parallelen** auf:

- Während die konventionelle Kriegsgefahr an Bedeutung verloren hat, sind die durch die Globalisierung bedingten transnationalen Bedrohungen und Gefahren in den Vordergrund gerückt.
- Alle fünf Staaten stellen fest, dass sich die europäische Sicherheitslage in den letzten zwei Jahrzehnten markant verbessert hat. Dementsprechend erachten sie einen militärischen Angriff auf ihr Territorium in absehbarer Zeit als unwahrscheinlich. Allerdings schliesst auch kein Staat explizit aus, dass eine militärische Bedrohung in Zukunft wieder denkbar wäre.
- Die sicherheitspolitische Stabilität im Kern Europas kontrastiert nach Ansicht aller untersuchten Staaten mit einer erhöhten Anfälligkeit für Krisen an den Rändern und ausserhalb Europas.
- Vor allem innerstaatliche Konflikte und deren Folgen, wie z.B. Flüchtlingswellen, werden angesichts der durch die Globalisierung erhöhten Mobilität als potentielle Bedrohungen wahrgenommen.
- Durch die beschleunigte Globalisierung treten auch andere transnationale Bedrohungen und Gefahren, wie der internationale Terrorismus, die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen sowie die organisierte Kriminalität immer mehr in den Vordergrund.
- Gleichzeitig richten die Staaten ihren Blick auch auf das Landesinnere: Natur-, technische und ökologische Katastrophen werden vermehrt als sicherheitspolitische Bedrohungen wahrgenommen.
- Die Gefahren und Bedrohungen werden in den Grundlagendokumenten der verschiedenen Staaten höchstens ansatzweise nach Eintretenswahrscheinlichkeit und potentielltem Schadensausmass gewichtet.

Trotz der vielen Gemeinsamkeiten lassen sich in den sicherheitspolitischen Analyse- und Strategiedokumenten auch **länderspezifische Eigenheiten** erkennen:

- Im Vergleich zu den EU-Mitgliedstaaten fällt die Analyse der Sicherheit Europas in der Schweiz skeptischer aus – trotz Würdigung der stabilisierenden Wirkung von EU und NATO.
- Nur Österreich und Schweden konkretisieren die Vorlaufzeit einer allfälligen grundlegenden Änderung der sicherheitspolitischen Lage in Europa. Im Falle Österreichs erfolgte diese Konkretisierung im Jahr 2001: «Eine existenzbedrohende Aggression gegenüber Österreich durch konventionelle Streitkräfte ist erst nach einer strategischen Veränderung der politischen und militärischen Situation denkbar und hat nach militärstrategischen Analysen eine Vorlaufzeit von 7–10 Jahren.»<sup>33</sup> Zwei Jahre zuvor kam die schwedische Verteidigungskommission zu einer nahezu identischen Feststellung und schloss für zehn Jahre die Gefahr eines konventionellen militärischen Angriffs aus.<sup>34</sup> Seither scheint Schweden die Vorlaufzeit nicht

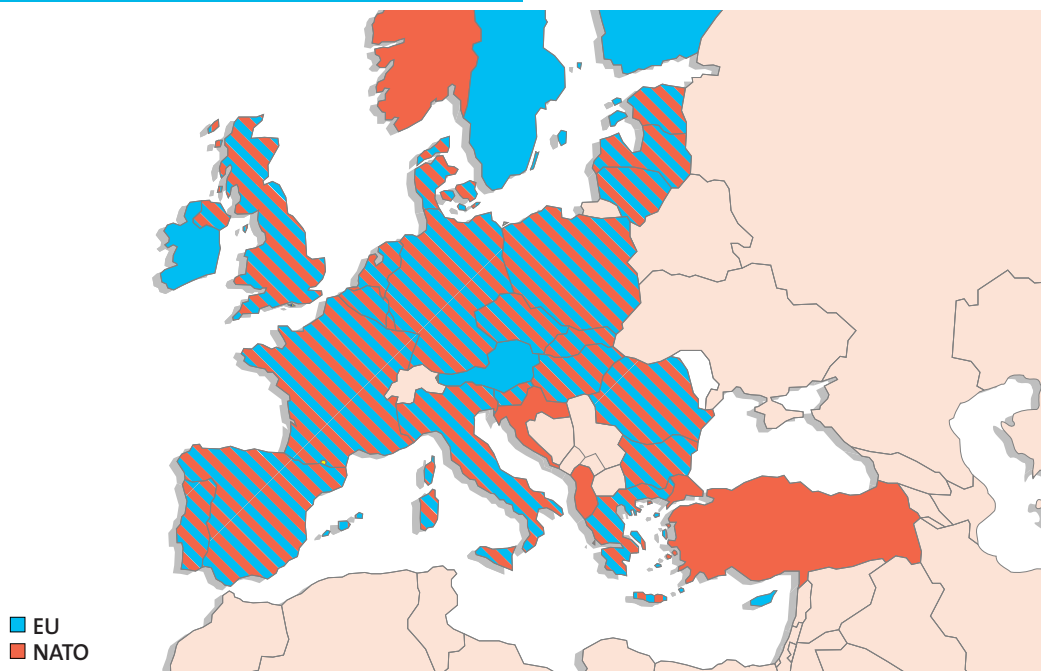
33 Bundeskanzleramt Österreich. *Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin. Analyseteil. Bericht an den Nationalrat, verfasst von einer Expertenkommission im Auftrag der Bundesregierung*. 23. Januar 2001, S. 46. <http://www.bka.gv.at/DocView.axd?CobId=795>.

34 The Government and the Government Offices of Sweden. *'A Changing World – A Reformed Defence', Executive Summary of the Swedish Defence Commission's report, 19 January 1999*, S. 1. <http://www.regeringen.se/content/1/c6/02/56/73/e028eb9c.pdf>.

mehr näher definiert zu haben. 2007 betrachtete die Verteidigungskommission die konventionelle Kriegsgefahr als *«unlikely in the foreseeable future»*.<sup>35</sup>

- Aufgrund ihrer geographischen Lage verstehen die einzelnen Staaten das Konzept von Europas Peripherie und der damit verbundenen Instabilität unterschiedlich: Für Finnland beginnt die Peripherie an der Grenze zu Russland, für Schweden gehört sie zum regionalen Umfeld.<sup>36</sup> Für Österreich hat die Balkanregion und deren Konfliktpotential eine besondere sicherheitspolitische Bedeutung.
- Finnlands sicherheitspolitischer Fokus richtet sich unverändert stark auf Russland: *«When it comes to Finland's security environment, the most important questions relate to Russia's political and economic stability and to the evolution of its international relations.»*<sup>37</sup> Der Krieg zwischen Georgien und Russland im Sommer 2008 dient als Beispiel für eine militärische Auseinandersetzung, die trotz ihrer geographischen Distanz Auswirkungen auf Finnlands Sicherheit hatte.
- Für Österreich hat die Balkanregion und deren Konfliktpotential eine besondere sicherheitspolitische Bedeutung.
- Die Schweiz und Irland befinden sich in einer sicherheitspolitisch komfortablen Binnenlage und sind weniger direkt den Instabilitäten der europäischen Peripherie ausgesetzt. Ähnlich wie Österreich schenkt auch die Schweiz den Entwicklungen auf dem Balkan eine besonders hohe Aufmerksamkeit.

#### Europa: Kern und Peripherie



35 The Government and the Government Offices of Sweden. *Summary of Security in Cooperation (Ds 2007:46): The Swedish Defence Commission's analysis of challenges and threats*. 4. Dezember 2007, S. 2. <http://www.sweden.gov.se/sb/d/8182/a/93944>.

36 Die schwedische Regierung hielt dazu 2009 fest: *«A concerted, direct military attack on Sweden remains unlikely in the foreseeable future. However, crises or incidents in our region involving the use of military force cannot be ruled out. Nor, in the longer run, can the threat of a military attack.»* The Government and the Government Offices of Sweden. *A functional defence, Summary of the bill dated 19 March 2009*. 11. Januar 2010. <http://www.sweden.gov.se/content/1/c6/13/77/05/1705333d.pdf>.

37 Finnish Security and Defence Policy 2009. Government Report, S. 66.

Die europäischen und euro-atlantischen **Sicherheitsorganisationen** werden unterschiedlich bewertet. Diesbezüglich fällt insbesondere eine Kluft zwischen der Schweiz und den EU-Mitgliedstaaten auf:

- Anders als die vier Staaten räumt die Schweiz der EU und ihrem sicherheits- und verteidigungspolitischen Kooperationsrahmen keinen besonderen Stellenwert ein. Die EU-Mitgliedstaaten sehen ihre Sicherheit hingegen in direktem Zusammenhang mit jener der EU. Dies kommt nicht nur in ihrer Mitarbeit in der GSVP zum Ausdruck, sondern je nach Land auch in Grundlagendokumenten oder Äusserungen offizieller Stellen. So heisst es beispielsweise in Finnland: *«The Union is Finland's most important frame of reference and channel of influence in efforts to respond to most security threats.»*<sup>38</sup>
- In Bezug auf die NATO ergibt sich ein weniger eindeutiges Bild. Finnland und Schweden messen der Atlantischen Allianz grosse strategische Bedeutung für die Sicherheit Europas zu. Etwas weniger Gewicht wird der Militärallianz in Österreich und Irland beigemessen. Die Schweiz begegnet der NATO und deren sicherheitsfördernden Funktion mit einer gewissen – neutralitätspolitisch bedingten – Skepsis.
- Die UNO stellt für alle untersuchten Staaten einen wichtigen sicherheitspolitischen Bezugsrahmen dar. Der Wille, im Rahmen der UNO aktiv zu werden und UNO-Friedensoperationen militärisch zu unterstützen, wird aber in Irland am meisten betont.

### Quellen

Bericht des Bundesrates vom 23. Juni 2010 an die Bundesversammlung über die Sicherheitspolitik der Schweiz

Ett användbart försvar – försvarpolitisk proposition 2008/09: 140. 19. März 2009 (A Functional Defence, Summary of the Bill, 19 March 2009)

Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin, 12. Dezember 2001

Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin. Analyseteil. Bericht an den Nationalrat, verfasst von einer Expertenkommission im Auftrag der Bundesregierung, 23. Januar 2001

Finnish Security and Defence Policy 2009. Government Report

White Paper on Defence, February 2000

Department of Defence and Defence Forces, Strategy Statement 2008-2010

<sup>38</sup> Finnish Security and Defence Policy 2009. Government Report, S. 64.

### 3. Sicherheitspolitische Grundstrategie

Die sicherheitspolitische Grundstrategie eines Staates bewegt sich zwischen autonomer Verteidigung, Kooperation und Mitgliedschaft in einer Militärallianz. Dabei schliessen sich autonome und kooperative Sicherheitsstrategien keineswegs gegenseitig aus. Sie können jedoch je nach innenpolitischer und internationaler Situation mehr oder weniger stark gewichtet werden.

Alle fünf Staaten sprechen sich in ihren Grundlegendendokumenten für eine **Strategie der Kooperation** aus:

- In der Schweiz ist «Sicherheit durch Kooperation» zwar nicht mehr Motto des Sicherheitspolitischen Berichts 2010, wie das noch beim Bericht 2000 der Fall war. Dennoch orientiert sich der Bericht an der Kooperation als Grundstrategie.<sup>39</sup>
- In Finnland hält die Regierung fest: «*Finland's strategic thinking aims at broad European cooperation and integration, which would help eliminate antagonism and prevent security threats.*»<sup>40</sup>
- Irland bekräftigt seinen Willen zur Kooperation durch die starke Gewichtung militärischer Friedensförderung: «*[...] over the last ten years, peace support operations have become the principle raison d'être of our Defence Forces.*»<sup>41</sup>
- Österreich hielt bereits 2001 fest: «Die neuen sicherheitspolitischen Herausforderungen und Risiken sind nicht im Alleingang sondern nur durch internationale solidarische Zusammenarbeit zu bewältigen. Die Sicherheit Österreichs und die der EU sind untrennbar miteinander verbunden. Österreich verwirklicht seine Sicherheitspolitik heute im wesentlichen [sic] im Rahmen der EU.»<sup>42</sup>
- Schweden wiederum hält fest: «*Sweden's security has been built up in solidarity with other countries with shared democratic values. Sweden's security is strengthened through confidence-building measures, joint crisis management operations and active, credible contributions to Nordic, European and global security.*»<sup>43</sup>

Die **Kooperationsmuster** der fünf Staaten unterscheiden sich teilweise hinsichtlich Intensität und Ausrichtung. Das jeweilige Kooperationsverständnis prägt Art und Umfang des sicherheitspolitischen Engagements, international wie national:

- Der schweizerischen Strategie der internationalen Kooperation sind durch innenpolitische Faktoren (direkte Demokratie, weiter Neutralitätsbegriff in Teilen der Bevölkerung) enge Grenzen gesetzt.
- Finnland, Irland, Österreich und Schweden haben sich viel stärker auf internationale Kooperation ausgerichtet, was auch, aber nicht nur, auf ihre EU-Mitgliedschaft zurückzuführen ist.
- Alle fünf Staaten sehen eine enge Zusammenarbeit der Behörden im Inland vor. Explizit hat vor allem die Schweiz die inländische Dimension ihrer Kooperationsstrategie formuliert und im Konzept «Sicherheitsverbund Schweiz» verankert.<sup>44</sup>

39 SIPOL B 2010, S. 5160.

40 Finnish Security and Defence Policy 2009. Government Report, S. 79

41 Rory Montgomery, Political Director, Foreign Ministry of Ireland. Transkription der Stellungnahme vom 27. März 2009. In: Möckli, Daniel (Hrsg.). *Umstrittene Schweizer Sicherheitspolitik. Dokumentation der Hearings zum Bericht 2010*. Zürich: Center for Security Studies 2010 (Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik, Nr. 81), S. 640.

42 Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin 2001.

43 The Government and the Government Offices of Sweden. *A functional defence, Summary of the bill dated 19 March 2009*. 11. Januar 2010. <http://www.sweden.gov.se/content/1/c6/13/77/05/1705333d.pdf>.

44 SIPOL B 2010, S. 5160–5161.

Finnland betont die nationale Dimension ebenfalls: «*In order to prepare for and respond to security threats, Finland must engage in close international and national cooperation as well as develop collaborative mechanisms between different public authorities, the business sector and NGOs.*»<sup>45</sup> In Irland spielte die nationale Kooperationskomponente bis zum Karfreitagsabkommen eine wichtige Rolle. Seither hat sie jedoch an Bedeutung verloren.

Obwohl sich alle Staaten grösstenteils auf dieselben sicherheitspolitischen Foren stützen (UNO, EU, NATO/PfP und OSZE), sind Präferenzen bezüglich des bevorzugten **institutionellen Rahmens** der Kooperation zu erkennen:

- Für die vier EU-Mitgliedstaaten steht die Kooperation im Rahmen der GASP/GSVP im Vordergrund.
- Obwohl sich Irland stark in den sicherheits- und verteidigungspolitischen Institutionen der EU engagiert, nuanciert es diese Position durch den Verweis auf die Vorreiterrolle der UNO in friedensfördernden Missionen.
- Auch wenn alle fünf Staaten an der PfP teilnehmen, ist das Engagement im Kernbereich der militärischen Kooperation bei den vier Staaten um einiges grösser als bei der Schweiz.
- Schweden und Finnland sprechen auch der NATO als Handlungsrahmen für das militärische Krisenmanagement grosse Bedeutung zu. Ihr substantielles Engagement in Afghanistan zielt nicht zuletzt auf die Verbesserung ihrer militärischen Fähigkeiten.
- Eine weitere Besonderheit Schwedens und Finnlands ist ihre wichtige Rolle in der *Nordic Defence Cooperation* (NORDEFECO), in deren Rahmen die sicherheits- und verteidigungspolitische Kooperation mit Dänemark, Island und Norwegen vertieft werden soll. Die Nordische Zusammenarbeit wird aber nicht als Ersatz für eine engere Kooperation im Rahmen von EU und NATO betrachtet.

Zeitpunkte der Beitritte zu internationalen (Sicherheits-)Organisationen			
	UNO	EU	PfP
Schweiz	2002	-	1996
Schweden	1946	1995	1994
Österreich	1955	1995	1995
Finnland	1955	1995	1994
Irland	1955	1973	1999

<sup>45</sup> Finnish Security and Defence Policy 2009. Government Report, S. 76.



Abhängig von ihrer Neutralitätsdefinition während des Kalten Krieges haben die fünf Staaten nach 1989 ihre **Neutralität** teilweise weitgehend zu Gunsten einer Kooperationsstrategie re-dimensioniert:

- Schweden, Finnland und Österreich haben eine neue Kompatibilität zwischen Neutralität und EU-Mitgliedschaft definiert, wie sie Irland seit jeher kannte. In der Folge sind sie der EU beigetreten. Auch in der Schweiz gilt seit dem Aussenpolitischen Bericht 93 konzeptionell eine Vereinbarkeit zwischen Neutralität und EU-Mitgliedschaft. Innenpolitisch bleibt diese Neuinterpretation der Neutralität jedoch umstritten.
- Alle fünf Staaten haben in ihren Grundlagendokumenten nach 1989 die Kompatibilität zwischen Neutralität und sicherheitspolitischer Kooperation jenseits der Mitgliedschaft in einer Militärallianz betont. Vor allem Schweden, Finnland und Österreich unterstreichen dies, indem sie sich zuweilen als allianzfrei statt neutral bezeichnen:
  - Schweden hat die Neutralität auf die militärische Allianzfreiheit in Friedenszeiten und zur Möglichkeit in Kriegszeiten reduziert.
  - Finnland definiert seine Neutralität als eine unabhängige Verteidigung und militärische Allianzfreiheit.
  - Auch Österreich bezeichnet sich heute als allianzfrei. Wien ist der EU ohne Neutralitäts-Vorbehalt beigetreten.
  - Irland sieht sich als militärisch neutral, das heisst bündnisfrei. Die irische Verfassung untersagt eine Beteiligung an einer allfälligen gemeinsamen Verteidigung im Rahmen der EU.
  - Die Schweiz bezeichnet sich weiterhin als neutral. Der Begriff der Allianzfreiheit findet sich in den schweizerischen Grundlagendokumenten nicht. Zudem bleibt die Kompatibilität zwischen Neutralität und sicherheitspolitischer Kooperation innenpolitisch umstritten.

Die **Beistandsklausel im Vertrag von Lissabon**, deren Tragweite umstritten ist und die von vielen Mitgliedstaaten mehr als politisches Symbol denn als sicherheitspolitische Verpflichtung verstanden wird, interpretieren die vier EU-Staaten unterschiedlich:

- Die schwedische Regierung interpretiert die Beistandsklausel explizit verteidigungspolitisch. Zudem hat sie den Nicht-EU-Mitgliedern Norwegen und Island Beistand zugesichert.
- Auch die finnische Regierung geht davon aus, dass Finnland im Konfliktfall militärische Unterstützung gewähren und erhalten würde. Eine offizielle Stellungnahme zur Beistandspflicht steht jedoch aus.<sup>46</sup>
- Auch Österreich hat sich bisher nicht offiziell zur Beistandsklausel geäußert.
- Gleichwohl haben alle vier EU-Mitgliedstaaten darauf hingearbeitet, die Beistandsklausel um die sogenannte «irische Klausel» zu ergänzen und sie für die bündnisfreien Staaten zu relativieren.<sup>47</sup> Die «irische Klausel» besagt: «Dies [die Beistandspflicht] lässt den besonderen Charakter der Sicherheits- und Verteidigungspolitik

<sup>46</sup> Dazu Tiilikainen, Teija. *The Mutual Assistance Obligation in the European Union's Treaty of Lisbon*. Helsinki: Ministry for Foreign Affairs of Finland 2008, S. 39. <http://formin.finland.fi/public/download.aspx?ID=31019&GUID={CBE72111-E266-4B99-AE82-155E57BBD337}>.

<sup>47</sup> Vgl. Munro, Emily (Hrsg.). *Challenges to Neutral & Non-Aligned Countries in Europe and Beyond. Proceedings from a Roundtable on Neutrality held in Geneva, 15 November 2004*. Genf: Geneva Centre for Security Policy 2005, S. 20.

gewisser Staaten unberührt.»<sup>48</sup> Irland hat sich von seinen europäischen Partnern entsprechende Zusagen erbeten.<sup>49</sup> Aufgrund dessen fühlt sich die irische Regierung nicht an die Beistandspflicht gebunden. In einer einseitigen Erklärung anlässlich des Europäischen Rates vom 18./19. Juni 2009 hielt sie fest: «Entsprechend seiner traditionellen Politik der militärischen Neutralität ist Irland nicht durch eine gegenseitige Beistandspflicht gebunden.»<sup>50</sup> Finnland, Schweden und Österreich können sich gegebenenfalls auch auf die «irische Klausel» berufen.

Derzeit steht keiner der Staaten unmittelbar vor einem NATO-Beitritt. Nicht bei allen sind die **Positionen zur Atlantischen Allianz** jedoch eindeutig:

- In der Schweiz, Schweden und Irland steht eine NATO-Mitgliedschaft nicht zur Diskussion.
- In der österreichischen Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin von 2001 wird ein Beitritt zur Militärallianz zwar nicht angestrebt, doch wird er auch nicht ausgeschlossen. Auf Wunsch der Sozialdemokraten (SPÖ) soll diese Möglichkeit jedoch aus der neuen Doktrin gestrichen werden.
- Anders verhält es sich in Finnland, wo der Regierungsbericht von 2009 feststellt, dass es gute Gründe gäbe, eine NATO-Mitgliedschaft in Betracht zu ziehen – dies trotz einer grösstenteils der Bündnisfreiheit verpflichteten Bevölkerung und der Befürchtung, via NATO in einen Konflikt mit Russland hineingezogen werden zu können.

## Quellen

Bericht des Bundesrates vom 23. Juni 2010 an die Bundesversammlung über die Sicherheitspolitik der Schweiz

Ett användbart försvar – försvarspolitisk proposition 2008/09: 140.19. 19. März 2009 (A Functional Defence, Summary of the Bill, 19 March 2009)

Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin, 12. Dezember 2001

Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin. Analyseteil. Bericht an den Nationalrat, verfasst von einer Expertenkommission im Auftrag der Bundesregierung, 23. Januar 2001

Finnish Security and Defence Policy 2009. Government Report

White Paper on Defence, February 2000

48 Art. 42 (7) EU-Vertrag. <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:C:2010:083:0013:0046:DE:PDF>

49 Vgl. Europäischer Rat. *Beschluss der im Europäischen Rat vereinigten Staats- und Regierungschefs der 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union zu den Anliegen der irischen Bevölkerung bezüglich des Vertrags von Lissabon, Abschnitt C «Sicherheit und Verteidigung», im Anhang der Schlussfolgerungen des Vorsitzes zur Tagung des Europäischen Rates vom 18./19. Juni 2009.* [http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/de/ec/108654.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/108654.pdf).

50 Europäischer Rat. *Nationale Erklärung Irlands im Anhang der Schlussfolgerungen des Vorsitzes zur Tagung des Europäischen Rates vom 18./19. Juni 2009.* [http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/de/ec/108654.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/108654.pdf).

## 4. Armeeaufgaben

Die Aufgaben der untersuchten Streitkräfte sind im Wesentlichen identisch. Sie bestehen aus der Landesverteidigung, der Unterstützung ziviler Behörden in Krisen- und Katastrophenfällen sowie der Friedensförderung beziehungsweise dem militärischen Krisenmanagement.

Der **Begriff der Verteidigung** findet in den Grundlegendokumenten unterschiedliche Verwendung:

- Einerseits wird darunter die Abwehr eines militärischen Angriffs oder einer militärischen Bedrohung im Sinne der klassischen Landesverteidigung respektive Territorialverteidigung verstanden.<sup>51</sup>
- Andererseits wird der Begriff zunehmend auch auf andere Aufgaben ausgeweitet. Stabilisierungsaufgaben jenseits der Landesgrenzen werden dabei als integraler Bestandteil der Verteidigung wahrgenommen.

Die Aufgaben der Streitkräfte werden in den Grundlegendokumenten kaum gewichtet. In der Praxis und auf der Basis von Aussagen wichtiger Regierungsmitglieder oder hoher Militärs lassen sich jedoch unterschiedliche **Gewichtungen** feststellen.

In der Schweiz sind die Aufgaben im Innern von besonderer Bedeutung:

- Auch wenn die Aufwendungen für die militärische Verteidigung seit dem Ende des Kalten Krieges deutlich reduziert wurden, wird diese vom Sicherheitspolitischen Bericht 2010 weiterhin als die «entscheidende Aufgabe» der Armee benannt.<sup>52</sup>
- Die Unterstützung der zivilen Behörden wird zunehmend stark gewichtet. Im Sicherheitspolitischen Bericht 2010 wird die nationale Kooperation im Rahmen des «Sicherheitsverbunds Schweiz» betont.
- Obwohl die Friedensförderung zu den Aufgaben der Schweizer Armee gehört, kommt ihr in der Praxis weniger Gewicht zu, als dies bei den anderen vier Staaten der Fall ist. Gemäss Armeebereich 2010 soll der Schweizer Beitrag an die Friedensförderung allerdings erhöht werden.

Für Schweden ist die Friedensförderung von zentraler Bedeutung.

- Obwohl die Landesverteidigung nach wie vor zu den Hauptaufgaben der Streitkräfte gehört, steht die Friedensförderung heute im Vordergrund. Allerdings verzichtet Schweden auf eine strikte Unterscheidung zwischen Territorialverteidigung und Auslandseinsätzen.<sup>53</sup>
- Den Aufgaben im Inland, wie zum Beispiel dem Schutz der Bevölkerung und der Infrastruktur, kommt in Schweden eine eher nachgeordnete Bedeutung zu.

51 In den nachfolgenden Ausführungen wird der Begriff in diesem Sinne verwendet.

52 SIPOL B 2010, S. 5135.

53 Swedish Armed Forces. *The Pocket Guide to the Swedish Armed Forces 2009*. 2009, S. 5. <http://www.forsvarsmakten.se/upload/dokumentfiler/publikationer/swedish-armed-forces-2009.pdf>. (Entspricht: Regeringen och Regeringskansliet. *Ett användbart försvar - försvarspolitisk proposition 2008/09:140*. 19. März 2009, S. 36. <http://www.regeringen.se/content/1/c6/12/29/57/853ca644.pdf>).

Auch in Österreich steht die Friedensförderung im Vordergrund:

- Obwohl die militärische Verteidigungsfähigkeit im Bundes-Verfassungsgesetz und Wehrgesetz als erste Aufgabe aufgeführt wird, ist sie heute in der Praxis den anderen Aufgaben nachgelagert.<sup>54</sup>
- Neben der Friedensförderung sind auch die Katastrophenhilfe sowie die Unterstützung der zivilen Behörden von Bedeutung.

Finnland bildet eine Ausnahme, indem es sowohl die Friedensförderung als auch die Territorialverteidigung stark gewichtet:

- Eine umfassende Territorialverteidigung ist nach wie vor die wichtigste Aufgabe (*«main task»*)<sup>55</sup> der Streitkräfte.
- Die internationale Kooperation und die Teilnahme an friedensfördernden Operationen sind für Helsinki von grosser Bedeutung.
- Die Inlandaufgaben der Streitkräfte sind ebenfalls von Bedeutung und klar definiert. In der Praxis sind sie aber der Territorialverteidigung und den Auslandseinsätzen eher nachgelagert.

In Irland lässt sich eine Schwerpunktverlagerung von Unterstützungsaufgaben im Innern zu Friedensförderungseinsätzen im Ausland erkennen:

- Offiziell gehört die Landesverteidigung zwar zu den Hauptaufgaben, in der Praxis stand sie aber wegen Irlands geostrategischer Situation kaum je im Vordergrund.
- Die Unterstützung der Polizei war in der Praxis traditionell die Hauptaufgabe der Streitkräfte. Seit dem Karfreitagsabkommen von 1998 hat diese Aufgabe aber an Bedeutung verloren. Sie hat jedoch nach wie vor einen höheren Stellenwert als die Landesverteidigung.
- Die Teilnahme an friedensfördernden Operationen steht heute als Aufgabe der irischen Streitkräfte eindeutig im Vordergrund.

**Zusammenfassend** lässt sich zu den nationalen Prioritäten heute festhalten:

- Schweden, Finnland, Österreich und Irland messen der Friedensförderung hohe Bedeutung bei.
- Finnland betont parallel dazu auch die Territorialverteidigung stark.
- Die Schweiz setzt einen Schwerpunkt im Innern, wobei neben der Verteidigungsaufgabe der Unterstützung der zivilen Behörden zentrale Bedeutung zukommt. Künftig will der Bundesrat der Friedensförderung allerdings grösseres Gewicht beimessen.

## Quellen

Bericht des Bundesrates vom 23. Juni 2010 an die Bundesversammlung über die Sicherheitspolitik der Schweiz

<sup>54</sup> «Hauptaufgaben für das ÖBH sind unbestritten: Nationale (und internationale) Katastrophenhilfe; Internationale Krisenmanagementoperationen; Unterstützung der zivilen Behörden im Wege der Assistenzleistung. Die territoriale Landesverteidigung ist deutlich nachgeordnet.» Generalmajor Mag. Johann Pucher, Chef der Direktion für Sicherheitspolitik, BM für Landesverteidigung, Wien. Transkription der Stellungnahme vom 24. April 2009. In: Möckli, Daniel (Hrsg.). *Umstrittene Schweizer Sicherheitspolitik. Dokumentation der Hearings zum Bericht 2010*. Zürich: Center for Security Studies, 2010 (Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik, Nr. 81), S. 707.

<sup>55</sup> Finnish Security and Defence Policy 2009. Government Report, S. 64.

Armeebericht 2010 vom 1. Oktober 2010

Ett användbart försvar – försvarspolitisk proposition 2008/09: 140.19. 19. März 2009

(A Functional Defence, Summary of the Bill, 19 March 2009)

The Pocket Guide to the Swedish Armed Forces 2009

Finnish Security and Defence Policy 2009. Government Report

White Paper on Defence, February 2000

## 5. Wehr-, Ausbildungs- und Dienstleistungsmodelle

Die **Wehrmodelle** der untersuchten Staaten lassen sich in zwei Gruppen unterteilen:

- In der Schweiz, Österreich und Finnland gilt die allgemeine Wehrpflicht.
- Schweden hat die Wehrpflicht am 1. Juli 2010 für Friedenszeiten ausgesetzt. Irland kennt keine Wehrpflicht.

Wehrpflicht	
Wehrpflichtarmeen	Freiwilligenarmeen
Schweiz	Schweden
Österreich	Irland
Finnland	

Die **Ausbildungs- und Dienstleistungsmodelle** der Staaten, in denen die Wehrpflicht gilt, gestalten sich teilweise unterschiedlich:

- In Finnland und Österreich erfolgen der Militärdienst, respektive der Ausbildungsdienst, an einem Stück.
- Die Schweiz hingegen hat ein Milizmodell, in welchem der Dienst in zwei Stufen geleistet wird: Auf die Grundausbildung folgt der Fortbildungsdienst mit jährlichen Wiederholungskursen.
- Das Schweizer Milizprinzip ist durch die Ausbildungsdienstleistung in regelmässigen Wiederholungskursen der im Berufsleben stehenden Armeeingehörigen und Offiziere gekennzeichnet. Eine Ausnahme stellen die sogenannten Durchdiener dar, die ihre Ausbildungspflicht an einem Stück leisten. Die Zahl der Durchdiener ist derzeit auf maximal 15 Prozent eines Rekrutenjahrgangs beschränkt. Gemäss Armeebericht 2010 wird eine Erhöhung dieses Anteils auf 30 Prozent geprüft.
- Das österreichische Bundesheer hat ebenfalls eine Milizkomponente. Die Übernahme einer Milizfunktion erfolgt grundsätzlich aufgrund freiwilliger Meldungen. Wehrpflichtige im Milizstand sind Teil der Einsatzorganisation des Bundesheeres. Die Gesamtdauer der Milizübungen beträgt für Soldaten 30 Tage.

Die Militärdienstpflicht ist in den drei Staaten, in denen die Wehrpflicht gilt, von **unterschiedlicher Dauer**:

- Schweizer Soldaten leisten 262 beziehungsweise 300 (Durchdiener) Dienstage. Gemäss Armeebericht 2010 wird eine Reduktion der Dienstage geprüft.
- In Österreich und Finnland beläuft sich die Militärdienstpflicht für Soldaten auf 180 Tage.
- Nach vollständiger Leistung der Militärdienstpflicht werden Wehrpflichtige in der Schweiz, Finnland und Österreich in die Reserve eingeteilt.
- Gemäss Armeebericht 2010 soll die Reserve in der Schweiz aufgelöst werden.
- Finnische und österreichische Wehrpflichtige (Soldaten) gehören der Reserve bis zum 50. Lebensjahr an. Finnische Reservisten im Soldatenrang haben an 40 Tagen an einer Reservistenschulung teilzunehmen.

Neben den Wehrpflichtigen gehören den Streitkräften der Schweiz, Finnlands und Österreichs auch freiwillig rekrutierte Berufs- und Zeitmilitärs an (siehe Kapitel 6).

## *Quellen*

Bundesgesetz vom 3. Februar 1995 über die Armee und die Militärverwaltung (Militärgesetz, MG)

Verordnung vom 19. November 2003 über die Militärdienstpflicht

Armeebericht 2010 vom 1. Oktober 2010

Wehrgesetz 2001

Conscription Act, 28. Dezember 2007

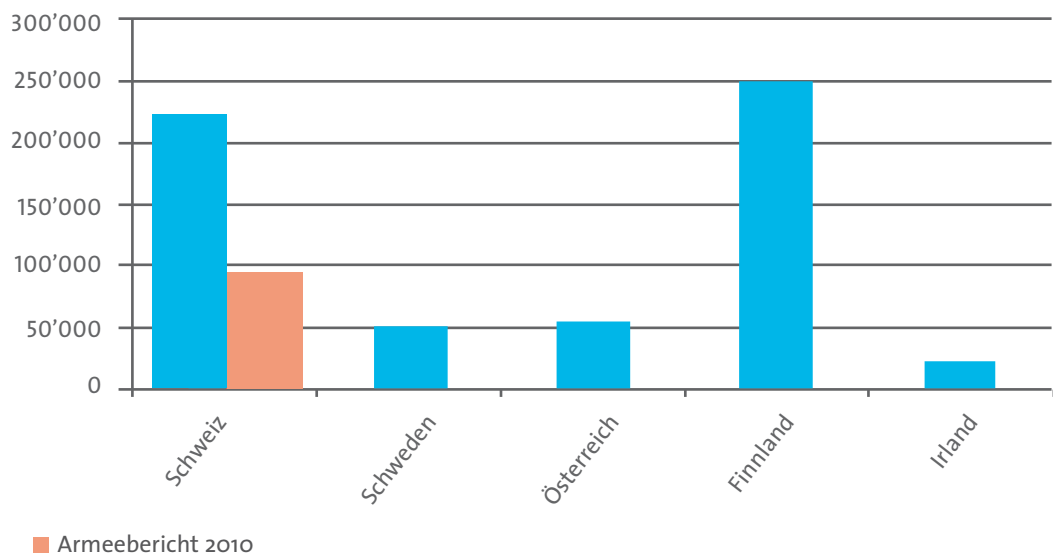
## 6. Personelle Ressourcen

Die **Vergleichbarkeit** der untersuchten Streitkräfte ist begrenzt. Dies trifft besonders auf Angaben zu den Wehrpflichtarmeen der Schweiz, Finnlands und Österreichs zu. Im Vergleich schwierig zu bestimmen sind insbesondere der Aktivbestand der Streitkräfte sowie der Charakter der Reserve und deren tatsächlich einsatzfähigen Teile. Auf einen Vergleich der Reserven wird aufgrund der sehr unterschiedlichen Definitionen verzichtet.<sup>56</sup>

Der **Gesamtbestand** der Streitkräfte (gemäss Zielgrösse) erweist sich als sehr unterschiedlich:

- Finnland und die Schweiz verfügen über die grössten Streitkräfte der untersuchten Staaten mit 250'000 beziehungsweise 220'000 Angehörigen. Gemäss Armeebericht 2010 soll die Schweizer Armee allerdings auf einen Bestand von 96'000 reduziert werden. Die Reserve von heute 80'000 Angehörigen entfällt dabei vollständig.
- Das österreichische Bundesheer weist als Gesamtbestand eine Mobilmachungsstärke von 55'000 Angehörigen aus. Zusätzlich vorhandene Reserven werden in der Regel nicht mehr einberechnet.
- Irland verfügt über weniger als 22'500 Armeeingehörige.
- Schweden wird die Streitkräfte im Rahmen der Umstellung auf eine Freiwilligenarmee auf 50'000 Angehörige reduzieren.

Gesamtbestand der Streitkräfte (gemäss Zielgrösse)



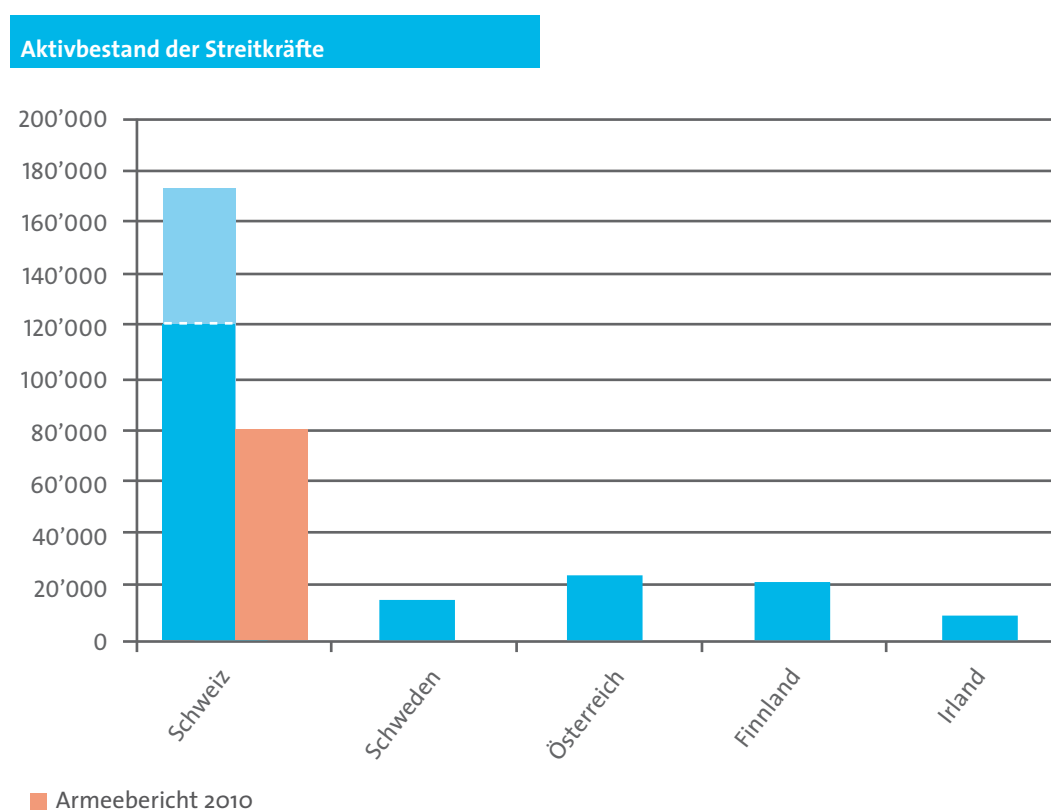
Quelle: Strategiedokumente

<sup>56</sup> In der Schweiz zählen die Armeeingehörigen im Fortbildungsdienst (WK-Soldaten) zum Aktivbestand der Armee, obgleich sie allenfalls während drei Wochen pro Jahr Dienst leisten. Finnische Wehrpflichtige, die nach der Grundausbildung während 40 Tagen (entspricht grob zwei schweizerischen Wiederholungskursen) an einer Reservistenschulung teilnehmen müssen, zählen zur Reserve. Angehörige des österreichischen Milizstands nehmen für eine Gesamtdauer von 30 Tagen an Milizübungen teil. In Finnland und Österreich verbleiben Soldaten bis zum Ende des 50. Lebensjahres in der Reserve. In der Schweiz gehören Wehrpflichtige nominell vom Ende des 30. bis zum Ende des 34. Lebensjahres der Reserve an, die keine Ausbildungs- oder Übungspflicht kennt.



In Bezug auf den **Aktivbestand** unterscheidet sich die Schweiz von den vier anderen Staaten markant:

- Als Milizarmee zählt die Schweiz die Armeeangehörigen im Fortbildungsdienst (WK) ebenfalls zum Aktivbestand. Nominell kommt sie damit auf 120'000 Aktive (sowie etwa 20'000 Rekruten). In der Praxis liegt der Bestand von Aktiven bei 174'000, was insbesondere auf das häufige Verschieben von Militärdienstleistungen zurückzuführen ist. Durchschnittlich sind dabei rund 17'500 Armeeangehörige einsatzfähig. In internationalen Bestandsaufnahmen wird der Aktivbestand der Schweiz auf 22'000 beziffert. Dies entspricht in etwa der Zahl der Rekruten, Durchdiener sowie Berufs- und Zeitmilitärs. Gemäss Armeebereich 2010 wird künftig ein Aktivbestand von 80'000 (sowie etwa 16'000 Rekruten) angestrebt.
- Von den anderen Staaten verfügen Österreich (rund 25'000) und Finnland (rund 22'500) über den grössten Aktivbestand, gefolgt von Schweden (rund 15'500) und Irland (rund 10'000).

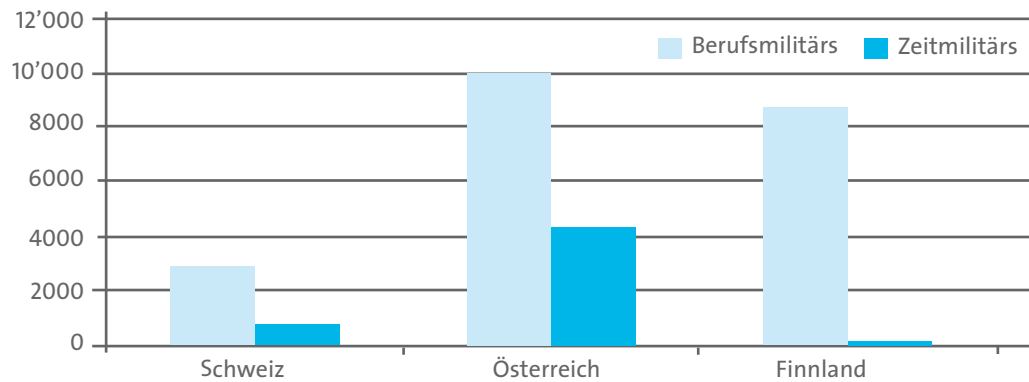


Quelle: Angaben Verteidigungsministerien auf Anfrage CSS.

Die Zahlen der **Berufs- und Zeitmilitärs** bei den drei Wehrpflichtarmeen variieren ebenfalls stark:

- Österreich und Finnland haben wesentlich mehr Berufsmilitärs (ca. 10'000 respektive 9000) als die Schweiz (ca. 3000, davon ca. 750 Fachberufsmilitärs, die vorwiegend für die militärische Sicherheit eingesetzt werden).
- Österreich und Finnland haben damit fast gleich viele Berufsmilitärs, wie die irische Freiwilligenarmee über Aktive verfügt (ca. 10'000).
- Österreich hat wesentlich mehr Zeitmilitärs (4300) als Finnland (160) und die Schweiz (750).

### Berufsmilitärs und Zeitmilitärs

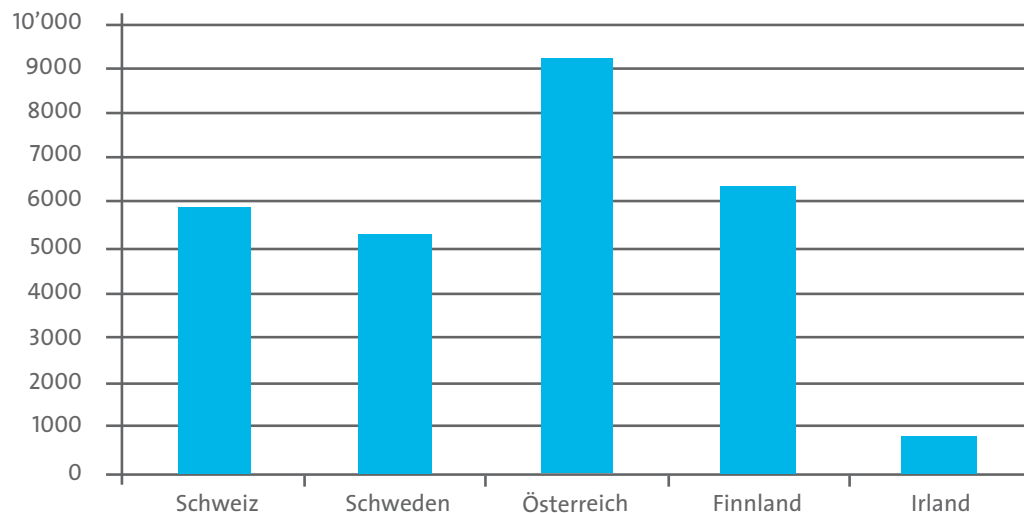


Quelle: Angaben Verteidigungsministerien auf Anfrage CSS.

In Bezug auf **ziviles Personal** unterscheidet sich vor allem Irland von den anderen vier Staaten:

- Irland verfügt mit ungefähr 800 Mitarbeitenden über den deutlich geringsten Bestand an zivilem Personal.
- Finnland und die Schweiz verfügen mit je etwa 6000 zivilen Personen über vergleichbare Bestände.
- Österreich hat mit 9200 zivilen Mitarbeitenden den grössten diesbezüglichen Bestand.
- Die schwedischen Streitkräfte werden von rund 5300 zivilen Mitarbeitenden unterstützt.

### Ziviles Personal



Quelle: Angaben Verteidigungsministerien auf Anfrage CSS.

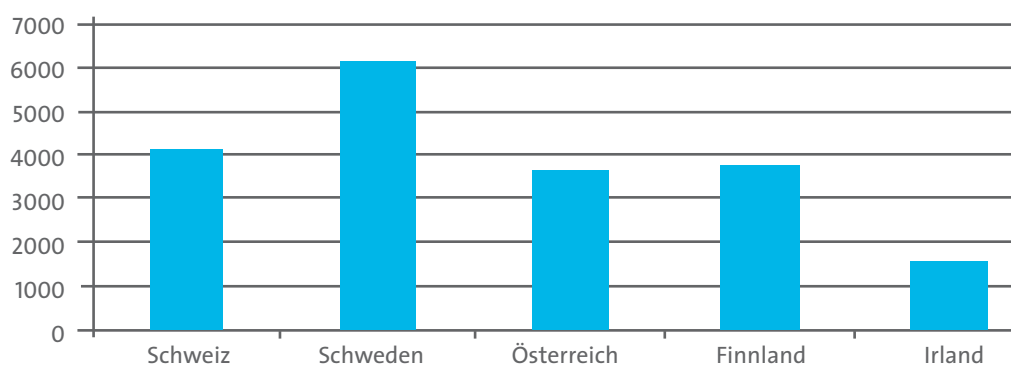
## 7. Finanzielle Ressourcen

Angaben zu den finanziellen Rahmenbedingungen für die untersuchten Streitkräfte können nur begrenzt verglichen werden, da die Erhebungskriterien variieren oder nicht transparent sind. Trends sind dennoch erkennbar. Zur besseren Abstützung werden mehrere Datensätze verwendet.

In absoluten Zahlen lassen sich bezüglich der **Verteidigungsausgaben im Jahr 2009** drei Gruppen erkennen:

- Schweden hat mit ca. US\$ 6 Mrd. die höchsten Verteidigungsausgaben.
- Danach folgen die Schweiz (ca. US\$ 4.1 Mrd.), Finnland (ca. US\$ 3.7 Mrd.) und Österreich (ca. US\$ 3.6 Mrd.).
- Irland gibt mit ca. US\$ 1.6 Mrd. am wenigsten für seine Verteidigung aus.

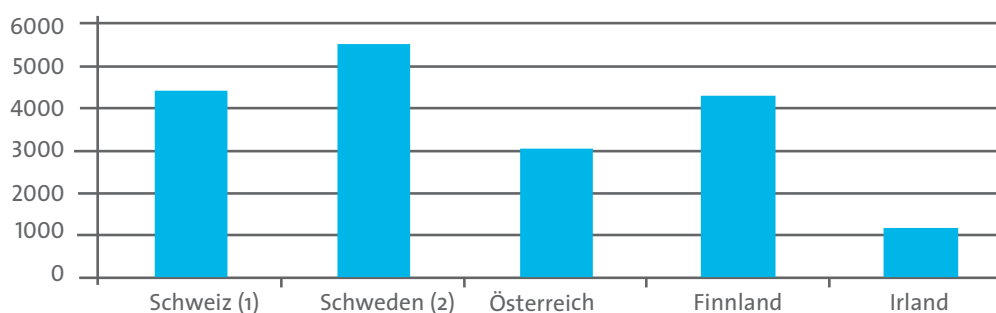
Verteidigungsausgaben 2009 gemäss SIPRI, in Mio. US\$



Quelle: SIPRI Military Expenditure Database.

Nimmt man die aktuellen Angaben der nationalen Verteidigungsministerien, so fallen die Verteidigungsausgaben Österreichs proportional tiefer aus.

Verteidigungsausgaben 2009 gemäss Verteidigungsministerien, in Mio. CHF\*



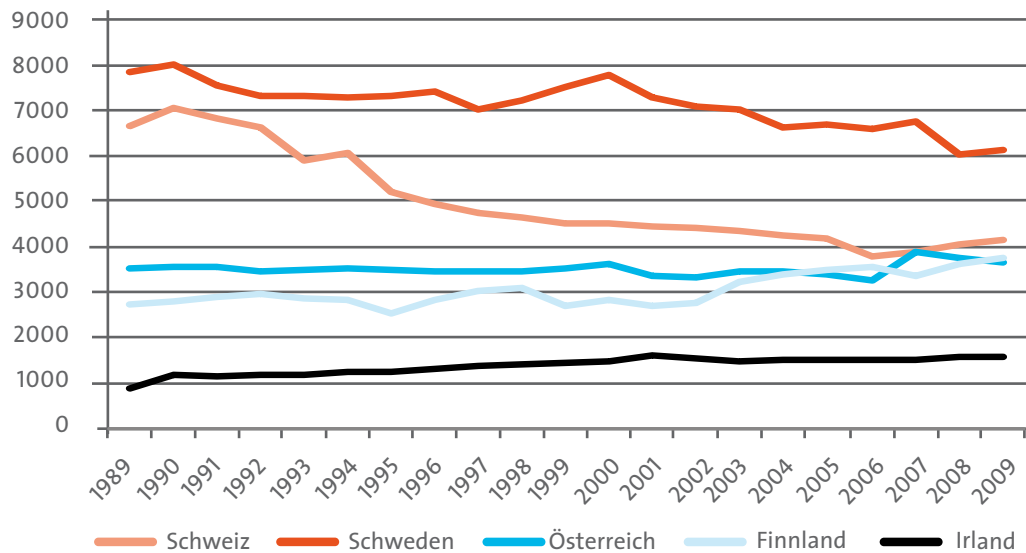
\* Auskünfte auf Anfrage CSS (Ausnahme Schweden). Durchschnittlicher Wechselkurs 2009 CHF/EURO 0.6622 gemäss Europäischer Zentralbank; Durchschnittlicher Wechselkurs 2009 CHF/SEK 7.04187 gemäss [www.oanda.com](http://www.oanda.com).

- (1) Ausgaben «Militärische Landesverteidigung» (CHF 4.41 Mrd.). Nimmt man die finanzierungswirksamen Ausgaben Verteidigungsbereich und armasuisse Immobilien als Berechnungsgrundlage, so ergibt sich für das Jahr 2009 ein Betrag von CHF 4.26 Mrd.
- (2) Prognose entnommen von The Pocket Guide to the Swedish Armed Forces 2009, S. 53.

Die **Entwicklung der Verteidigungsausgaben von 1989 bis 2009** ergibt folgendes Bild:

- In der Schweiz und in Schweden haben die Ausgaben markant abgenommen.
- In Österreich, Finnland und Irland haben die Ausgaben zugenommen, wobei der Anstieg in Finnland am grössten ist.

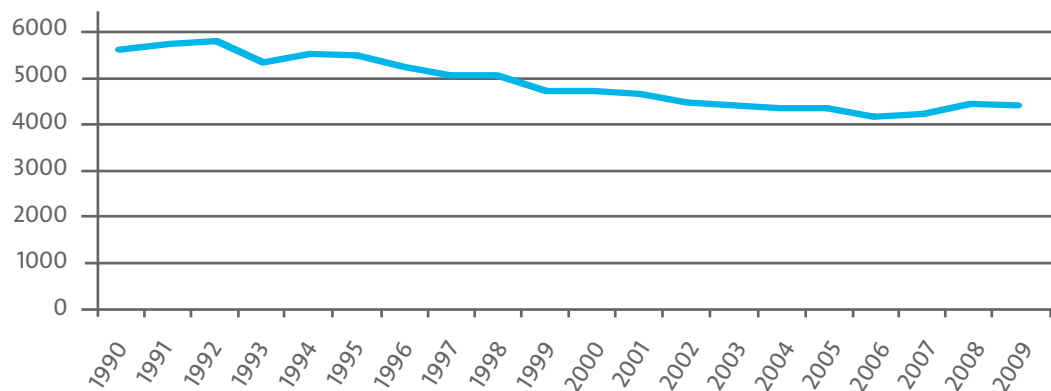
Verteidigungsausgaben 1989-2009 gemäss SIPRI, in Mio. US\$



Quelle: SIPRI Military Expenditure Database.

Verwendet man die Daten des VBS, so haben sich die Verteidigungsausgaben der Schweiz seit 1990 folgendermassen entwickelt:

Verteidigungsausgaben Schweiz 1990-2009 gemäss Angaben VBS, in Mio. CHF

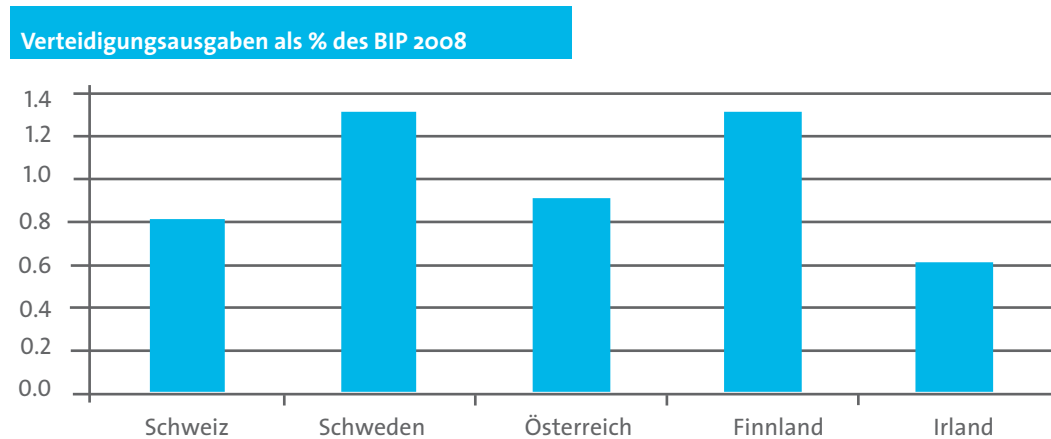


Quelle: VBS

Das im Armebericht skizzierte Grundmodell sieht einen Ausgabenplafond von 4.4 Mrd. Franken (plus Teuerung) vor.

Der **Anteil der Verteidigungsausgaben am BIP** lässt für das Jahr **2008** (aktuellere Zahlen sind noch nicht erhältlich, Angaben SIPRI) folgende Aussagen zu:

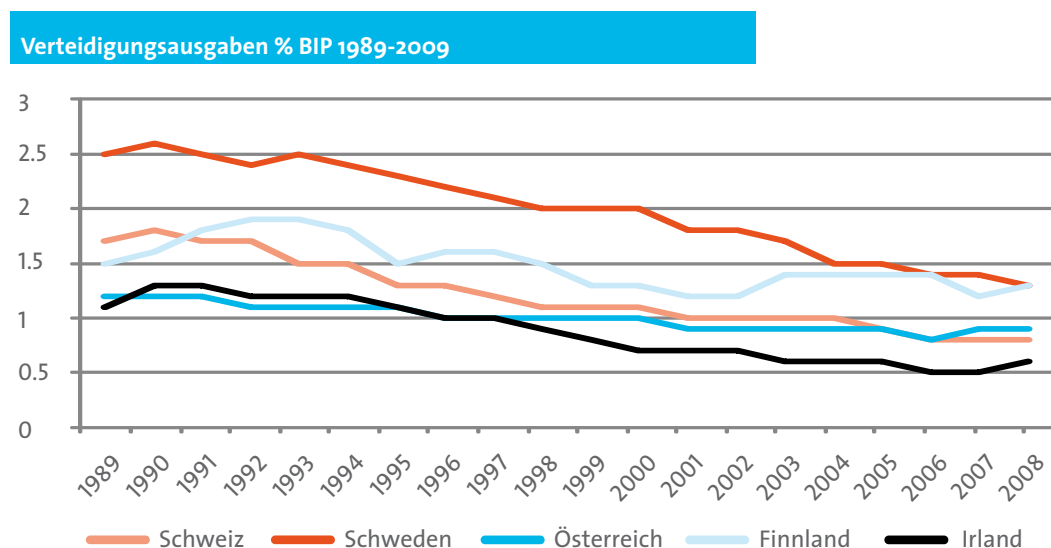
- Schweden und Finnland geben mit etwa 1.3% prozentual am meisten für die Verteidigung aus.
- Österreich und die Schweiz liegen mit 0.9% respektive 0.8% in der Mitte der untersuchten Staaten.
- Irland gibt mit 0.6% prozentual am wenigsten für die Verteidigung aus.



Quellen: SIPRI Military Expenditure Database.

Die Entwicklung des **Anteils der Verteidigungsausgaben am BIP von 1989 bis 2008** ergibt folgendes Bild:

- In der Schweiz (-0.9) und in Schweden (-1.2) hat der Anteil markant abgenommen.
- In Irland (-0.5) ist die Abnahme vor dem Hintergrund des eher kleinen BIP-Anteils 1989 (1.1%) ebenfalls beträchtlich.
- In Österreich (-0.3) und Finnland (-0.2) hat der Anteil nur geringfügig abgenommen.



Quelle: SIPRI Military Expenditure Database.

## 8. Teilnahme an der militärischen Friedensförderung

Der Einsatz von Armeeinghörigen im Rahmen von Friedensförderungs- respektive Krisenmanagementoperationen erfordert politisch in allen untersuchten Staaten eine **Mandatierung durch die UNO**. In einigen Staaten ist das Vorliegen eines UNO-Mandats auch gesetzlich festgeschrieben. Rechtlich wird dabei nicht immer zwischen *peace-keeping* und *peace-making* beziehungsweise *peace-enforcement* unterschieden. Einige Staaten sehen Ausnahmefälle für Einsätze ohne UNO-Mandat vor.

Im Einzelnen handelt es sich um folgende Bestimmungen betreffend eines völkerrechtlichen Mandats:

- Schweiz: Mandat der UNO oder der OSZE.
- Finnland: Mandat des UNO-Sicherheitsrates. In Ausnahmefällen ist eine Teilnahme im Sinne der UNO-Charta und des Völkerrechts auch ohne UNO-Mandat möglich.
- Irland: Autorisierung durch den UNO-Sicherheitsrat oder die UNO-Generalversammlung.
- Österreich: Ein explizites Mandat der UNO wird gesetzlich nicht verlangt. Einsätze erfolgen im Rahmen einer internationalen Organisation respektive in Durchführung von EU-Beschlüssen im Rahmen der GASP, wobei auf die völkerrechtlichen Verpflichtungen, die Grundsätze der UNO-Charta, die Schlussakte von Helsinki und die GASP aufgrund des Titels V des EU-Vertrags Bedacht zu nehmen ist. Politisch wird die Bedeutung eines UNO-Mandats betont.
- Schweden: Die Teilnahme an *peace-support operations* setzt grundsätzlich ein Mandat des UNO-Sicherheitsrates voraus. Für die Teilnahme an *peace-enforcement operations* muss immer ein Mandat des UNO-Sicherheitsrates gesucht werden. Ziel ist, auch für *peace-keeping operations* klare Unterstützung durch den Sicherheitsrat zu haben. Für Krisen, in denen der Grundsatz *Responsibility to Protect* angewandt werden kann, behält sich Schweden vor, die Situation eingedenk völkerrechtlicher, politischer und humanitärer Kriterien zu beurteilen.

Die Schweiz hat die Beteiligung an Kampfhandlungen zur Friedenserzwingung als einziger Staat unabhängig von einer Mandatierung durch die UNO ausgeschlossen.

In allen Staaten verlangt die Entsendung von Angehörigen der Streitkräfte ins Ausland die Zustimmung oder die Anhörung des **Parlaments**:

- Schweiz: Bei einem bewaffneten Auslandseinsatz mit weniger als 100 Armeeinghörigen werden die verantwortlichen Parlamentskommissionen vorgängig konsultiert. Werden für einen bewaffneten Einsatz mehr als 100 Armeeinghörige eingesetzt oder dauert dieser länger als drei Wochen, hat die Bundesversammlung den Einsatz – gegebenenfalls auch nachträglich – zu genehmigen.
- Finnland: Der Präsident befindet über eine Teilnahme auf Vorschlag der Regierung nach Konsultation des Auswärtigen Ausschusses. Bei einer Teilnahme an einer besonders anspruchsvollen Operation oder ohne UNO-Mandat hat die Regierung beim Einsatz von mehr als zehn Soldaten das Parlament, bei einer geringeren Zahl den Auswärtigen Ausschuss zu konsultieren. Der verantwortliche Parlamentsausschuss ist ebenfalls zu konsultieren, wenn die Zielsetzung einer Operation in deren Verlauf substantiell geändert wird. Bevor die Regierung dem Präsidenten

vorschlägt, Einheiten auf *standby* zu stellen, hat sie das Parlament zu konsultieren. Vor dem eigentlichen Einsatz der *standby*-Einheiten ist der Auswärtige Ausschuss zu konsultieren.

- Irland: Ein Einsatz setzt die Zustimmung von Regierung und Parlament voraus. Einschliesslich der Autorisierung durch die UNO resultiert daraus ein dreistufiger Entscheidungsprozess, *triple lock* genannt.<sup>57</sup> Eine Entsendung ins Ausland als Teil einer *standby force* erfolgt auf Regierungsbeschluss. Der eigentliche Einsatz bedarf dennoch der Zustimmung des Parlaments und einer Autorisierung durch die UNO.
- Österreich: Einen Auslandseinsatz beschliesst die Bundesregierung im Einvernehmen mit dem Hauptausschuss des Nationalrats.
- Schweden: Teile der Streitkräfte werden auf Beschluss der Regierung mit Zustimmung des Parlaments im Ausland eingesetzt, wenn eine solche Aktion gesetzlich vorgesehen ist und aus einer völkerrechtlichen Verpflichtung resultiert.

Die Frage der **Freiwilligkeit** respektive Verpflichtung zur Teilnahme an Friedensmissionen wird unterschiedlich geregelt:

- Für Wehrpflichtige in der Schweiz, Finnland und Österreich erfolgt die Teilnahme an einem Einsatz freiwillig.
- Die Angehörigen der Freiwilligenarmeen in Irland und Schweden sind zu Auslandseinsätzen verpflichtet.
- In Österreich besteht für Kaderpräsenzeinheiten, für die man sich freiwillig meldet, eine Auslandseinsatzverpflichtung.<sup>58</sup>
- Für Schweizer Berufsmilitärs ist eine Teilnahme an Auslandseinsätzen freiwillig. Gemäss Armeebericht 2010 soll die Teilnahme an Einsätzen ein integraler Bestandteil der Laufbahn werden.

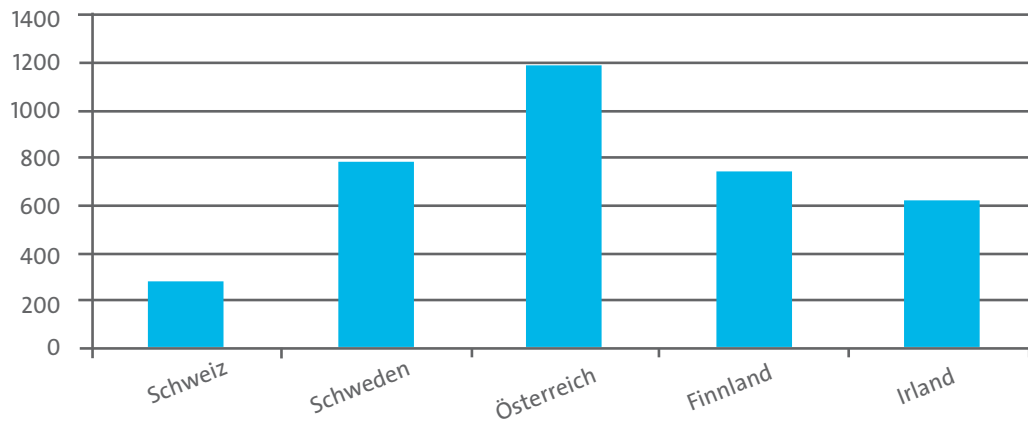
In Bezug auf die **quantitative Beteiligung** an der Friedensförderung lassen die Durchschnittswerte der nationalen Entsendungen der Jahre 2006 bis 2010 drei Gruppen von Staaten erkennen.

- Österreich hat deutlich am meisten Angehörige der Armee entsandt (durchschnittlich etwa 1200).
- Finnland, Irland und Schweden bilden eine mittlere Gruppe mit durchschnittlich 600 bis 800 entsandten Armeeangehörigen.
- Die Schweiz hat bisher am wenigsten Armeeangehörige entsandt (durchschnittlich etwa 270).

57 Zusammengefasst in *Europäischer Rat. Nationale Erklärung Irlands im Anhang zu den Schlussfolgerungen des Vorsitzes zum Europäischen Rat in Sevilla, 21./22. Juni 2002*. [http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/de/ec/72655.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/72655.pdf). «Irland weist erneut darauf hin, dass die Teilnahme von Kontingenten der irischen Verteidigungskräfte an Einsätzen im Ausland, einschliesslich der Einsätze im Rahmen der Europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, nach irischem Recht a) die Genehmigung des Einsatzes durch den Sicherheitsrat oder die Generalversammlung der Vereinten Nationen, b) die Zustimmung der irischen Regierung und c) die Billigung durch das irische Abgeordnetenhaus, das Dáil Éireann [Parlament], erfordert.» Section 1 des Defence (Amendment) Act von 2006 umschreibt die Autorisierung durch die UNO: «*International United Nations Force* means an international force or body established, mandated, authorised, endorsed, supported, approved or otherwise sanctioned by a resolution of the Security Council or the General Assembly of the United Nations.»

58 Vgl. Generalmajor Mag. Johann Pucher, Chef der Direktion für Sicherheitspolitik, BM für Landesverteidigung, Wien. Transkription der Stellungnahme vom 24. April 2009. In: Möckli, Daniel (Hrsg.). *Umstrittene Schweizer Sicherheitspolitik. Dokumentation der Hearings zum Bericht 2010*. Zürich: Center for Security Studies, 2010 (Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik, Nr. 81), S. 708.

## Armeeangehörige im Auslandeinsatz, Durchschnitt 2006-2010



Quelle: Military Balance sowie Regierungsangaben (2010).

In Bezug auf den **geographischen Rahmen** der Entsendung von militärischen Kontingenten (mehr als 20 Armeeangehörigen) hat die Schweiz bisher den engsten geographischen Fokus, der sich auf den Westbalkan beschränkt:

- Im Westbalkan haben sich alle fünf Staaten engagiert. Zur NATO KFOR tragen dabei alle fünf Staaten beträchtliche Truppenbestände bei. Mit deutlich kleineren Beiträgen haben sie ursprünglich die EUFOR Althea in Bosnien unterstützt. Finnland und Schweden haben ihr diesbezügliches Engagement mittlerweile deutlich zurückgefahren. Schweden war zwischenzeitlich nicht mehr in EUFOR Althea vertreten und engagiert sich erst seit August 2010 wieder. Hingegen hat Österreich seine Präsenz ausgebaut und stellt derzeit das grösste nationale Kontingent.
- Mit Ausnahme der Schweiz haben sich die untersuchten Staaten auch im Nahen Osten und in Afrika engagiert. Österreich ist im Nahen Osten seit 1974 mit einem Kontingent in Bataillonsstärke an der Überwachung des Waffenstillstandes auf dem Golan beteiligt. Finnland, Irland und Schweden haben zur Stärkung der UNIFIL in Libanon nach dem Krieg im Jahr 2006 beigetragen, dieses Engagement aber inzwischen beendet. In Afrika haben alle vier EU-Mitgliedstaaten mit substantiellen Kontingenten zur EUFOR Tchad/RCA 2008/09 beigetragen und – mit Ausnahme von Schweden – auch im Rahmen der UNO-Nachfolgemission MINURCAT an diesem Engagement festgehalten. Inzwischen haben Finnland und Österreich die Einsätze beendet. Einzig Irland ist weiter präsent. Irland und Schweden engagierten sich bis Ende 2006 ausserdem in Liberia.
- In Afghanistan haben sich einzig Finnland und Schweden mit grösseren Kontingenten engagiert.

## Geographische Schwerpunkte der militärischen Friedensförderung

Staaten / Regionen	Westbalkan	Afghanistan	Naher Osten	Afrika
Schweiz	x			
Schweden	x	x	x	x
Österreich	x		x	x
Finnland	x	x	x	x
Irland	x		x	x



**Armeeangehörige in Auslandseinsätzen 2006-2010: Jährliche Gesamtzahl sowie Kontingente über 20 Personen**

 Angaben gemäss Military Balance, in Klammern abweichende Regierungsangaben <sup>I</sup>

	2006	2007	2008	2009	2010	Durchschnitt
Schweiz	274 (276) <sup>II</sup>	277 (276)	270 (274)	254 (265)	(264)	269 (271)
EUFOR Althea	26 (27)	26	25 (26)	25 (26)	(20)	
KFOR	220	220	220	207 (220)	(220)	
Schweden <sup>III</sup>	945	797	646	702	Keine Angabe	773
EUFOR Althea	67	24				
EUFOR Tchad/RCA			79			
ISAF	350	340	280	430	Keine Angabe	
KFOR	338	380	253	245		
UNIFIL	42					
UNMIL	114					
Österreich	1230	1103	1300	1071 (1179) <sup>IV</sup>	(1113)	1176
EUFOR Althea	287	178	103	96 (97)	(313)	
EUFOR Tchad/RCA			175			
KFOR	554	529	623	447 (531)	(407)	
MINURCAT				131 (151)		
UNDOF	367	372	383	378 (380)	(375)	
Finnland	779 (774) <sup>V</sup>	835 (814)	665 (707)	671 (712)	(458)	738 (693)
EUFOR Althea	177 (178)	64 (55)	53 (52)			
EUFOR Tchad/RCA			61 (63)			
ISAF	100	85 (101)	80 (103)	165 (195)	(182)	
KFOR	400 (450)	450 (407)	450 (457)	405 (409)	(242)	
MINURCAT				74 (78)		
UNIFIL	73	205 (221)				
Irland	665 (807) <sup>VI</sup>	446 (373)	606 (743)	738	(730)	614 (678)
EUFOR Althea	57 (63)	25 (41)	43 (44)	43 (44)	(44)	
EUFOR Tchad/RCA			445 (429)			
KFOR	211	220 (272)	80 (233)	233 (238)	(232)	
MINURCAT				427 (421)	(419)	
UNIFIL	41 (163)	166				
UNMIL	322 (327)					

I In der Übersicht berücksichtigt ist das Militärpersonal, das in UNO-Missionen (inkl. Militärbeobachter), NATO-Operationen, Operationen und militärischen Missionen der EU (einschliesslich des *EU support to UN authorised African Union Mission in Sudan* [AMIS] und der EUTM Somalia) sowie in der *Neutral Nations Supervisory Commission* (NNSC) dient. Einsätze im Rahmen der OSZE und in zivilen EU-Missionen (*Monitoring beziehungsweise SSR Mission*) werden nicht aufgeführt.

II Regierungsangaben gemäss jeweils zweiter Jahresausgabe der Zeitschrift *Swiss Peace Supporter*. <http://www.vtg.admin.ch/internet/vtg/en/home/themen/einsaetze/peace/swiss.html>.

III Keine Regierungsangaben.

IV Regierungsangaben gemäss Website des Bundesheeres: <http://www.bundesheer.at/ausle/zahlen.shtml>.

V Regierungsangaben gemäss Aussenministerium.

VI Regierungsangaben gemäss Verteidigungsministerium.

Mit Blick auf den bevorzugten **institutionellen Rahmen** der militärischen Friedensförderung ergibt eine Auswertung der zwischen 2006 und August 2010 entsandten nationalen Kontingente (mehr als 20 Armeeinghörige) folgendes Bild:

- Schweden, Finnland, Österreich und Irland haben sich an Friedensoperationen der NATO, der EU und der UNO beteiligt. Die Schweiz hat sich bisher nicht mit militärischen Kontingenten an UNO-Missionen beteiligt, was auf ihren engen geographischen Fokus auf den Balkan zurückzuführen ist.
- Schweden beteiligte sich an zwei Operationen der NATO (ISAF und KFOR), zwei Operationen der EU (EUFOR Althea; EUFOR Tschad/RCA) und zwei Missionen der UNO (UNMIL in Liberia und UNIFIL in Libanon). Die substantiellsten Beiträge leistete Schweden an die Operationen der NATO. Mit beträchtlichen Beständen engagierte sich Schweden auch im Rahmen von EUFOR Tschad/RCA und UNMIL.
- Finnland nahm an zwei NATO-Operationen (ISAF und KFOR), zwei EU-Operationen (EUFOR Althea und EUFOR Tschad/RCA) und an zwei UNO-Operationen (UNFIL in Libanon und MINURCAT in Tschad) teil. Den bei weitem substantiellsten Beitrag leistete Finnland an die KFOR.
- Österreich nahm an zwei EU-Operationen (EUFOR Althea, EUFOR Tschad/RCA), zwei UNO-Missionen (UNDOF auf dem Golan, MINURCAT) und einer NATO-Operation (KFOR) teil. Das substantiellste Kontingent wurde dabei der NATO im Kosovo zur Verfügung gestellt, gefolgt von UNDOF, EUFOR Althea (gemessen am zeitweiligen Höchststand) und EUFOR Tschad/RCA beziehungsweise der Nachfolgemission MINURCAT.
- Irland beteiligte sich an drei UNO-Missionen (UNMIL, UNIFIL, MINURCAT), zwei EU-Operationen (EUFOR Althea und EUFOR Tschad/RCA) und einer NATO-Operation (KFOR). Die substantiellsten Beiträge wurden an EUFOR Tschad/RCA beziehungsweise die Nachfolgemission MINURCAT geleistet, gefolgt von UNMIL, KFOR, UNIFIL und EUFOR Althea.
- Die Schweiz beteiligte sich an jeweils einer NATO- (KFOR) und einer EU-Operation (EUFOR Althea). Das der NATO zur Verfügung gestellte Kontingent übertrifft den Beitrag an die EU-Operation deutlich.

Die **personellen Zielgrößen** für die künftige militärische Friedensförderung variieren:

- In der Schweiz galt in den letzten Jahren die Zielgrösse einer Verdoppelung auf etwa 500 Soldaten. Gemäss Armeebericht soll diese Zielgrösse bis Ende 2014 erreicht werden. Zudem sollen auch qualitativ hochwertige Nischenbeiträge ausgebaut werden. Bis 2020 sollen Kapazitäten für die Entsendung von 1000 Armeeinghörigen für die militärische Friedensförderung und den Assistenzdienst im Ausland (z.B. Unterstützung humanitärer Hilfeleistungen) aufgebaut werden.
- Irland sieht 850 Armeeinghörige für Einsätze in UNO-mandatierten Missionen vor.
- Österreich zielt auf den Einsatz von 1500 Soldaten.<sup>59</sup>
- Schweden plant bis 2013 1400 Soldaten und bis 2016 2000 Soldaten einsetzen zu können.<sup>60</sup> Im Rahmen seiner *lead*-Funktion für die *Nordic Battlegroup*, an der auch Finnland und Irland beteiligt sind, sieht Schweden im ersten Halbjahr 2011 zu-

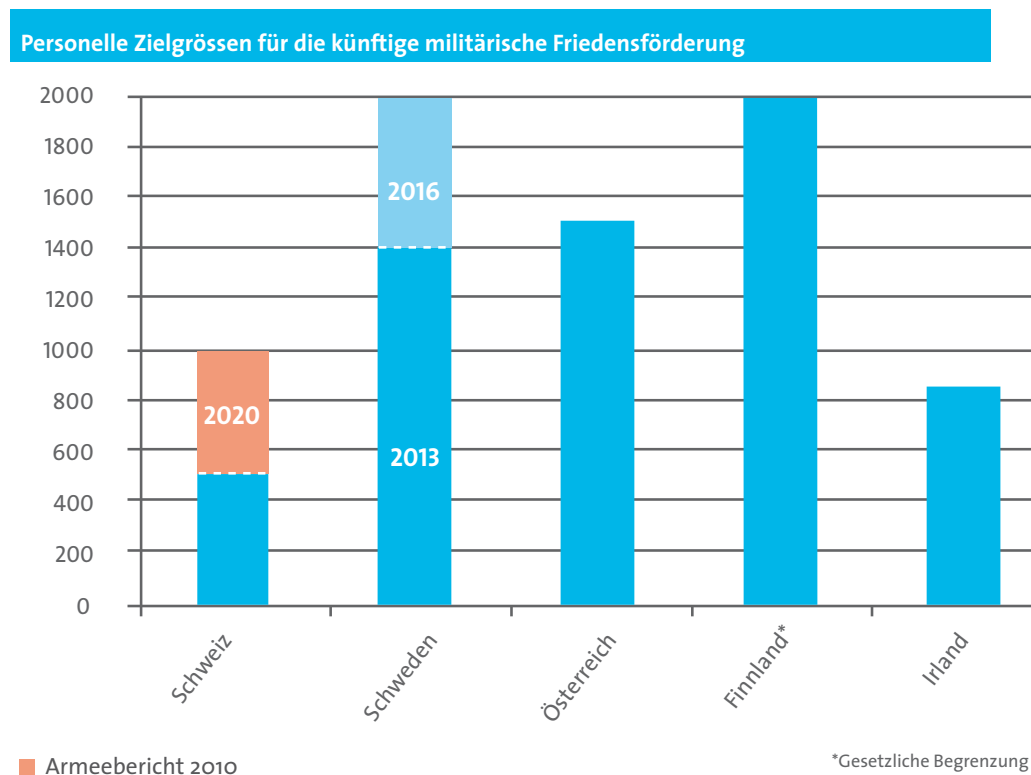
<sup>59</sup> Angabe der Politischen Direktion im Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport vom 20. Januar 2010.

<sup>60</sup> Vgl. Försvarmakten. *Försvarmaktens budgetunderlag för 2011 med särskilda redovisningar*. 1. März 2010, S. 14-15.

[http://www.forsvarmakten.se/upload/dokumentfiler/Budgetunderlag/Budgetunderlag%202011/Bilaga\\_1\\_FM\\_BU\\_11.pdf](http://www.forsvarmakten.se/upload/dokumentfiler/Budgetunderlag/Budgetunderlag%202011/Bilaga_1_FM_BU_11.pdf).

dem 1600 Soldaten vor.<sup>61</sup> Bei einem allfälligen Einsatz dieser *Battlegroup* könnten Anfang 2011 damit kurzfristig über 2000 schwedische Soldaten im Ausland eingesetzt werden, sofern andere Kontingente nicht kurzfristig zurückgerufen werden.

- In Finnland ist die Zahl der Armeeinghörigen im Auslandseinsatz gesetzlich auf 2000 beschränkt.



Quelle: Strategiedokumente

Eine **funktionale Nischenstrategie** wird von der Schweiz, Finnland und Österreich erwogen. Vorerst handelt es sich dabei mehrheitlich um Absichtserklärungen:

- Die Schweiz plant eine inhaltliche Konzentration auf die Bereiche Lufttransport, terrestrische Logistik- und Transportleistungen sowie Nischenleistungen in Sanität, Nachrichtendienst und im Sicherheitsbereich.

### Quellen

Bericht des Bundesrates vom 23. Juni 2010 an die Bundesversammlung über die Sicherheitspolitik der Schweiz

Armeebereicht 2010 vom 1. Oktober 2010

National strategy for Swedish participation in international peace-support and security-building operation (Government Communication 2007/08:51), 13. März 2008

Finnish Security and Defence Policy 2009. Government Report

Finland's Comprehensive Crisis Management Strategy, 13. November 2009

White Paper on Defence, February 2000

61 Vgl. Försvarsdepartementet. *Regleringsbrev för budgetåret 2010 avseende Försvarsmakten*. 21. Dezember 2009, S. 5. [http://www.forsvarsmakten.se/upload/dokumentfiler/regleringsbrev/Regleringsbrev\\_2010.pdf](http://www.forsvarsmakten.se/upload/dokumentfiler/regleringsbrev/Regleringsbrev_2010.pdf).

## 9. Bilanz und Perspektiven der Transformation der Streitkräfte

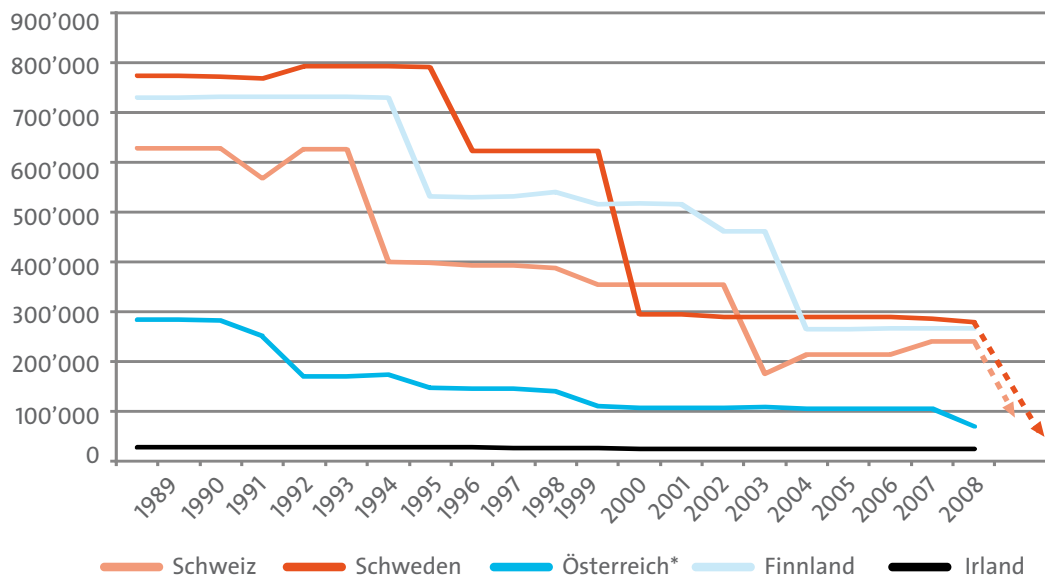
Die **Intensität** der nationalen Transformationsprozesse seit dem Ende des Kalten Krieges variiert je nach Staat. Auch in Bezug auf die **Inhalte** der Schwerpunktverlagerungen bestehen Unterschiede:

- Am weitesten ist der Transformationsprozess bisher in Schweden gegangen, das die Wehrpflicht ausgesetzt hat, die EU-Beistandsklausel verteidigungspolitisch interpretiert und die Streitkräfte heute sehr stark auf die Friedensförderung ausrichtet.
- In Bezug auf die inhaltlichen Schwerpunkte lässt sich bei Österreich und Finnland analog zu Schweden eine Verlagerung von der Landesverteidigung zur internationalen Friedensförderung erkennen.
- In der Schweiz hat in der Tendenz eine Verlagerung von der Landesverteidigung zu Sicherungseinsätzen und Unterstützungsaufgaben im Inland stattgefunden. Ein Ausbau der Friedensförderung wird allerdings angestrebt.
- In Irland waren die Streitkräfte nie schwergewichtig auf die Landesverteidigung ausgerichtet. Seit dem Karfreitagsabkommen von 1998 lässt sich eine Verlagerung von Einsätzen im Innern zur internationalen Friedensförderung erkennen.

Mit Ausnahme von Irland fällt die **quantitative Streitkräftereduktion seit 1989** in allen untersuchten Staaten deutlich aus:

- Die Schweiz hat ihre Streitkräfte um etwa zwei Drittel verringert.
- Ähnlich verhält es sich mit Schweden, das seine Bestände derzeit aber noch einmal reduziert und künftig nur noch 50'000 Armeeingehörige haben wird.
- In Österreich fällt die Grösse der Streitkräfte je nach Berechnung unterschiedlich aus, da die Reserve verschieden mit einbezogen werden kann. So oder so hat aber auch in Österreich eine bedeutende Reduktion der Truppenstärke stattgefunden. Gemäss Strategiedokumenten wird der Bestand des Bundesheeres ab 2010 noch 55'000 Soldaten betragen.
- Finnland hat den Bestand seiner Streitkräfte zwar ebenfalls deutlich reduziert. Im Vergleich zu den anderen untersuchten Staaten verfügt Finnland aber immer noch über eine hohe Truppenstärke.
- In Irland war der Bestand bereits 1989 vergleichsweise klein. Seither ist der Bestand nur geringfügig reduziert worden.

Bestandsentwicklung seit 1989



Quelle: Military Balance 1990–2009.

\*Bei Österreich ist nur die Miliz und nicht die gesamte Reserve in der angegebenen Bestandszahl enthalten. Military Balance bietet diesbezüglich zu den vergangenen 20 Jahren keine einheitliche Datenbasis. Ausserdem fokussieren österreichische Strategiepaper hinsichtlich der Grösse des Bundesheeres auf die Mobilmachungsstärke, in der die Miliz, nicht aber die Reserve eingerechnet ist.

Keiner der Transformationsprozesse ist heute abgeschlossen. In den einzelnen Staaten stehen folgende **nächste Schritte** an:

- In der Schweiz steht die Konkretisierung der Weiterentwicklung der Armee auf der Basis des Armeeberichts 2010 an. Dabei wird der Bundesrat verschiedene «Grobkonzepte» und Sparmassnahmen prüfen. Diese sollen Grundlage für eine Botschaft an die Bundesversammlung über die Anpassungen des Militärgesetzes und der Verordnung der Bundesversammlung über die Armeeorganisation sein. Die Gesetzesvorlagen sollen 2013 vom Parlament behandelt werden, sodass die Reformen zwischen 2015 und 2020 umgesetzt werden können. Allerdings zeichnet sich bereits heute ab, dass verschiedene Aspekte wie die Verringerung der Bestände und der Ausbau der Kapazitäten für die Friedensförderung und den Assistenzdienst im Ausland Anlass zu politischen Kontroversen geben werden.
- Schweden befindet sich seit 2009 durch die Gesetzesvorlage *A Functional Defence* inmitten tiefgreifender Reformen, welche unter anderem die Aussetzung der Wehrpflicht zugunsten der Professionalisierung, die Reduktion des Bestandes auf 50'000, eine **erhöhte Interoperabilität durch einen modulartigen Aufbau**, sowie eine verbesserte strategische Mobilität und *Jointness* vorsehen.
- In Österreich wird zurzeit an einer neuen Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin gearbeitet, welche Anfang 2011 vorliegen und diejenige von 2001 ersetzen soll. Gemäss dem österreichischen Verteidigungsminister soll diese die Auslandseinsätze und die Katastropheneinsätze im Inland zulasten der Landesverteidigung verstärkt gewichten. Dadurch sollen dringend benötigte Ressourcen für friedensfördernde Operationen freigemacht werden. Nach Wunsch der Sozialdemokraten (SPÖ) wird in der neuen Doktrin voraussichtlich die NATO-Beitrittsoption nicht mehr erwähnt werden. Ausserdem dürfte vorläufig an der Wehrpflicht festgehalten wer-

den. Daneben erarbeitet die Verwaltung ein Gesamtstaatliches Auslandseinsatzkonzept (AEK), das die Finanzierung internationaler Aktivitäten, innerstaatliche Entscheidungsabläufe und das Zusammenwirken aller staatlichen Instrumente optimieren soll und die Funktion einer *Crisis Management Strategy* haben wird.

- Finnland setzt zurzeit die neue *Finnish Security and Defence Policy* von 2009 um. Diese steht in der Kontinuität der gleichnamigen Strategiepapiere von 2001 und 2004. So wird nicht nur an der multilateralen Kooperation, sondern auch am Vorrang der Territorialverteidigung festgehalten. Dennoch soll der Bestand auf 250'000 gesenkt werden. Ein NATO-Beitritt könnte in der Zukunft in Erwägung gezogen werden.
- In Irland wird derzeit an einem neuen Weissbuch für die Zeitspanne 2011-2020 gearbeitet, das im Frühjahr 2011 von der Regierung verabschiedet werden soll. Voraussichtlich wird dieses die bisherige Sicherheits- und Verteidigungspolitik nicht grundlegend in Frage stellen. Dennoch werden die Streitkräfte höchstwahrscheinlich nicht von Reformen verschont bleiben. Wegen der Rezession der vergangenen Jahre sind diverse Sparmassnahmen vorgesehen: Das Berufsheer soll um 500 Soldaten verkleinert und Rüstungsbeschaffungen könnten bis auf einige essentielle Waffensysteme für Jahre ausgesetzt werden.

# Bibliographie

## Quellen

### Schweiz

#### *Rechtstexte*

Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999. <http://www.admin.ch/ch/d/sr/c101.html>.

Bundesgesetz vom 3. Februar 1995 über die Armee und die Militärverwaltung. [http://www.admin.ch/ch/d/sr/c510\\_10.html](http://www.admin.ch/ch/d/sr/c510_10.html).

Verordnung vom 19. November 2003 über die Militärdienstpflicht. [http://www.admin.ch/ch/d/sr/c512\\_21.html](http://www.admin.ch/ch/d/sr/c512_21.html).

#### *Grundlagendokumente*

Schweizerische Sicherheitspolitik im Wandel: Bericht 90 des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Sicherheitspolitik der Schweiz vom 1. Oktober 1990. *BBl* 1990, S. 847–904.

Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Konzeption der Armee in den neunziger Jahren (Armeeleitbild 95) vom 27. Januar 1992. *BBl* 1992, S. 850–1015.

Sicherheit durch Kooperation: Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Sicherheitspolitik der Schweiz (SIPOL B 2000) vom 7. Juni 1999. *BBl* 1999, S. 7657–7734.

Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Konzeption der Armee XXI (Armeeleitbild XXI) vom 24. Oktober 2001. *BBl* 2002, S. 967–1051.

Botschaft über die Änderungen der Armeeorganisation und des Bundesgesetzes über die Massnahmen zur Verbesserung des Bundeshaushaltes (Rechtliche Anpassungen zur Umsetzung des Entwicklungsschrittes 2008/11 der Armee) vom 31. Mai 2006. *BBl* 2006, S. 6197–6248.

Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über die Sicherheitspolitik der Schweiz vom 23. Juni 2010. *BBl* 2010, S. 5133–5221.

Armeebericht 2010 vom 1. Oktober 2010. <http://www.news.admin.ch/NSBSubscriber/message/attachments/20643.pdf>.

## Schweden

## Rechtstext

The Instrument of Government, 1974. [http://www.riksdagen.se/templates/R\\_Page\\_\\_\\_\\_\\_6307.aspx](http://www.riksdagen.se/templates/R_Page_____6307.aspx).

## Grundlagendokumente

The Government and the Government Offices of Sweden. *The Renewal of Sweden's Defence: Phase 2. Unofficial shortened version of the Government Defence Bill 1996/97:4 passed by Parliament on 20 November and 13 December 1996*. <http://www.sweden.gov.se/content/1/c6/02/56/49/e043d837.pdf>.

The Government and the Government Offices of Sweden. *A Changing World – A Reformed Defence, Summary of the Government Bill 1998/99:74*. <http://www.regeringen.se/content/1/c6/02/56/44/5f48200a.pdf>.

The Government and the Government Offices of Sweden. *A Changing World – A Reformed Defence, Executive Summary of the Swedish Defence Commission's report, 19 January 1999*. <http://www.regeringen.se/content/1/c6/02/56/73/e028eb9c.pdf>.

The Government and the Government Offices of Sweden. *European Security – Sweden's Defence, Summary of a report by the Swedish Defence Commission. 30. September 1999*. <http://www.regeringen.se/content/1/c6/02/56/72/79721b3b.pdf>.

Von Sydow, Björn. *Sweden's Security in the 21<sup>st</sup> Century*. Stockholm: Ministry of Defence in Sweden, 1999.

The Government and the Government Offices of Sweden. *The New Defence – prepared for the next millennium, A short version of the Government Bill 1999/2000:30. 18. November 1999*. <http://www.sweden.gov.se/content/1/c6/02/73/90/a8f1a1d8.pdf>.

The Government and the Government Offices of Sweden. *Summary of 'A New Structure for Enhanced Security – Network Defence and Crisis Management'. Report from the Swedish Defence Commission, August 2001*. <http://www.sweden.gov.se/content/1/c6/02/56/71/271af51a.pdf>.

The Government and the Government Offices of Sweden. *Summary of 'A More Secure Neighbourhood – Insecure World, Report of the Swedish Defence Commission, 27 February 2003*. <http://www.regeringen.se/content/1/c6/02/56/70/e756f798.pdf>.

The Government and the Government Offices of Sweden. *Summary of the Defence Commission's report 'Our military defence - commitment and choices', 3 June 2003*. <http://www.sweden.gov.se/content/1/c6/02/56/68/8c8a7a02.pdf>.

The Government and the Government Offices of Sweden. *Summary of the Swedish Government Bill 2004/05:5 Our Future Defence – The focus of Swedish defence policy 2005–2007. 21. Oktober 2004*. <http://www.sweden.gov.se/content/1/c6/03/21/19/224a4b3c.pdf>.

The Government and the Government Offices of Sweden. *Nordic Battlegroup Fact Sheet*. Stockholm: Ministry of Defence, 2007. <http://www.regeringen.se/content/1/c6/09/54/22/195b38b8.pdf>.



- The Government and the Government Offices of Sweden. *Summary of Security in Cooperation (Ds 2007:46): The Swedish Defence Commission's analysis of challenges and threats*. 4. Dezember 2007. <http://www.sweden.gov.se/sb/d/8182/a/93944>.
- Government Communication. *National strategy for Swedish participation in international peace-support and security-building operations* (Comm. 2007/08:51). Stockholm, 13. März 2008. <http://www.sweden.gov.se/content/1/c6/10/80/95/73e64223.pdf>.
- The Government and the Government Offices of Sweden. *A Summary of The Defence Commission report Defence in Use (Ds 2008:48), 16 June 2008*. <http://www.sweden.gov.se/content/1/c6/10/74/98/17275d20.pdf>.
- Regeringen och Regeringskansliet. *Ett användbart försvar - försvarspolitisk proposition 2008/09:140*. 19. März 2009. <http://www.regeringen.se/content/1/c6/12/29/57/853ca644.pdf>.
- The Government and the Government Offices of Sweden. *A functional defence, Summary of the bill dated 19 March 2009*. 11. Januar 2010. <http://www.sweden.gov.se/content/1/c6/13/77/05/1705333d.pdf>.
- Ministry of Defence. *Fact Sheet 'A functional defence', March 2009*. <http://www.sweden.gov.se/content/1/c6/12/31/54/0002c3f6.pdf>.
- Swedish Armed Forces. *The Pocket Guide to the Swedish Armed Forces 2009*. 2009. <http://www.forsvarsmakten.se/upload/dokumentfiler/publikationer/swedish-armed-forces-2009.pdf>.
- Försvarsdepartementet. *Regeringsbeslut: Regleringsbrev för budgetåret 2010 avseende Försvarsmakten*. Stockholm, 21. Dezember 2009. [http://www.forsvarsmakten.se/upload/dokumentfiler/regleringsbrev/Regleringsbrev\\_2010.pdf](http://www.forsvarsmakten.se/upload/dokumentfiler/regleringsbrev/Regleringsbrev_2010.pdf).
- Försvarsmakten. *Försvarsmaktens budgetunderlag för 2011 med särskilda redovisningar*. 1. März 2010. [http://www.forsvarsmakten.se/upload/dokumentfiler/Budgetunderlag/Budgetunderlag%202011/Bilaga\\_1\\_FM\\_BU\\_11.pdf](http://www.forsvarsmakten.se/upload/dokumentfiler/Budgetunderlag/Budgetunderlag%202011/Bilaga_1_FM_BU_11.pdf).

## Österreich

### *Rechtstexte*

- Bundes-Verfassungsgesetz. <http://www.bka.gv.at/site/4780/Default.aspx>.
- Bundesverfassungsgesetz über Kooperation und Solidarität bei der Entsendung von Einheiten und Einzelpersonen in das Ausland (KSE-BVG), 1997. <http://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Gesetzesnummer=10001504>.
- Wehrgesetz 2001. <http://www.ris.bka.gv.at/Dokument.wxe?Abfrage=Bundesnormen&Dokumentnummer=NOR40109816>.

### *Grundlegendokumente*

- Bundeskanzleramt Österreich. *Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin. Analyseteil. Bericht an den Nationalrat, verfasst von einer Expertenkommission im Auftrag der Bundesregierung*. 23. Januar 2001. <http://www.bka.gv.at/DocView.axd?CobId=795>.

Bundeskanzleramt Österreich. *Sicherheits- und Verteidigungsdoktrin*. 12. Dezember 2001. <http://www.bka.gv.at/DocView.axd?CobId=794>.

*Bericht der Bundesheerreformkommission, Bundesheer 2010*. 2004. [http://www.bmlv.gv.at/facts/management\\_2010/pdf/endbericht.pdf](http://www.bmlv.gv.at/facts/management_2010/pdf/endbericht.pdf).

Bundesministerium für Landesverteidigung. *ÖBH 2010: Die Realisierung*. Juni 2005. [http://www.bmlv.gv.at/facts/management\\_2010/pdf/dierealisierung.pdf](http://www.bmlv.gv.at/facts/management_2010/pdf/dierealisierung.pdf).

## Finnland

### *Rechtstexte*

The Constitution of Finland, 11. Juni 1999. <http://www.finlex.fi/en/laki/kaannokset/1999/en19990731>.

Act on Military Crisis Management, 2006. <http://www.finlex.fi/en/laki/kaannokset/2006/en20060211>.

Act on Defence Forces, 11. Mai 2007. <http://www.finlex.fi/en/laki/kaannokset/2007/en20070551>.

Conscription Act, 28. Dezember 2007. <http://www.finlex.fi/en/laki/kaannokset/2007/en20071438>.

### *Grundlagendokumente*

Prime Minister's Office. *Finnish Security and Defence Policy 2001, Report by the Government to Parliament on 13 June 2001*. <http://www.defmin.fi/files/1149/InEnglish.pdf>.

Prime Minister's Office. *Finnish Security and Defence Policy 2004, Government Report 6/2004*. [http://www.defmin.fi/files/311/2574\\_2160\\_English\\_White\\_paper\\_2004\\_1\\_.pdf](http://www.defmin.fi/files/311/2574_2160_English_White_paper_2004_1_.pdf).

Prime Minister's Office. *Finnish Security and Defence Policy 2009, Government Report*. <http://www.vnk.fi/julkaisukansio/2009/j11-turvallisuus-j12-sakerhets-j13-finnish/pdf/en.pdf>.

Ministry of Foreign Affairs. *Finland's Comprehensive Crisis Management Strategy*. Helsinki, 13. November 2009. <http://formin.finland.fi/public/download.aspx?ID=50401&GUID={BDE426BA-1404-4216-8239-4AAA91BB84A7}>.

## Irland

### *Rechtstexte*

Constitution of Ireland. [http://www.taoiseach.gov.ie/eng/Publications/Publications\\_Archive/Publications\\_2006/Publications\\_for\\_2002/Bunreacht\\_na\\_hEireann\\_-\\_Constitution\\_of\\_Ireland.html](http://www.taoiseach.gov.ie/eng/Publications/Publications_Archive/Publications_2006/Publications_for_2002/Bunreacht_na_hEireann_-_Constitution_of_Ireland.html).

Defence Act, 1954, und Defence (Amendment) Acts. <http://www.irishstatutebook.ie/acts.html>.

### Grundlagendokumente

- Department of Defence. *White Paper on Defence, February 2000*. <http://merln.ndu.edu/white-papers/Ireland-2000.pdf>.
- Department of Defence. *Strategy Statement 2003-2005*. Mai 2003. [http://www.defence.ie/WebSite.nsf/72804bb4760386f380256c610055a16b/58d00b906ab895c080256c5400543440/\\$FILE/StrategyStatement2003-2005.pdf](http://www.defence.ie/WebSite.nsf/72804bb4760386f380256c610055a16b/58d00b906ab895c080256c5400543440/$FILE/StrategyStatement2003-2005.pdf).
- Defence Forces. *Strategy Statement 2005-2007*. 2005. <http://military.ie/dfhq/pubrel/publications/strategy-en-05-07.pdf>.
- Department of Defence. *The White Paper on Defence. Review of Implementation, February 2007*. [http://www.defence.ie/WebSite.nsf/fba727373c93a4f080256c53004d976e/e1cd6e42fd36ebb802572b4003b7368/\\$FILE/WPReview.pdf](http://www.defence.ie/WebSite.nsf/fba727373c93a4f080256c53004d976e/e1cd6e42fd36ebb802572b4003b7368/$FILE/WPReview.pdf).
- Department of Defence and Defence Forces. *Strategy Statement 2008-2010*. August 2008. [http://www.defence.ie/WebSite.nsf/fba727373c93a4f080256c53004d976e/a221c63d3721aa2f802573f400554af9/\\$FILE/Statement%20of%20Strategy%202008-2010.pdf](http://www.defence.ie/WebSite.nsf/fba727373c93a4f080256c53004d976e/a221c63d3721aa2f802573f400554af9/$FILE/Statement%20of%20Strategy%202008-2010.pdf).
- Department of Defence. *Address by the Minister for Defence Mr. Tony Killeen, T.D., at the Senior Command and Staff Course in the Defence Forces Training Centre on Thursday 13<sup>th</sup> May 2010*. <http://www.defence.ie/WebSite.nsf/Speech+ID/EC201FB306D8D6168025776600590780?OpenDocument>.

### Europäische Union

#### Rechtstext

- Konsolidierte Fassungen des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union. *Amtsblatt der Europäischen Union* 9. Mai 2008, C 115/01–388. <http://eur-lex.europa.eu/JOHtml.do?uri=OJ:C:2008:115:SOM:DE:HTM>.

### Grundlagendokumente

- Europäischer Rat. *Nationale Erklärung Irlands im Anhang zu den Schlussfolgerungen des Vorsitzes zum Europäischen Rat in Sevilla, 21./22. Juni 2002*. [http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/de/ec/72655.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/72655.pdf).
- Europäischer Rat. *Beschluss der im Europäischen Rat vereinigten Staats- und Regierungschefs der 27 Mitgliedstaaten der Europäischen Union zu den Anliegen der irischen Bevölkerung bezüglich des Vertrags von Lissabon, Abschnitt C «Sicherheit und Verteidigung», im Anhang der Schlussfolgerungen des Vorsitzes zur Tagung des Europäischen Rates vom 18./19. Juni 2009*. [http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/de/ec/108654.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/108654.pdf).
- Europäischer Rat. *Nationale Erklärung Irlands im Anhang der Schlussfolgerungen des Vorsitzes zur Tagung des Europäischen Rates vom 18./19. Juni 2009*. [http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms\\_data/docs/pressdata/de/ec/108654.pdf](http://www.consilium.europa.eu/uedocs/cms_data/docs/pressdata/de/ec/108654.pdf).

## Literatur

### Schweiz

- Auslandeinsätze der Armee: Stand und Optionen. CSS Analysen zur Sicherheitspolitik, Nr. 67. Zürich: Center for Security Studies, Februar 2010. <http://www.ssn.ethz.ch/Aktuell/CSS-Analysen/Detail/?lng=de&id=112179>.
- Borchert, Heiko. Switzerland and Europe's Security Architecture: The Rocky Road from Isolation to Cooperation. In: Gärtner, Heinz/Hyde-Price, Adrian/Reiter, Erich (Hrsg.). *Small States and Alliances*. Heidelberg: Physica-Verlag, 2001, S. 139–156.
- Jaun, Rudolf. Die Transformation der Streitkräfte am Übergang zum 21. Jahrhundert: Allgemeine Trends und die Lösungsansätze der Schweiz. In: *Strategische Wende – Technologische Wende: Die Transformation der Streitkräfte am Übergang zum 21. Jahrhundert*. Birmensdorf, ZH: Militärakademie an der ETH Zürich, 2008 (MILAK-Schrift Nr. 9), S. 9–18.
- Mäder, Markus. Euro-atlantischer Streitkräftewandel nach dem Kalten Krieg – wo steht die Schweizer Armee? In: Spillmann, Kurt R./Wenger, Andreas (Hrsg.). *Bulletin 2001 zur schweizerischen Sicherheitspolitik*, Zürich: Center for Security Studies, 2001, S. 41–68.
- Möckli, Daniel (Hrsg.). *Umstrittene Schweizer Sicherheitspolitik: Dokumentation der Hearings zum Bericht 2010*. Zürich: Center for Security Studies, 2010 (Zürcher Beiträge zur Sicherheitspolitik, Nr. 81).
- Spillmann, Kurt R./Wenger, Andreas/Breitenmoser, Christoph/Gerber, Marcel. *Schweizer Sicherheitspolitik seit 1945: Zwischen Autonomie und Kooperation*. Zürich: Verlag Neue Zürcher Zeitung, 2001.
- Szvircev Tresch, Tibor. Bürgerheer wohin? Alternative Wehrformen in der aktuellen politischen Diskussion. In: Wenger, Andreas (Hrsg.). *Bulletin 2005 zur schweizerischen Sicherheitspolitik*. Zürich: Center for Security Studies, 2005, S. 23–44.
- Szvircev Tresch, Tibor. The Transformation of Switzerland's Militia Armed Forces and the Role of the Citizen in Uniform. In: *Armed Forces & Society XX (XX)*, Nr. X, S. 1–22. (Vorzeitige Online-Publikation)
- Wenger, Andreas/Mauer, Victor. Die Schweiz und friedensunterstützende Operationen: Eine verteidigungspolitische Herausforderung mit strategischer Dimension. In: Wenger, Andreas (Hrsg.). *Bulletin 2004 zur schweizerischen Sicherheitspolitik*. Zürich: Center for Security Studies, 2004, S. 9–32.
- Wenger, Andreas. Herausforderung Sicherheit: Eine Beurteilung der sicherheitspolitischen Grundlagen der Schweiz mit Blick auf die Zukunft. In: Wenger, Andreas (Hrsg.). *Bulletin 2005 zur schweizerischen Sicherheitspolitik*. Zürich: Center for Security Studies, 2005, S. 11–22.
- Wenger, Andreas/Mauer, Victor/Möckli, Daniel. Sicherheitspolitischer Bericht 2010: Viel Politik, wenig Strategie. In: Wenger, Andreas/Mauer, Victor/Trachsler, Daniel (Hrsg.). *Bulletin 2010 zur schweizerischen Sicherheitspolitik*. Zürich: Center for Security Studies, 2010, S. 9–26.

## Schweden

- Bjurner, Anders. Sweden. In: Ojanen, Hanna (Hrsg.). *Neutrality and non-alignment in Europe today*. Helsinki: The Finnish Institute of International Affairs, 2003 (FIIA Report 6/2003), S. 41–45.
- Ericson-Wolke, Lars. From Invasion Defence to International Operations – the Transitional Problems of the Swedish Defence After the End of the Cold War. In: *Strategische Wende – Technologische Wende: Die Transformation der Streitkräfte am Übergang zum 21. Jahrhundert*. Birmensdorf, ZH: Militärakademie an der ETH Zürich, 2008 (MILAK-Schrift Nr. 9), S. 47–56.
- Schüngel, Daniela. *Schwedens Sicherheitspolitik im Wandel: Zwischen militärischer Allianzfreiheit, NATO und ESVP*. Frankfurt a.M.: Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, 2005 (HSFK-Report 14/2005).

## Österreich

- Feichtinger, Walter. Österreich im sicherheitspolitischen Wandel – von der Landesverteidigung zur solidarischen Friedenssicherung. In: *Military Power Revue der Schweizer Armee* (2007), Nr. 3, S. 18–27.
- Fritzl, Martin. Koalition plant Wende in der Sicherheitspolitik. In: *Die Presse*, 29. Juni 2010.
- Gaertner, Heinz/Hoell, Otmar. Austria. In: Gärtner, Heinz/Hyde-Price, Adrian/Reiter, Erich (Hrsg.). *Small States and Alliances*. Heidelberg: Physica-Verlag, 2001.
- Hessel, Friedrich. Österreichs Bundesheer: Die Streitkräfteentwicklung des Bundesheeres der Zweiten Republik. In: *Österreichische Militärische Zeitschrift* (2005), Nr. 2.
- Krüger, Martin. Austria. In: Ojanen, Hanna (Hrsg.). *Neutrality and non-alignment in Europe today*. Helsinki: The Finnish Institute of International Affairs, 2003 (FIIA Report 6/2003), S. 9–13.
- Niederberger, Judith. Österreichs Sicherheitspolitik zwischen Solidarität und Neutralität. In: Spillmann, Kurt R./Wenger, Andreas (Hrsg.). *Bulletin 2001 zur schweizerischen Sicherheitspolitik*, Zürich: Center for Security Studies, 2001, S. 69–91.
- Ritterband, Charles E. Ein Heer von Generälen – fast ohne Armee: Die österreichischen Streitkräfte auf der Suche nach einer sinnvollen Zukunft. In: *Neue Zürcher Zeitung*, 18. August 2010.
- Schmidl, Erwin A. Neutral und solidarisch: Das österreichische Bundesheer auf dem Weg ins 21. Jahrhundert. In *Strategische Wende – Technologische Wende: Die Transformation der Streitkräfte am Übergang zum 21. Jahrhundert*. Birmensdorf, ZH: Militärakademie an der ETH Zürich, 2008 (MILAK-Schrift Nr. 9), S. 33–46.
- Schmidl, Erwin A. Sicherheits- und Verteidigungspolitik zwischen Neutralität und den Bündnisystemen. In: Gehler, Michael/Böhler, Ingrid. *Verschiedene europäische Wege im Vergleich: Österreich und die Bundesrepublik Deutschland 1945/49 bis zur Gegenwart*, Innsbruck: StudienVerlag, 2007, S. 177–192.
- Sicherheitsdoktrin: NATO-Beitrittsoption wird gestrichen. In: *Der Standard*, 29. Juni 2010.

## Finnland

- Aikio, Hannu. Finnish Defence Forces in Transformation. In: *Military Power Revue der Schweizer Armee* (2009), Nr. 2, S. 44–55.
- Himanen, Hannu. Finland. In: Ojanen, Hanna (Hrsg.). *Neutrality and non-alignment in Europe today*. Helsinki: The Finnish Institute of International Affairs, 2003 (FIIA Report 6/2003), S. 19–26.
- Jrvenp, Pauli. What comes after Madrid? A view from Helsinki. In: *NATO Review* 45 (1997), Nr. 5, S. 30–33.
- Möttölä, Kari. Finland, the European Union and NATO – Implications for Security and Defence. In: Gärtner, Heinz/Hyde-Price, Adrian/Reiter, Erich (Hrsg.). *Small States and Alliances*. Heidelberg: Physica-Verlag, 2001, S. 99–125.
- Tiilikainen, Teija. Finland – An EU Member with a Small State Identity. In: *Journal of European Integration* 28 (2006), Nr. 1, S. 73–87.
- Tiilikainen, Teija. *The Mutual Assistance Obligation in the European Union's Treaty of Lisbon*. Helsinki: Ministry for Foreign Affairs of Finland, 2008. <http://formin.finland.fi/public/download.aspx?ID=31019&GUID={CBE72111-E266-4B99-AE82-155E57BBD337}>.

## Irland

- Campbell, Liam (Hrsg.). *A Pictorial History of the Defence Forces of Ireland, The Defence Forces of Ireland*. <http://www.military.ie/dfhq/pubrel/publications/DFHistory.pdf>.
- Mac Ginty, Roger. Almost Like Talking Dirty: Irish Security Policy in Post-Cold War Europe. In: *Irish Studies in International Affairs* 6 (1995), S. 127–143.
- McBean, Keith. Ireland. In: Ojanen, Hanna (Hrsg.). *Neutrality and non-alignment in Europe today*. Helsinki: The Finnish Institute of International Affairs, 2003 (FIIA Report 6/2003), S. 30–37.
- McGinley, Marie. *Die Ratifizierung des Lissabonner Vertrages in Irland: Die Europadebatte im Vorfeld des Referendums*. Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik, 2008 (SWP-Diskussionspapier).
- Keohane, Daniel. *Realigning Neutrality? Irish defence policy and the EU*. Paris: Western European Union Institute for Security Studies, 2001 (Occasional Papers, Nr. 24).

## Varia

- Ferreira-Pereira, Laura C. Inside the Fence but Outside the Walls: Austria, Finland and Sweden in the Post-Cold War Security Architecture. In: *Cooperation and Conflict* 41 (2006), Nr. 1, S. 99–122.
- Forsberg, Tuomas/Vaahoranta, Tapani. Inside the EU, Outside NATO: Paradoxes of Finland's and Sweden's Post-Neutrality. In: *European Security* 10 (2001), Nr. 1, S. 68–93.

- Haltiner, Karl W./Klein, Paul (Hrsg.). *Europas Armeen im Umbruch*. Baden-Baden: Nomos, 2002 (Militär und Sozialwissenschaften, Bd. 29).
- Haltiner, Karl W./Klein, Paul. Europas Streitkräfte im Umbruch – Trends und Gemeinsamkeiten. In: Haltiner, Karl W./Klein, Paul (Hrsg.). *Europas Armeen im Umbruch*. Baden-Baden: Nomos, 2002 (Militär und Sozialwissenschaften, Bd. 29), S. 7–21.
- Haltiner, Karl W./Kümmel, Gerhard (Hrsg.). *Wozu Armeen? – Europas Streitkräfte vor neuen Aufgaben*. Baden-Baden: Nomos, 2008 (Militär und Sozialwissenschaften, Bd. 41).
- Munro, Emily (Hrsg.). *Challenges to Neutral & Non-Aligned Countries in Europe and Beyond. Proceedings from a Roundtable on Neutrality held in Geneva, 15 November 2004*. Genf: Geneva Centre for Security Policy, 2005.
- Pfarr, Dietmar. Die Entwicklung des Österreichischen Bundesheeres seit dem Ende des Kalten Krieges. In: Haltiner, Karl W./Kümmel, Gerhard (Hrsg.). *Wozu Armeen? – Europas Streitkräfte vor neuen Aufgaben*. Baden-Baden: Nomos, 2008 (Militär und Sozialwissenschaften, Bd. 41), S. 79–95.
- Rickli, Jean-Marc. European small states' military policies after the Cold War: from territorial to niche strategies. In: *Cambridge Review of International Affairs* 21 (2008), Nr. 3, S. 307–325.
- Stockholm International Peace Research Institute. *SIPRI Military Expenditure Database*. <http://www.sipri.org/databases/milex/milex>.
- The International Institute for Strategic Studies. *The Military Balance*. Abingdon: Routledge, 89–110 (1989-2010).
- Werkner, Ines-Jacqueline. Strukturwandel der Streitkräfte in Europa. In: Haltiner, Karl W./Kümmel, Gerhard (Hrsg.). *Wozu Armeen? – Europas Streitkräfte vor neuen Aufgaben*. Baden-Baden: Nomos, 2008 (Militär und Sozialwissenschaften, Bd. 41), S. 59–77.



Das **Center for Security Studies (CSS)** der ETH Zürich wurde 1986 gegründet und befasst sich in Lehre, Forschung und Dienstleistung mit Fragen der schweizerischen und internationalen Sicherheitspolitik. Zu den Forschungsschwerpunkten gehören neue Risiken, europäische und transatlantische Sicherheitspolitik, Strategie und Doktrin, Staatenzerfall und Staatsaufbau sowie schweizerische Aussen- und Sicherheitspolitik. Das CSS leitet das International Relations and Security Network (ISN). Es verfügt über ein breites Netzwerk aus nationalen und internationalen Partnerorganisationen und ist Mitglied des Center for Comparative and International Studies (CIS) der ETH und der Universität Zürich.

